Streikende HDW-Arbeiter zogen vor den Landtag — Seite 5

1 H 3752 C

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 42 vom 22. Oktober 1982 | 16. Jahrgang | 1 DM



„Barschel, wir kommen!" So hallte es am Donnerstag letzter Woche in Kiel durch die Straßen. In der schleswig-holsteinischen Landeshauptstadt hatten die Werftarbeiter des größten bundesdeutschen Schiffbauunternehmens HDW die Brocken hingeschmissen und waren auf die Straße gegangen. Sie protestierten gegen Rationalisierungsterror und zu befürchtende Massenentlassungen bei HDW. Die Kollegen zogen vor das Landeshaus, wo am gleichen Tag der Nachfolger Stoltenbergs, Uwe Barschel, als neuer Ministerpräsident vereidigt wurde. Rund sechstausend Menschen sammelten sich vor der Bannmeile am Landtagsgebäude (ausführlicher Bericht auf S. 5).

Vor den Demonstrationen des DGB

Wachsende Proteste gegen Kohls Regierung

Je deutlicher die Politik wird, die Kohls Mannschaft zu praktizieren beabsichtigt, desto stärker werden auch die Proteste gegen diesen unbeschönten Kurs im Interesse des Großkapitals. Nach den Gewerkschaften und zahllosen betrieblichen gewerkschaftlichen Organisationen haben auch nahezu alle bestehenden Organisationen und Gruppierungen aus dem Bereich des „Sozialen" ihren Protest angemeldet. Dabei macht selbstverständlich der Ton die Musik: ob man grundlegende gemeinsame Interessen feststellt, nur eben einen anderen Weg, wie der DGB-Vorsitzende Breit in bezug auf die Arbeitslosigkeit oder wie der IGM-Bezirksleiter von Baden-Württemberg Steinkühler, Pflöcke setzt, indem er im Falle der Einführung von Karenztagen Kampfaktionen ankündigt, das macht den Unterschied.

Denn es wird ja darauf ankommen, ob es bei papierenen Protesten gegen den Bonner Kurs bleibt, ob solche Demonstrationen eine harmlose auf Appelle beschränkte Einzelaktion bleiben, oder ob der Widerstand organisiert wird. Wer, wie Breit, sich darauf beschränken will, an die Abgeordneten zu appellieren, der verzichtet von vornherein unter dem Diktat, daß Streiks gegen Bonn verboten seien, auf eine wirklichen Widerstand. Und gerade der tut not!

Das zeigt sich nicht nur darin, daß Herr Blüm erneut seine Forderung nach einer Lohnpause auftischte, also sich von wortreichen Protesten durchaus nicht abhalten läßt. Das zeigt sich am ganzen angesteuerten Kurs der neuen Bonner Regierung. Stoltenberg, der frühere Krupp-Manager, hat jetzt schon seitenlang massive Steuergeschenke an die Kapitalisten versprochen, die aus der von den Verbrauchern zu zahlenden erhöhten Mehrwertsteuer zu finanzieren sein sollen. Das ist nichts anderes als Umverteilung, wenn auch erst der Beginn davon!

Denn die von den Kapitalistenverbänden so lange geforderte „Wende", die nun in Bonn ohne jegliche Rücksicht auf Wählerstimmen vollzogen wurde, die beinhaltet einen so langen Katalog des sozialen Kahlschlags und der wirtschaftlichen Schlechterstellung der Arbeiterschaft und aller Werktätigen, daß ihre Durchführung sowohl Zeit als auch Vorbereitung braucht.

Deshalb gilt erst recht: Wehret den Anfängen! Was schon für die Regierung Schmidt/Genscher galt, das gilt erst recht für die Regierung Strauß/Kohl/Genscher!

Deshalb müssen diese Demonstrationen des DGB im Oktober und November zu einer massiven, einheitlichen Willenskundgebung des Widerstandes werden, des entschiedenen Widerstandes gegen den Unternehmerkurs!

Neue israelische Drohungen

„Wir wollen die Früchte unseres Sieges ernten"

Unterstützung durch die USA

Auf der Kabinettssitzung vom Montag dieser Woche kam der israelische Ministerpräsident Menachim Begin zur Sache: Es könne kommen, was wolle, jedenfalls werde sich Israel nicht die Früchte seines Sieges nehmen lassen. Was er damit ankündigt: die Annexion von Teilen des Südlibanon, die Bildung einer israelisch kontrollierten Pufferzone an allen seinen Grenzen, die es stetig auszuweiten gilt.

Nicht umsonst wurde diese Drohung, denn nichts anders stellt diese Aussage für die Betroffenen dar, sehr hellhörig registriert. Denn es ist den Eingeweihten bekannt, daß Begin zu jener Fraktion der Zionisten gehört, die die Grenzen ihres Israel eigentlich zwischen Nil und Euphrat sehen wollen.

In der UNO kam es zur selben Zeit abermals zu einer Auseinandersetzung der USA mit den arabischen Staaten: Die USA drohten der Weltorganisation mit der Sperrung jeglicher Gelder für den Fall, daß die anderen Nationen einen anderen Willen als den der Wall-Street-Bosse haben sollten. Wer Boykott gegen Israel fordere oder gar seinen Ausschluß aus der UNO, der müsse mit entsprechenden Maßnahmen der USA, bis hin zum eigenen Austritt rechnen. Kann man, nach all der Heuchelei und nachdem man mit erlogenen „Friedensplänen" das Massaker von Beirut ermöglicht hat, noch offener Position beziehen?

Und Reagans Crew setzte noch einen drauf: Verhandlungen mit einer Delegation der Arabischen Liga ja, hieß es am selben Tag, da Begin seine Drohungen ausstieß, aber nur, wenn die USA bestimmen können, wer diese Delegation stellt. Sprich: kein PLO-Teilnehmer.

Das vergangene Wochenende dürfte jedenfalls einmal mehr unterstrichen haben, daß Israel auf Kriegskurs bleibt und daß es dabei — wie stets — die Unterstützung der Washingtoner Ziehväter haben wird, „Kritik hin, Kritik her".

Neue Streikaufrufe von Solidarność

Polnische Arbeiter weiter im Widerstand

Auch nach den ersten großen Auseinandersetzungen in verschiedenen polnischen Städten, die mit harten Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und demonstrierenden Arbeitern endeten, ist in Polen keine Ruhe für die Militärdiktatoren eingekehrt. Für diese und die nächste Woche wurden die Belegschaften verschiedener Betriebe zu neuen Streikaktionen aufgerufen.

Die polnischen Herrschenden versuchen in ihrer Propaganda das Bild zu erwecken, als strömten die Arbeiter sozusagen in Scharen in die Gruppen der einzig noch erlaubten „Betriebsgewerkschaften". Diese hätten, so lautete die amtliche Warschauer Bekanntmachung, doch mehr Rechte als die Gewerkschaften im Westen. Abgesehen davon, daß die gewerkschaftlichen Rechte in einem Staat wie der Bundesrepublik kein Maßstab sein können (schließlich sind hier das Verbot politischer Streiks und das „Recht" der Kapitalisten auf Aussperrung vorhanden) ist dies auch noch gelogen.

Denn der Kernpunkt der Auseinandersetzungen ist es doch, ob es eine Gewerkschaft geben darf, in die alle Arbeiter organisiert sind, die deren Interessen wahrnimmt, oder eine, die gerade an die Partei gebunden ist (eben laut Verfassung), in der all jene zu sagen haben, die von der Arbeit der polnischen Werktätigen profitieren.

Dieser Tatbestand bleibt auch weiterhin der Grund dafür, daß die neue Ausbeuterklasse in Polen, trotz all ihrer pseudokommunistischen Demagogie mit ihren Unterdrückungsplänen auf den Widerstand der Arbeiterklasse Polens stoßen wird, daß keine so sehr gewünschte Friedhofsruhe geschaffen werden wird.

Zum Auftakt einer Aktionswoche

Tausende in Hagen gegen NATO-Kommandeurstagung

Zwischen 5000 und 7000 Menschen beteiligten sich am vergangenen Samstag in Hagen an einer Demonstration gegen die dort stattfindende Kommandeurstagung der NATO. Diese Demonstration war der Auftakt einer ganzen Aktionswoche, die während der Dauer dieser Tagung zahlreiche unterschiedlichste Veranstaltungen und Aktivitäten umfaßt.

An der Demonstration beteiligte sich neben den Grünen und Autonomen Gruppen auch die DKP und VVN sowie ein kleiner Block der *Volksfront.*

Während die Kommandeure auf ihrer Tagung, vor allem der Bundeswehr-Generalinspekteur Brandt, erneut die atomare Abschreckungspolitik als Weg zur Sicherung des Friedens verkaufen wollten, richteten sich die Demonstranten gerade gegen den NATO-Doppelbeschluß und in beachtlicher Zahl auch gegen die NATO-Mitgliedschaft der BRD.

Auf der Tagung der Kommandeure wird auch der neue Bonner Wehrminister Wörner (CDU) sprechen, der schon in der Vergangenheit seine bedingungslose Unterstützung für atomare Aufrüstung und die sogenannte Abschreckungspolitik immer wieder betont hat. Neben ihm werden auch der NATO-Generalsekretär Luns und der US-Botschafter Burns erwartet: alles in allem also ein wahrhaft prominentes Treffen der NATO-Krieger, Anlaß genug für eine solche Aktionswoche der Friedenskräfte.

Auf der Kundgebung der Demonstration wurde unter anderem auch darauf hingewiesen, daß die Friedensbewegung zur Sache der Gewerkschaften werden muß, um Erfolg zu haben. Alles in allem ein erfolgreicher Auftakt der Aktionswoche, von deren weiterem Verlauf wir noch berichten werden.



Kommentar der Woche

Nachdem sie sich — etwas außerhalb der sogenannten demokratischen Spielregeln — in den Bonner Regierungssessel gedrängt haben, erzählen sie uns nun: Wie gut für Euch, daß wir jetzt dran sind! Wir räumen jetzt den Scherbenhaufen weg, den unsere Vorgänger angerichtet haben. Jetzt wird durchgegriffen. Jetzt werden Nägel mit Köpfen gemacht. Wir schaffen die Wende, damit die Wirtschaft endlich wieder in Schwung und die Arbeitslosen von der Straße kommen.

Wehe uns, der Arbeiterschaft, wenn wir darauf hereinfallen! Ohne daß hier ein Vergleich mit dem Nazi-Regime gezogen werden soll, sei bemerkt, daß die Strauß, Kohl und Lambsdorff mit ihrer skrupellosen Propaganda an die demagogischen Methoden eines Hitler gemahnen, wenn sie sich jetzt als Vorkämpfer gegen die Arbeitslosigkeit darstellen. Bekanntlich stellte Hitler noch 1938, als er bereits fieberhaft einen Weltkrieg vorbereitete, den Nürnberger Reichsparteitag seiner NSDAP unter das Motto des Friedens.

Laßt Euch nicht verkohlen!

Ähnlich zynisch bemühen sich heute die neuen Herren in Bonn, das Volk zu belügen, indem sie einen Feldzug gegen die Arbeitslosigkeit verkünden, obwohl ihnen klar sein muß, daß ihre Maßnahmen in Wirklichkeit einem Anwachsen der Arbeitslosigkeit den Boden bereiten, welches die Entwicklung der zurückliegenden zehn oder 12 Monate in den Schatten stellen wird. Und die war schon schockierend genug!

In einem sprechen sie allerdings die Wahrheit: Sie möchten andere Saiten aufziehen als ihre Vorgänger; sie gehen ohne zu Zögern zur Sache; sie wollen die Wende nicht nur, sie sind auch bedingungslos entschlossen, sie zu schaffen.

Das ist nur eben **nicht** eine Wende zu wirtschaftlicher Stabilität und Vollbeschäftigung. Es ist alles andere als **die** Wende, die die Arbeiter und Angestellten dringend brauchen: Weg von wachsender Existenzbedrohung durch die kapitalistische Krise, hin zu einer wirtschaftlich gesicherten Existenz für alle Menschen die willens sind, sich ihr Brot ehrlich zu verdienen.

Es ist vielmehr die Wende, nach der profitgeile Unternehmer gieren; nach der die Reichen und Schmarotzer schreien: Schluß mit dem „Sozialstaat"! Zurück also zu den Zeiten, die mancher von uns Lohnabhängigen schon endgültig überwunden glaubte: Mit Löhnen, die nur noch zum Allernötigsten reichen; mit Zuständen, wo für Arbeiter und Angestellte nur noch gilt: Maul halten und malochen und ja keine Ansprüche stellen; zurück zu einem Zustand, wo Millionen wieder Schlange vor den Suppenküchen der christlichen Nächstenliebe stehen, weil sie sonst verhungern müßten, so wie es im Musterland der Herrn Unionspolitiker, dem Amerika des Ronald Reagan, heute bereits wieder traurige Wirklichkeit ist.

Eines der ersten Worte, die diese neue Regierung ausstieß, lautete: Lohnpause. Daraus kann man entnehmen, daß sie einem Zustand entgegenstrebt, wo das Wort Lohnerhöhung nur noch nostalgische Erinnerung auslöst, weil die Gewerkschaften alle Hände voll zu tun haben, um sich der Forderung der Unternehmerverbände nach Lohnsenkungen zu erwehren.

Daß der Volksbetrug das Haupt- und Grundprinzip dieser Regierung darstellt, das läßt sich ahnen an der Verwendung von Wörtern wie „Atempause" für einen Tatbestand, der doch darin besteht, daß von nun an pausenlos ein Angriff nach dem anderen auf die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der arbeitenden Bevölkerung und der sozial Schwachen erfolgen soll, während andererseits die Umverteilung zugunsten der Reichen, der Millionäre und Milliardäre, ebenfalls pausenlos vorangetrieben wird! Wortkünstler Goebbels läßt grüßen!

Wehe uns Arbeitern und Angestellten, wenn wir auf die Demagogie einer solchen Regierung hereinfallen! Einer Regierung, die die Wunschregierung des Großkapitals ist und die die Machtergreifung der schwärzesten Reaktion markiert!

Wehe uns aber auch, wenn wir uns nicht gegen den Sozialpartnerschaftskurs einer Gewerkschaftsführung wehren, die einen Tag, nachdem Arbeitsminister Blüm Tarifautonomie Tarifautonomie sein ließ und lauthals die Lohnpause forderte, sich „in sachlicher Atmosphäre" mit einer derartigen Regierung zusammensetzt, um dann anschließend zu verkünden: Man sei sich einig in dem Bestreben, mehr gegen die Arbeitslosigkeit zu tun.

Die Pflicht aller klassenbewußten Kräfte und aufrechten Gewerkschafter ist es jetzt, den Kollegen zu helfen, die Demagogie dieser Regierung zu durchschauen und sich der Notwendigkeit des klassenkämpferischen, konsequenten Widerstands gegen Arbeitsplatzvernichtung, Reallohnabbau und soziale Demontage klar bewußt zu werden.

Hanfried Brenner

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bundestagsdebatte über Regierungserklärung

„Eindeutiges Bekenntnis zur Marktwirtschaft"

Unternehmer loben Kohls Programm

Mit penetranter Aufdringlichkeit stellte Kanzler Kohl bei seiner Regierungserklärung im Bundestag das neue Bonner Bündnis immer wieder als „Koalition der Mitte" vor — eine eher peinliche Angelegenheit angesichts der Tatsache, daß es ihm nicht einmal gelungen ist, die FDP über den harten Kern der ultrareaktionären Gruppe Genscher/Lambsdorff hinaus für diese Koalition zu gewinnen.

Aber Kohl legt eben verständlicherweise Wert darauf, daß diese neue Regierung nicht als das erscheint, was sie wirklich ist — nämlich eine Zusammenrottung der schwärzesten Reaktion. So war denn auch seine Regierungserklärung von dem Bemühen gekennzeichnet, sich nicht als rechter Flügelmann, sondern als gemäßigter Mann der Mitte zu geben. Und als beste Methode, einen solchen Eindruck zu erwecken, hatten ihm seine Berater offenbar aufgetragen, möglichst wenig über konkrete Zielvorstellungen der neuen Koalition zu sagen. Von dieser Methode machte Kohl denn auch reichlich Gebrauch.

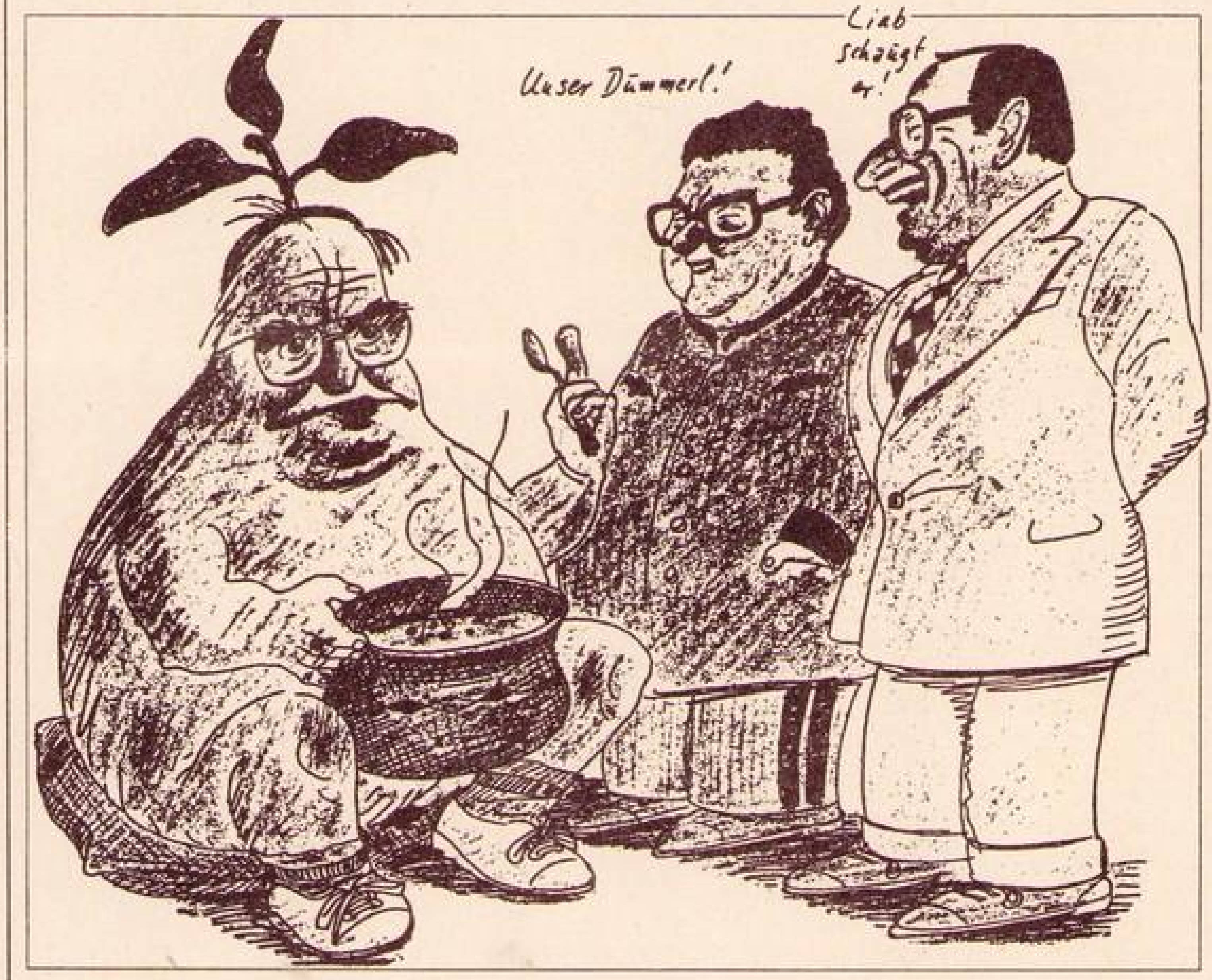
Er kündigte eine „politische Erneuerung" in fast allen Bereichen an, vermied es aber, den Inhalt dieser Erneuerung näher zu beschreiben. Zur gegenwärtigen Wirtschaftskrise bekam man nun eine neue regierungsamtliche Theorie zu hören. Hatte Schmidt vorzugsweise internationale Faktoren, etwa den Ölpreis-Schock, für die Krise verantwortlich gemacht, so sind nach Kohl die Sozialdemokraten, die ihren Kanzler im Stich gelassen hätten, schuld an der Krise und überhaupt schuld daran, daß in der Bundesrepublik Angst und Ratlosigkeit um sich griffen.

Bei den Ausführungen des Unions-Kanzlers zur Außenpolitik mußte man schon genau hinhören, um die wirklichen Absichten seiner Regierung erkennen zu können. Die Beziehungen zur USA, sagte Kohl etwa, müßten aus dem „Zwielicht befreit" werden — was ja nur heißen kann, daß es selbst den minimalen Widerstand gegen den Reagan-Kurs, den sich Schmidt noch geleistet hat, künftig nicht mehr geben wird. Neben dem üblichen Bonner Allparteien-Bekenntnis zum NATO-Raketenbeschluß bekundete Kohl auch seine Absicht diesen Beschluß — also die Aufstellung der neuen Raketen — aktiv „nach innen zu vertreten" — eine deutliche Drohung gegen die Friedensbewegung. Von Innenminister Zimmermann wird sicher bald zu hören sein, wie das Vertreten der NATO-Politik nach innen in die Praxis umgesetzt werden soll. Stichwort: Abbau des Demonstrationsrechts.

Kohl sprach sich weiter für wirtschaftliche Beziehungen zur Sowjetunion aus, aber die Sicherheitsinteressen der NATO müßten dabei „voll" berücksichtigt werden — also auch hier eine Anpassung an den Konfrontationskurs der Reagan-Regierung.

Vollends in Nebel lösten sich Kohls Ausführungen über die langfristigen Perspektiven seiner Regierung auf: Da war von einer „menschlichen Gesellschaft" die Rede, von der heilen Familie natürlich, von „Lebenserfüllung und Glück" und was dergleichen Phrasen einem ins Unerträgliche verlängerten „Wort zum Sonntag" glich, kann man die Umrisse des neuen Programms der neuen Koalition erkennen. Wenn Kohl — um nur ein Beispiel zu nennen — zum Umweltschutz nichts weiter einfiel als ein Appell „an alle Bürger, den Schatz unserer Natur pfleglich zu behandeln", dann ist jetzt schon abzusehen, daß die neue Regierung auf einen Kampf gegen die wirklichen Umweltverbrecher — die Konzerne — verzichten und ihre Umweltpolitik an dem Motto „Bürger, haltet eure Straßen sauber" ausrichten wird.

Konkret wurde Kohl bei seiner Regierungserklärung nur, als er ein „Dringlichkeitsprogramm" vorlegte, mit dem angeblich die Arbeitslosigkeit bekämpft werden soll. Neben einigen öffentlichen Investitionen aber enthält dieses Programm ausschließlich Begünstigungen aller Art für die Unternehmer.



Sie sollen von „ausbildungshemmenden Vorschriften" befreit werden, was auf einen Abbau des Jugendschutzes in den Betrieben hinausläuft; der Erwerb konkursreifer Unternehmen soll begünstigt werden, was den Konzentrationsprozeß weiter vorantreiben wird; schließlich soll die Gewerbesteuer gesenkt werden, als erster Schritt — wie es ausdrücklich heißt — in Richtung einer Umgestaltung des Steuersystems, mit dem Ziel, der Entlastung von Investitionen und Leistungseinkünften.

Wie denn all das, was bislang in Form von Koalitionsabsprachen als Programm der neuen Regierung vorliegt, nur als ein erster Schritt zu werten ist. Die halbjährige „Atempause" bei der Anpassung von Leistungen im Sozial- und Rentenbereich, die Eigenbeteiligung für Krankenhauspatienten, die Kürzung des Arbeitslosengeldes, der Besoldungsstopp für Beamte, die provokativ vorgebrachte und während der Bundestagsdebatte erneut geforderte Lohnpause — das sind nur erste Schritte, das ist nur der Beginn eines Programms, das letztlich auf den Abbau aller in den letzten Jahrzehnten erkämpften sozialen Errungenschaften abzielt.

Das wissen die Vertreter des Großkapitals natürlich zu schätzen. Und entsprechend fielen auch ihre Reaktionen auf die Regierungserklärung Kohls aus. „Endlich ist es aus mit der Traumtänzerei", freute sich Wolff von Amerongen, der Boß des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT). Horst Backsmann, Präsident des Verbands der Automobilindustrie, sieht mit dem Machtantritt der Regierung Kohl das Ende einer „lähmenden Orientierungslosigkeit". Und BDI-Boß Esser erklärte, „der Weg ist nun frei für einen neuen Anfang."

Bemerkenswert dabei ist die Tatsache, daß die Bosse sich gehütet haben, die eine oder andere konkrete Maßnahme der neuen Regierung zu loben (es handelt sich dabei ja in den meisten Fällen um die Fortschreibung von Maßnahmen, die bereits die — von den Bossen zunehmend härter kritisierte — sozialliberale Regierung schon beschlossen hatte). Wichtiger als diese Einzelmaßnahmen ist für das Großkapital die grundsätzliche Weichenstellung, die mit dem Regierungswechsel verbunden ist. So streicht etwa der DIHT heraus, daß Kohls „hoffnungsvoll stimmendens Konzept" ein „eindeutiges Bekenntnis zur Marktwirtschaft" sei. Und der BDI sieht darin ein „ermutigendes Zeichen der Entschlossenheit, die langfristigen Fehlentwicklungen in der Wirtschafts- und Finanzpolitik und die bedrückende Phase der Unsicherheit durch eine in sich geschlossene und konsequente Politik zu überwinden."

Auch die Bosse legen also Wert darauf, festzustellen, daß Kohls „Dringlichkeitsprogramm" und die übrigen Beschlüsse der neuen Regierung noch nicht die Sache selbst sind, sondern vorerst nur der Beginn der vielbeschworenen Wende, der Einstieg in eine Ära der hemmungslosen Bereicherung für das Großkapital und der zunehmenden Verelendung der werktätigen Massen.

Um dieser Wende willen ist die SPD als Regierungspartei abserviert und durch die Strauß-Partei ersetzt worden. Als aber Karl-Heinz Hansen, übrigens als einziger Bundestagsabgeordneter, diese einfache Wahrheit am Tage der Vereidigung Kohls auch im Bonner Parlament aussprach, haben seine ehemaligen Fraktionskollegen von der SPD fluchtartig den Plenarsaal verlassen. Lernprozesse sind da ganz offenbar nicht in Gang gekommen. Das wurde auch bei der Debatte über die Regierungserklärung deutlich, als die Sprecher der SPD immer wieder den Kanzlersturz als von dem hinterlistigen Genscher vollzogenen „Königsmord" personalisierten.

Auf der anderen Seite schlugen sie aber durchaus kämpferische Töne an, wie man sie in den letzten Jahren nie zu hören bekam. Da wurde etwa das Kohl-Konzept als Klassenkampf von oben und Umverteilung von unten nach oben angegriffen, da war plötzlich — nach den von der SPD selbst vollzogenen Umverteilungsaktionen im Rahmen der Operation '82 und '83 — die Erkenntnis da, daß Sozialabbau Kaufkraft vernichtet und damit weitere Arbeitslosigkeit produziert.

Diese kämpferischen Töne jedoch standen in einem deutlichen Gegensatz zu dem, was von der SPD als Alternative zum Kohl-Konzept präsentiert wurde. Diese „Leitlinien für eine aktive Beschäftigungspolitik" sehen vor: höhere Kreditaufnahme des Staates; mehr öffentliche Investitionen; Ergänzungsabgabe zur Lohn- und Einkommenssteuer; Arbeitszeitverkürzung mit Einkommenseinbußen.

Und das ist nun wahrhaftig keine Alternative: Weder wird eine Senkung der Rüstungsausgaben verlangt, noch will man die Profiteure der Krise, die Konzern- und Bankbosse, zur Kasse bitten. Öffentliche Investitionen, an denen ja auch zunächst einmal die Unternehmer verdienen, sollen — wie gehabt — durch zusätzliche Staatsverschuldung und vor allem durch eine zusätzliche Besteuerung der Werktätigen finanziert werden.

So hat sich bei der in die „Opposition" gedrängten SPD wohl die Polemik, nicht aber die reale Politik radikalisiert.

Sozialpartnerschaft: Die andere Backe auch noch hinhalten!

Lohnstopp-Minister Blüm darf Gewerkschafter verhöhnen

MAINZ/FRANKFURT. — Liebe deine Feinde. Nach diesem Motto sollen Arbeiter und Gewerkschafter sich von jenem Unternehmerknecht verhöhnen und für dumm verkaufen lassen, der neuerdings im Bonner Arbeitsministerium residiert: Lohnstoppminister Blüm erhielt Gelegenheit, vor den Gewerkschaftstagen der IG Bau, Steine, Erden und der Gewerkschaft Textil- und Bekleidung für Lohnpause und soziale Demontage zu trommeln.

Nicht zum ersten Mal durfte hier ein erklärter Gewerkschafts- und Arbeiterfeind vor höchsten DGB-Foren seine vergifteten „Grußworte" vom Stapel lassen. Man braucht nur an den letzten DGB-Kongreß vom vergangenen Frühjahr in Westberlin zu denken, wo ein F. J. Strauß aufs Podium gebeten worden war. Dies hat damals die Delegierten der IG Druck und Papier veranlaßt, aus Protest geschlossen den Saal zu verlassen.

Der Auftritt des Herrn Blüm auf den jetzigen Kongressen der Gewerkschaften Textil und Bekleidung (GTB) und IG Bau, Steine, Erden (IGBSE) ist jedoch eine ganz spezielle Provokation für die Gewerkschaftsbewegung.

Blüm — kaum Minister geworden — schrie sofort nach einer Lohnpause für alle arbeitenden Menschen und nach einer sogenannten „Atempause" in der Sozialpolitik. Dieser erste Kläffer eines plötzlich zum Minister aufgeblasenen Wasserträgers seiner kapitalistischen Hintermänner ist noch nicht verhallt, da darf er auch schon vor den höchsten Gremien zweier DGB-Gewerkschaften mit denselben extrem arbeiterfeindlichen Forderungen herumprovozieren und seine verlogenen Parolen vom angeblichen Kampf der neuen Regierung gegen Arbeitslosigkeit vom Stapel lassen. Das ist eine Verhöhnung der Gewerkschaftsbewegung!

Gegen diesen Herrn Blüm haben die IGM-Vertrauensleute der Stahlwerke Krupp-Südwestfalen im hessischen Dillenburg wegen seines Lohnpausenplans in der letzten Woche einen Ausschlußantrag bei der IGM-Ortsverwaltung Herborn gestellt. Begründung: Blüm habe sich gewerkschaftsschädigend verhalten. Eine Begründung, die in diesem Fall wahrhaftig nicht zu weit gegriffen ist! Wohl selten hat es einen Ausschlußantrag gegeben, der so offensichtlich berechtigt und notwendig wäre, wie dieser!

Was die Arbeiter, für die ja die Gewerkschaft eigentlich dazusein hätte, denken und wie andererseits ein DGB-Bonze die Sache sieht, das sind aber zwei offensichtlich völlig verschiedene Dinge. So äußerte DGB-Chef Breit sich zufrieden über Blüms Ernennung zum Bundesarbeitsminister: Blüm sei ja ein „Kollege".

Dieser saubere „Kollege" durfte also seine Provokationen und Unverschämtheiten vor den Delegierten der beiden genannten Gewerkschaftstage absondern. Und dies, obwohl er just Vorsitzender derselben „Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft" (CDA) ist, deren Sozialausschüsse noch wenige Tage vorher wegen eines Artikels über den Regierungswechsel in Bonn in der Zeitung „metall" den IG-Metall-Vorstand öffentlich bezichtigt haben, er würde „linksfaschistische Angriffe" auf die neue Bundesregierung zulassen.

Allein schon dieser ungeheuerliche Angriff auf die IG Metall und die Gewerkschaftspresse wäre Grund genug gewesen, dem Herrn Blüm klarzumachen, daß er fürderhin auf gewerkschaftlichen Veranstaltungen aller Art unerwünscht sei.

Aber die rechten Bonzen in den Vorstandssesseln von DGB und verschiedenen Einzelgewerkschaften, die bekanntlich jederzeit dafür zu haben sind, klassenkämpferische Arbeiter wegen ihrer oppositionellen Haltung gegen den vorherrschenden Sozialpartnerschaftskurs auszuschließen, lassen sich in ihrem freundschaftlichen Verhältnis zu solchen Reaktionären offenbar durch gar nichts erschüttern!

Im Grunde verlangen sie von der Gewerkschaftsbewegung: Wenn Unternehmer und Reaktion euch auf die eine Backe hauen, dann haltet gefälligst auch noch die andere hin. Das ist die Logik des sogenannten „sozialen Friedens". Wie weit soll die schändliche Kumpanei zwischen rechten Gewerkschaftsführern und kapitalistischen Gewerkschaftsfeinden noch getrieben werden?



Die „Frankfurter Rundschau" spottete in ihrer Bildunterschrift unter diesem dpa-Funkbild vom Textil-Gewerkschaftstag: „Wann wir schreiten, Seit an Seit". Von links: Minister Blüm, Vorstandsmitglied Pfister, Ex-Kanzler Schmidt und Gewerkschaftsboß Keller.

Heraus zu den DGB-Demonstrationen gegen Sozialabbau, Arbeitslosigkeit und Lohnstopp-Pläne!

Nordrhein-Westfalen

Dortmund, 23. Oktober: Abmarsch: 11.00 Uhr, Westfalenhalle, Hoesch-Westfalenhütte und Hoesch-Phönix (Burgtor). Kundgebung: 11.00 Uhr, Alter Markt.

Hessen/Rheinland-Pfalz

Frankfurt, 23. Oktober: Abmarsch: 9.30 Uhr, DGB-Haus, Hauptbahnhof, Ost-, West- und Südbahnhof. Kundgebung: 11.00 Uhr, Opernplatz.

Bayern

Nürnberg, 23. Oktober: Abmarsch: 10.30 Uhr, Prinzregentenufer, Hauptbahnhof und Plärrer. Kundgebung: 12.00 Uhr, Hauptmarkt.

Kiel

29. Oktober: Einzelheiten über Abmarschorte und Zeit im nächsten RM.

Baden-Württemberg

Stuttgart, 30. Oktober: Abmarsch: 11.30 Uhr, Nordbahnhofstraße/Güterbahnhof, Planie-Schillerplatz und Liederhalle. Kundgebung: 12.30 Uhr, Schloßplatz.

Niedersachsen

Hannover, 30. Oktober: Abmarsch: 10.00 Uhr, Freiheitheim Vahrenwald, Bahnhof Hainholz, Eltwerk, Schützenplatz, Hauptbahnhof. Kundgebung: 11.00 Uhr, Klagesmarkt.

Bremen

4. November: Nähere Einzelheiten im nächsten RM.

Hamburg/Schleswig-Holstein

Hamburg, 6. November: Abmarsch: 10.00 Uhr, Adolf-Schönfelder-Straße und Moorweide. Kundgebung: 12.30 Uhr, Karl-Legien-Platz.

Saarland

Saarbrücken, 6. November: Abmarsch: 10.00 Uhr, Kongreßhalle Saarbrücken. Kundgebung: 11.00 Uhr, St.-Johanna-Markt.

„Gegen Sozialabbau, Arbeitsplatzvernichtung und Ausländerfeindlichkeit"

3. Kongreß der Initiative Soziale Sicherheit (ISS)

DORTMUND. — Einen Tag nach der zentralen Demonstration des DGB-Landesbezirks NRW, am Sonntag, den 24. Oktober also, findet in Dortmund der 3. Kongreß der Initiative Soziale Sicherheit statt. Wir rufen alle RM-Leser, die die Möglichkeit dazu haben, zur Teilnahme und zur Unterstützung der Kongreßarbeiten auf.

Der Kongreß findet im Fritz-Henßler-Haus (Studio) statt (Geschwister-Scholl-Straße 1-3, Dortmund-Mitte, Nähe Hauptbahnhof). Beginn ist 10.00 Uhr. Die Teilnahmekosten incl. Mittagessen betragen 10 Mark pro Person. Wer von Samstag auf Sonntag wegen Teilnahme an Demonstration und Kongreß in Dortmund übernachten will, kann sich an die Geschäftsstelle der Dortmunder Falken wenden, die als zentrales Organisationsbüro des Kongresses geöffnet sein wird: Leopoldstraße 16-20, 4600 Dortmund-Mitte, Tel.: 0231/812380.

Der Kongreß steht unter dem Motto: „Gemeinsam gegen Sozialabbau, Arbeitsplatzvernichtung und Ausländerfeindlichkeit". Nach der Begrüßung durch den Hoesch-Betriebsrat Hans Otto Wolf wird Jakob Moneta das Referat halten. Es trägt den Titel: „Sozialpolitischer Kahlschlag und Gegenwehr — zur Bedeutung der ‚neuen/alten sozialen Frage' in den 80er Jahren".

Die weiteren Tagesordnungspunkte: 3.) Aussprache zum Referat; 4.) zum Verhältnis ISS/Gewerkschaften; 5.) Aktionsprogramm zur weiteren Arbeit der Initiative.

Es ist anzunehmen, daß für die weitere Perspektive der ISS die Diskussion über die Frage, Verhältnis ISS/Gewerkschaften, besondere Bedeutung haben wird.

Wir wünschen dem 3. Kongreß der ISS einen erfolgreichen Verlauf!

Franz Steinkühler zum Thema: Regierungswechsel und Kampf gegen Arbeitslosigkeit

„Der Krebs unserer Gesellschaftsordnung"

Am 30. September führte die IG Metall/Reutlingen eine Funktionärskonferenz durch, auf der Franz Steinkühler, Bezirksleiter der IG Metall in Stuttgart, ein Referat hielt. Im Folgenden geben wir daraus einen Auszug wieder, der sich mit dem Thema befaßt: Welche Bedeutung hat der Regierungswechsel in Bonn und wie müssen die Gewerkschaften den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit verstehen?

Wir sollten nüchtern sehen, daß die Sozialversicherung, eine tragende Säule des Sozialstaats, niemals und zu keiner Zeit ein Geschenk des Himmels an die Arbeitnehmer war, keine Wohltat, die man den Arbeitnehmern aus Gnade gewährte, sondern natürlich eine Konzeption dieses Wirtschaftssystems, um den sozialen Frieden und die bestehende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu erhalten. Und wer dies so sieht, der kann auch nicht überrascht sein, daß heute wiederum die Grenzen ausgelotet werden, wie weit sich die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften denn zurückweisen lassen, bis zu welcher Grenze man den Sozialstaat demontieren könnte.

Wer das so sieht, der sieht auch den Weg, um den grundgesetzlich garantierten Bestandsschutz für den Sozialstaat mit Wirkung auch von Montag bis Samstag nicht nur einzuklagen, sondern auch durchzusetzen. Da hilft kein Beten, da hilft nur Handeln. Wenn wir unsere eigenen Lehren aus der Geschichte nur ein bißchen ernst nehmen, dann erkennen wir, daß sozialpolitische Fortschritte nicht von allein kommen, sondern von Arbeitern und Angestellten stets und immer erzwungen werden mußten.

Willi Bleicher hat einmal gesagt: „Wer zum Kapitalismus ja sagt, der muß auch zur Arbeitslosigkeit ja sagen". Er meinte damit, daß Wirtschafts- und Strukturkrisen und in der Folge Massenarbeitslosigkeit eine Gesetzmäßigkeit dieser auf Privatwirtschaft basierenden Wirtschaftsordnung sind. Ich denke, es ist an der Zeit, daß wir uns zur Wehr setzen dagegen, Krisen als eine Art Naturereignis zu begreifen, als unabwendbares Schicksal, dem man nur durch Bescheidenheit, Zurückhaltung und geistiger Demut begegnen kann. Um einmal die Sprache derer zu verwenden, die die Krise gerne mit einer Krankheit vergleichen, die man nur richtig durchschwitzen muß, damit der normale Gesundheitsprozeß eintritt: Die Wirtschaftskrise mit ihrer Massenarbeitslosigkeit ist keine einfache gesellschaftliche Grippe. Sie ist vielmehr der Krebs unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, und Krebs kann man bekanntlicherweise nicht durch Schwitzen bekämpfen. Krebs kann man nur bekämpfen, indem man dem Übel an die Wurzel geht.

Die Krise führt nicht, wie einige Sozialdemokraten behaupten, automatisch zum Aufschwung der sozialen Auseinandersetzungen und Kämpfe. Krisenzeiten fördern im Gegenteil den Aufschwung reaktionärer und konservativer Kräfte. Die Logik dafür liegt auf der Hand. Wenn das bestehende Herrschafts- und Wirtschaftssystem nicht mehr aus sich selbst, aus seiner eigenen wirtschaftlichen Überzeugungskraft heraus zu verteidigen ist, dann muß dieses System eben mit Gewalt gesichert werden.

Weil das Kapital seine Interessen durch eine sozial-liberale Regierung nicht mehr ausreichend gesichert sah, mußte eine neue konservative Regierung an die Macht kommen. Eines dürfen wir nicht vergessen: Die einseitige Sicherung von Kapitalinteressen in der Krise ist in der Geschichte der Arbeiterbewegung immer auf dem Wege der Aufweichung demokratischer Kräfte, der Einschränkung demokratischer Rechte und Freiheit gefolgt, und sie werden dieses Rezept auch diesmal versuchen. Der Versuch wird dann nicht gelingen, wenn es uns gelingt, gewerkschaftliche Kampfbereitschaft zu mobilisieren, auf breiter Ebene Kampfkraft zu organisieren. Voraussetzung dafür ist Klarheit in den Köpfen, ist das Wissen über Ziele und Strategie des Gegners, ist die Kenntnis der Gesetzmäßigkeiten dieses Wirtschaftssystems.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 **Bielefeld 1,** Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum,** Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 **Dortmund 1,** Parteibüro der KPD, Ortsgruppe Dortmund, Stollenstr. 12 (Eingang Clausthaler Str.) Tel.: 0231/832328, geöffnet: Fr 17 - 19 Uhr.

4600 **Dortmund 30, Zentrales Büro der KPD,** Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/433691 (92).

4100 **Duisburg 12,** Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203/443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

6000 **Frankfurt 60,** Kontaktadresse: Peter Stecay, Linnéstr. 13, Tel.: 0611/491918.

2000 **Hamburg 6**, Margarethenstr. 58, Tel.: 040/430709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr; Sa 9 - 12 Uhr.

7100 **Heilbronn,** Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 **Kiel 1,** Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5000 **Köln 30,** Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37a, Tel.: 0221/554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

6700 **Ludwigshafen,** Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621/523966.

7000 **Stuttgart 1,** Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr; Mi 17.30 - 18.30 Uhr; Sa 10 - 12 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 **Berlin 65** (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: 030/4653966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr; Sa 11 - 13 Uhr.

DGB-Führung läutet neue Mitbestimmungskampagne ein

Wasser auf die Mühlen der SPD-Führung?

Die DGB-Führung bemüht sich gegenwärtig, eine großangelegte Kampagne für die „Verteidigung und Ausweitung der Mitbestimmung" in Gang zu bekommen. Dabei hat sie allerdings ein „Problem": An der gewerkschaftlichen Mitgliederbasis ist von Begeisterung für das Mitbestimmungskonzept des DGB herzlich wenig zu spüren. Der DGB-Chef Breit indessen kündigte an, man wolle die Mitbestimmung zum beherrschenden gewerkschaftlichen Thema bis zu den nächsten Bundestagswahlen machen. Nach Breits Vorstellung soll dieses Thema auch schon die Großkundgebungen und Demonstrationen beherrschen, die dieser Tage gegen Sozialabbau, Rüstungswahnsinn und Arbeitsplatzvernichtung stattfinden.

Am 12. Oktober führte der DGB-Bundesvorstand in Düsseldorf eine zentrale Arbeitstagung mit allen Kreisvorsitzenden und hauptamtlichen Vorstandsmitgliedern der DGB-Landesbezirke durch, die als Startschuß für „eine umfassende Informationskampagne für mehr Mitbestimmung" dienen sollte. Als Ziel der neuen Kampagne wird „die Sicherung der Montanmitbestimmung und ihr Ausbau in allen übrigen Bereichen der Wirtschaft" bezeichnet. Dies soll durch „langfristig geplante Aktivitäten" erreicht werden.

Warum — so fragt man sich zunächst einmal — kommt die DGB-Führung ausgerechnet zum jetzigen Zeitpunkt mit dieser Kampagne? Die DGB-Führer begründen das laut „Welt der Arbeit" (WdA) mit der Behauptung, *„die gegenwärtige politische und wirtschaftliche Situation, die von Beschäftigungsrisiken und Problemen im sozialen Bereich gekennzeichnet sei, begünstige die gewerkschaftliche Forderung nach mehr Mitbestimmung."*

Diese Begründung ist verblüffend. Und zwar deshalb, weil die rechten Gewerkschaftsführer zu Recht dafür berüchtigt sind, daß sie normalerweise mit dem Hinweis auf ungünstige wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen immer wieder ein Zurückstecken der Gewerkschaften bei ihren Forderungen und tarifpolitischen Zielen für notwendig erklären. Zu welchem Zeitpunkt aber hätte mit größerem Recht von ungünstigen Rahmenbedingungen gesprochen werden können, als in der jetzigen Situation, die von einem erschreckenden Anwachsen der Massenarbeitslosigkeit und gleichzeitig vom Machtantritt der äußersten Reaktion in Form der Regierungsübernahme durch die CDU/CSU bestimmt wird?

Nun sind gerade wir Kommunisten die letzten, die für die abwieglerische Haltung der rechten DGB-Führer, wie sie oben beschrieben wird, etwas übrig haben. Im Gegenteil. Wenn wir uns beispielsweise heute mit allen unseren Möglichkeiten dafür einsetzen, daß unsere Gewerkschaften jetzt konsequent den Kampf für die 35-Stunden-Woche aufnehmen, dann eben deshalb, weil wir wissen: Gerade in der sich zuspitzenden Krise ist es notwendig, daß die gewerkschaftliche Gegenwehr den Übergang zu offensiven Forderungen und Kämpfen findet.

Kann aber das Kreieren der neuesten Mitbestimmungskampagne etwa als ein Versuch der DGB-Führung betrachtet werden, diesen notwendigen Übergang zu Positionen eines offensiven Kampfes zu erreichen?

Die Überschrift, mit der das Unternehmerorgan „Handelsblatt" am 13. Oktober einen Bericht über die Ankündigung der neuen Mitbestimmungskampagne versehen hat, will Derartiges suggerieren: *„Eine DGB-Offensive mitten in der Beschäftigungskrise."* Im Gegenteil. Alles deutet darauf hin, daß die DGB-Führung diese Kampagne zum jetzigen Zeitpunkt (der in gewissem Sinne eine kritische Phase in der Entwicklung gewerkschaftlicher Strategie markiert) nur in der Absicht aus dem Zylinder gezaubert hat, den gewerkschaftlichen Kampf gegen die Offensive des Kapitals zu zügeln, sowie den Tendenzen einer Radikalisierung dieses Kampfes im Sinne des Durchbrechens der sozialpartnerschaftlichen Schranken entgegenzuwirken, Tendenzen wie sie sich zumindest ansatzweise auch in den von der DGB-Führung nur widerwillig mitgetragenen Massenaktion der kommenden Wochen gegen Sozialabbau und Arbeitsplatzvernichtung äußern.

Nun ist auch unter fortschrittlichsten Gewerkschaftern die Frage durchaus umstritten, ob die Mitbestimmung im Sinne des DGB-Konzeptes (Mitverantwortung und Mitentscheidung bei der kapitalistischen Unternehmensführung) ein sinnvolles und erstrebenswertes gewerkschaftliches Ziel sein kann. Was unsere Partei betrifft, die KPD, so hat sie diese Frage von jeher prinzipiell verneint. Dieses Mitbestimmungskonzept kann unserer Meinung nach nur einem Kurs der Sozialpartnerschaft dienen. Es kann die Entfaltung der gewerkschaftlichen Aktivität auf klassenkämpferischer Grundlage nur blockieren.

Im übrigen ist es eben kein Zufall, daß die rechten Gewerkschaftsführer gerade dann mit der Mitbestimmung ankommen, wenn ihnen die Tendenzen zu wirkungsvollen und konsequenten Formen des Massenwiderstandes gegen soziale Demontage, Arbeitsplatzvernichtung und Lohnraub, kurz Tendenzen in Richtung Klassenkampf, über den Kopf zu wachsen drohen.

Unsere grundlegende Einschätzung des Mitbestimmungskonzeptes der DGB-Führung wird auch nicht dadurch widerlegt, daß die Sympathien im Lager des Monopolkapitals für diese Art Mitbestimmung, sollten sie je existiert haben, mit der Entwicklung der kapitalistischen Krise in den letzten Jahren sicherlich verflogen sind (was sich etwa an den Attacken des Kapitals der letzten Jahre zeigt, die darauf abzielen, die Montanmitbestimmung zu demontieren). Der Sturz des bisherigen Bundeskanzlers Helmut Schmidt ist ja schließlich auch kein Beweis dafür, daß seine Politik den Interessen der Arbeiterklasse und den Forderungen der Gewerkschaften entsprochen hätte.



Stahlarbeiter der Klöckner-Hütte in Bremen bei einer Demonstration gegen Massenentlassungen am 25. August 1977.

Auch die Politik der Schmidt-Genscher-Regierung diente einzig und allein den Interessen des Kapitals. Ihr Sturz und der Machtwechsel in Bonn wurden nicht betrieben, weil die Sozialliberale Koalition Arbeiterpolitik betrieben hätte, sondern weil die Entwicklung der kapitalistischen Krise an einem Punkt angelangt ist, wo die Profit- und Machtinteressen des Kapitals unter dem Aspekt der Verwirklichung sozialpartnerschaftlicher Integration der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in das kapitalistische System nicht mehr ausreichend gewahrt und durchgesetzt werden können. Auf diesem Hintergrund werden auch die Angriffe des Kapitals seit einigen Jahren auf das Modell der Montanmitbestimmung verständlich. Die Kapitalisten halten es heutzutage für besser, ihren Herr-im-Haus-Standpunkt wieder ganz drakonisch und kompromißlos zur Geltung zu bringen.

Aus dem Gesagten folgt übrigens, daß das von der DGB-Führung angegebene Ziel, Ausweitung der Mitbestimmung nach dem Montanmodell („paritätische Mitbestimmung") auf die gesamte Wirtschaft, heute nur noch gegen massiven Widerstand der Monopolbourgeoisie durchsetzbar wäre. Die DGB-Führung ist sich dieses Umstandes, wie aus ihren entsprechenden Verlautbarungen zu ersehen ist, sehr wohl bewußt. Gleichzeitig ist sich die DGB-Führung auch darüber im klaren, daß die Bereitschaft an der gewerkschaftlichen Mitgliederbasis, für diese Forderung auf die Straße zu gehen oder gar zu streiken, äußerst gering ist. Entsprechende Eingeständnisse von Breit und anderen Vertretern der DGB-Führung gab es auch auf der eingangs erwähnten Arbeitstagung in Düsseldorf. So heißt es etwa in dem Bericht der „Welt der Arbeit" über die Düsseldorfer Tagung:

„Der DGB-Vorsitzende gab Versäumnisse der Vergangenheit zu: Nur einem kleinen Teil der Mitglieder sei ohne große Mühe deutlich zu machen gewesen, daß von veränderten Machtverhältnissen in den Aufsichtsräten mittelbar Rückwirkungen auf Beschäftigungs- und Einkommenssicherheit, Humanisierung der Arbeit und Weiterbildung ausgingen."

Allerdings wären in diesem Zusammenhang folgendes anzumerken: Die sogenannten „Versäumnisse der Vergangenheit" bestehen nicht so sehr darin, daß die Mitglieder nicht in ausreichendem Maß über „Wert und Nutzen" der Mitbestimmung belehrt wurden. Das Problem besteht doch vielmehr darin, daß dieser „Wert und Nutzen" für die Arbeiterinteressen schlicht und ergreifend nicht feststellbar war und ist. Er war und ist deshalb nicht feststellbar, weil es ihn gar nicht gibt.

Der Wert und Nutzen der Mitbestimmung besteht in Wirklichkeit darin, und das ist den Mitgliedern allerdings nicht verborgen geblieben, daß diese Art Mitbestimmung den Kapitalisten als Mittel der Korrumpierung von Gewerkschaftsfunktionären bzw. sogenannten Arbeitnehmervertretern dient.

Die negativen Erfahrungen, die die Arbeiter und Angestellten mit der Mitbestimmung gemacht haben, lassen sich auch durch die von Ernst Breit angekündigten „Informationskampagnen" schwerlich vergessen machen. Und man fragt sich, ob beispielsweise der Vorsitzende der Eisenbahnergewerkschaft, Ernst Haar, selbst an sein Gerede glaubt, wenn er in einem Interview in der WdA auf die skeptische Frage, ob die Mitbestimmung wohl „den Betroffenen noch schmackhaft gemacht werden kann", antwortet:

„Betroffene Arbeitnehmer in der Montanindustrie wissen schon ein bißchen klarer, um was es da geht. Es ist immer auch eine Frage der Betroffenheit."

Gerade die Stahlarbeiter wissen allerdings am besten, wie der Arbeiter mit der Mitbestimmung verschaukelt wird. Sie haben es zur Genüge erlebt, wie die Gewerkschaftsvertreter und die Vertreter der Betriebsratsspitzen auf der sogenannten Arbeitnehmerbank im Aufsichtsrat wieder und wieder den Rationalisierungsfeldzügen und Kahlschlagprogrammen der Kapitalisten zugestimmt, wie sie sich den „betriebswirtschaftlichen Sachzwängen" unterworfen, das heißt in die Kumpanei mit den Bossen begeben haben.

Tausendfach hat die Praxis in der Stahlindustrie bewiesen, daß paritätische Mitbestimmung im Aufsichtsrat im Kern darauf hinausläuft, Kämpfe der Belegschaften für ihre Interessen, vor allem auch den Kampf zur Verteidigung der Arbeitsplätze, abzuwiegeln und zu verhindern. Die unerhörte Arbeitsplatzvernichtung gerade in der Montanindustrie, zuerst das Zechenlegen im Steinkohlebergbau und in den letzten Jahren dann die Kahlschläge in den Stahlindustrie spricht doch Bände!

Man sollte einmal die Frage stellen: Glauben die Breit, Loderer, Haar usw. eigentlich selbst daran, daß sie das von ihnen proklamierte Ziel der Ausweitung der Montanmitbestimmung auf die Gesamtwirtschaft unter den gegebenen Bedingungen überhaupt durchsetzen können? Selbst wenn die rechten DGB-Führer bereit wären, in diesem Fall ausnahmsweise über ihren Schatten zu springen und sich mit dem Gedanken an ernsthafte Kampfmaßnahmen anzufreunden, so müßten sie ja auch immerhin die Mitgliedermassen im DGB bereit sein, diese Kampfmaßnahmen zu tragen, müßten sie sich für die „Mitbestimmung" mobilisieren lassen.

Wir wollen hier die Behauptung wagen, daß die Breit, Loderer, Haar usw. gar nicht ernstlich die Absicht haben, in absehbarer Zeit den Kampf um die Verwirklichung der Forderung nach Ausweitung der Mitbestimmung wirklich aufzunehmen. Wenn Breit auf der genannten Düsseldorfer Arbeitstagung die rund acht Millionen im DGB organisierten Kollegen aufrief, *„die Haltung der Parteien zur Mitbestimmung zum entscheidenden Maßstab bei künftigen Wahlen zu machen"*, so ist das doch ziemlich verräterisch.

Hier sind offensichtlich Überlegungen im Spiel wie diese: Wie kann die Massenbewegung in der Arbeiterklasse gegen die jetzige Offensive des Kapitals, gegen soziale Demontage und Arbeitsplatzvernichtung, einerseits entschärft und andererseits auf die Mühlen der SPD-Führung geleitet werden? Das ist es, was hinter der neuen Mitbestimmungskampagne steckt. Der Widerstand gegen die vom Kapital angestrebte Wende soll in die Rolle einer Hilfskraft für die SPD-Führung gedrängt werden!

Würde diese Taktik der rechten DGB-Führer glücken, so wäre damit eine schwere Niederlage der Gewerkschaftsbewegung besiegelt.

Aus einer Entschließung des 2. RGO-Kongresses

„Die Mitbestimmungskonzeption ist eine Sackgasse"

Der 2. Kongreß der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO), der im Januar 1981 in Frankfurt tagte, faßte eine Entschließung mit dem Titel „Die Mitbestimmungskonzeption ist eine Sackgasse". Im folgenden geben wir einen Auszug daraus wieder:

Zur Verteidigung der Mitbestimmungskonzeption wird auch von fortschrittlichen Kräften im DGB eingewendet, daß man die langfristige Perspektive des Kampfes für die Erweiterung und Ausdehnung der Mitbestimmung erkennen müsse, die darin liege, die Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit durchzusetzen, die alleinige Verfügungsgewalt der Unternehmer über die Produktionsmittel zu brechen, die Wirtschaft zu demokratisieren usw.

Nichts deutet darauf hin, daß das eine realistische Perspektive ist. Alles spricht dafür, daß das Illusionen ohne jede Grundlage sind. Gerade die Klage der Unternehmer gegen das Mitbestimmungsgesetz und der Angriff auf die Montanmitbestimmung sollten uns gezeigt haben, daß die Unternehmer nicht im Traum daran denken, ein Stück ihrer Macht zu unseren Gunsten aufzugeben.

Die Verfügungsgewalt der Kapitalisten über die Produktionsmittel brechen — das kann nur eine politische Bewegung der Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften erzwingen. Wenn aber die Arbeiter und Angestellten und ihre Gewerkschaften zu einem solchen politischen Angriff auf das kapitalistische Wirtschaftssystem aufbrechen, werden Gewerkschaftsvertreter in den Aufsichtsräten für den Ausgang dieses Kampfes keine Bedeutung haben — keine positive jedenfalls.

Die durch die Mitbestimmungskonzeption hervorgerufenen Illusionen tragen in keiner Weise zur Entwicklung einer solchen politischen Bewegung der Arbeiterklasse und der Gewerkschaften bei, sondern hemmen sie.

Ein anderes Argument zur Verteidigung der Mitbestimmungskonzeption weist darauf hin, daß die Präsenz von Gewerkschaftsvertretern in den Aufsichtsräten den Gewerkschaften Zugang zu wichtigen Informationen verschafft, deren Kenntnis si ein die Lage versetze, frühzeitig Schritte zur Entfaltung des Kampfes gegen Angriffe der Konzernleitung auf die Belegschaft in die Wege zu leiten. Die Erfahrungen, die wir bisher gemacht haben, lassen dergleichen positive Auswirkungen der Präsenz von Gewerkschaftsvertretern in den Aufsichtsräten leider vermissen. Tatsache ist auch, daß eine solche Weitergabe von Informationen an die örtlichen und betrieblichen Gewerkschaftsorganisationen keineswegs bereits verankertes Recht ist, sondern überwiegend gegen gesetzliche Bestimmungen verstoßen würde.

Es ist nicht einzusehen, warum im Rahmen des notwendigen Kampfes für die Erweiterung der Rechte der Betriebsräte der ungehinderte Zugang des Betriebsrats zu allen wichtigen Informationen schwerer durchsetzbar sein soll, als die Änderung jener gesetzlichen Bestimmungen, die für die Aufsichtsräte bindend sind.



RGO
Extra
BETRIEBSGRUPPE HDW
KIEL 14.10.1982
Bald nur noch 5000 Mann auf HDW?
Uns reicht's!
Heute geht's los!

HDW-Kiel — 6000 Werftarbeiter marschieren zur Landesregierung

„Eins, zwei, drei, vier — Arbeitsplätze brauchen wir"

Arbeiterkorrespondenz aus Kiel

Das hat es seit den September-Streiks 1969 nicht mehr in Kiel gegeben. Am Donnerstag, den 14. Oktober, schmiß die Belegschaft von HDW/Kiel nach dem Frühstück die Klamotten hin und marschierte durch die Kieler Innenstadt zum Landeshaus, dem Sitz der schleswig-holsteinischen Landesregierung.

Die Arbeiter waren dem Streikaufruf des IGM-Vertrauensleutekörpers nahezu geschlossen gefolgt. Von den Angestellten fehlte leider eine ganze Menge, so daß schließlich über 5000 Kolleginnen und Kollegen aus den drei Kieler Werken einen machtvollen Protestzug bildeten, der auf seinem Marsch durch die Kieler Innenstadt auf über 6000 Beteiligte anschwoll.

Gegen Kurzarbeit und Massenentlassungen

„Alle Räder stehen still, wenn HDW entlassen will", „Kurzarbeit — Nein danke!", „Die Reichen sollen die Krise bezahlen", waren nur einige von zahlreichen Parolen, die die Entschlossenheit der Kieler Werftarbeiter im Kampf gegen Kurzarbeit und Massenentlassungen zum Ausdruck brachten. Und immer wieder der Sprechchor: „Eins, zwei, drei, vier — Arbeitsplätze brauchen wir — fünf, sechs, sieben, acht — brecht die Unternehmermacht!"

Entlang des Protestzuges wurden Flugblätter der Belegschaft an die Kieler Bevölkerung verteilt, in denen die Lage der HDW-Arbeiter dargestellt wurde und die Bevölkerung zur Solidarität und zum Mitmarschieren aufgerufen wurde. (Die gleichen Flugblätter wurden schon tags zuvor in die Briefkästen der Werftarbeiterwohnbezirke auf dem Kieler Ostufer gesteckt.) Zahlreiche Passanten schlossen sich dem Zug an. Auf den Baustellen entlang der Strecke ruhte die Arbeit, die Kollegen grüßten den Zug.

Die Hintergründe der Aktion und die Entwicklung bei HDW

Wie war es zu dieser Aktion gekommen?

Im Zuge der weltweiten Wirtschaftskrise geht seit einiger Zeit der Welthandel zurück, es entstand eine Überkapazität an Frachttonnage. Diese Entwicklung schlägt auch auf den Schiffbau durch. Von der Schiffbaukrise ist allerdings schon seit sieben Jahren die Rede.

In der internationalen Werftindustrie ist ein gnadenloser Konkurrenzkampf im Gange, bei dem die deutschen Werften immer die Nase vorn hatten. Ihr Erfolgsrezept: Stillegungen, Fusionen, Rationalisierungen, Massenentlassungen. So wurden nach 1945 aus neun Großwerften fünf und im gleichen Zeitraum 65000 Arbeitsplätze vernichtet.

Das ist aber offensichtlich noch nicht genug. HDW ist die größte deutsche Werft mit über 12000 Beschäftigten in Hamburg und Kiel. Die Werft gehört zu 74,9 Prozent dem bundesdeutschen Stahlkonzern Salzgitter und zu 25,1 Prozent dem Land Schleswig-Holstein. Da der Salzgitterkonzern sich gegen die übrigen bundesdeutschen Stahlkonzerne im heftigen Konkurrenzkampf behaupten muß, hat er sich entschlossen, wie sein Vorstandsvorsitzender Pieper sagte, sich von allen unrentablen Konzerntöchtern zu trennen und sein Kapital nur noch in profitablen Industriezweigen anzulegen. Da die HDW schon seit einigen Jahren Verluste einfährt, die im letzten Geschäftsjahr erstmalig nicht mehr durch Rücklagen abgedeckt werden konnten, forderte Salzgitter schnellstmöglich schwarze Zahlen.

Weil sich HDW-Boß Henke mit Salzgitter-Boß Pieper nicht über Weg und Tempo der Durchrationalisierung von HDW einigen konnte, mußte Henke gehen. Der Bremer Vulkan nahm ihn mit offenen Armen auf (nicht vergeblich, wie man an den 500 Entlassungen, der ersten spektakulären Amtshandlung Henkes in Bremen, sieht). Als neuer Vorstandsvorsitzender der HDW wurde Klaus Ahlers berufen, der sich durch großangelegte Rationalisierungsprogramme auf der Hapag-Lloyd-Werft in Bremerhaven und bei der Hapag-Lloyd-Fluggesellschaft empfohlen hatte.

Und um HDW wieder in die Gewinnzone zu führen und die Werft auch international wieder auf eine Spitzenposition zu hieven, sollen in Kiel, dem Hauptneubauplatz der Werft, von 7500 Kollegen 2000 bis 3000 in den nächsten Jahren entlassen werden.

Rationalisierung — ein alter Hut für die HDW-Kollegen

Als das durchsickerte, platzte den Kollegen der Kragen. Denn diese Nachricht brachte das Faß zum Überlaufen. 2000 bis 3000 Entlassungen sind der vorläufige Höhepunkt einer ganzen Kette von Sanierungsmaßnahmen, die der HDW-Belegschaft aufgezwungen wurden.

Es fing an mit dem Henke-Plan von 1978, Schließung des Werkes Dietrichsdorf und über 500 Entlassungen. In der Folge gab es ständig Lohnraub, Kürzung der Vorgabezeiten im Programmlohn und Nichterfüllung der Programme. Dann wurde die Rationalisierungsfirma SCS angeheuert, aufgrund deren „Analyse" 808 Kollegen bis Mitte 1983 entlassen werden.

Außerdem bemühten sich die Werftbosse ständig, soziale Errungenschaften der Kollegen abzubauen. Dazu gehören u. a.: Verkürzung der Öffnungszeiten der Waschräume, Verkürzung der Kantinenöffnungszeiten, Verlegung der Stempeluhren in Arbeitsplatznähe und Versuche, die bezahlte Frühstückspause abzuschaffen.

Und schließlich seit dem 1. Oktober Kurzarbeit in der Konstruktion, ab 1. November Kurzarbeit im Transport und im Neubau, dem Herzstück der Werft, wovon über 1000 Kollegen betroffen sind.

Die Reaktion der Belegschaft und die Rolle der IGM-Führung im Betrieb

Die Betriebszelle der KPD bei HDW/Kiel hatte in ihrer Betriebszeitung „Bollwerk" schon lange auf diese Entwicklung hingewiesen und die Kollegen aufgerufen, sich gegen Rationalisierung und Massenentlassungen zu wehren. Und auch die fünf RGO-Betriebsräte und die RGO-Betriebsgruppe hatten sich immer wieder bemüht, die Kollegen zu mobilisieren. Aber außer einigen Streiks gegen Programmlohnabbau in einzelnen Abteilungen rührte sich nichts.

Dafür war hauptsächlich die IGM-Führung im Betrieb verantwortlich. Der IGM-Betriebsrat hat nicht nur sämtlichen Rationalisierungsvorhaben der Geschäftsleitung zugestimmt, er hat auch selbst die Einführung des Programmlohnsystems (auf MTM-Grundlage) vorangetrieben, dem Henke-Plan per Interessenausgleich zugestimmt, einen Streik für den Bau von U-Booten für Chile angezettelt und schließlich der Kurzarbeit zugestimmt. Alles nach der Devise: „Wir stimmen zu, damit es nicht schlimmer kommt!"

Dieser Sozialpartnerschaftskurs hat sich für die Kollegen als tödliche Sackgasse erwiesen. Die fortschrittlichen und kämpferischen Stimmen im Vertrauensleutekörper wurden regelmäßig von der Mafia der rechten IGM-Leute im Betriebsrat und ihren Gefolgsleuten abgebügelt.

Die Kollegen kommen in Bewegung — Aktionen werden vorbereitet

Aber in der letzten Zeit kam Bewegung in die Belegschaft. Das wurde klar auf der Betriebsversammlung am 21. September.

Diese Versammlung mußte um einen Tag verschoben werden, weil die Plätze nicht ausreichten. Es waren ca. 4000 Kollegen, doppelt so viele wie sonst, gekommen. In einer Bombenstimmung rechneten besonders die RGO-Betriebsräte mit der Kahlschlagpolitik des Vorstandes ab. Alle merkten, es gärt in der Belegschaft. Aktionen wurden immer häufiger gefordert.

Auf diesen Druck hin beschloß die Versammlung der Obleute der IGM im Betrieb den Warnstreik und Protestmarsch.

Bekräftigt wurde dieses Vorhaben auf einer Pausenversammlung der Neubauabteilungen Vor- und Dockmontage, wo ca. 200 Kollegen fast einstimmig für Warnstreik und Demonstration eintraten. Dagegen war kein Bremsen mehr möglich. Eine außerordentliche Vertrauensleute-Vollversammlung der IGM beschloß dann ebenfalls fast einstimmig den Streik- und Demonstrationsaufruf.

Und die Arbeiter folgten zu nahezu 100 Prozent.

Als Termin wurde der 14. Oktober gewählt, der Tag, an dem Stoltenberg-Nachfolger Uwe Barschel im Kieler Landtag vereidigt werden sollte. Die schleswig-holsteinische Landesregierung sollte als HDW-Anteilseigner mit Sperrminorität nachdrücklich an die Versprechungen, die Arbeitsplätze im größten Industriebetrieb des Landes zu erhalten, erinnert werden.

„Barschel, wir kommen!" und „Das war erst der Anfang"

Mit dem Ruf „Barschel, wir kommen" bewegte sich der Demonstrationszug der Howaldt-Arbeiter auf das Landeshaus zu und machte an der Bannmeile halt. Die Vertrauenskörperleitung wurde als Delegation ins Landeshaus geschickt, um Barschel oder Wirtschaftsminister Westphal herauszuholen und eine Resolution zu überreichen, in der für den Erhalt der Arbeitsplätze auf HDW und gegen die Vorstandspläne Stellung genommen wurde. Immer wieder ertönten Sprechchöre „Barschel raus".

IGM-Bezirksbonze Teichmüller hielt währenddessen eine Ansprache und las die Resolution vor, die allerdings stark vom Gedanken der Sozialpartnerschaft geprägt war, z. B. „den sozialen Frieden erhalten" oder „nicht immer **nur** auf die sozial Schwachen".

Nach einiger Zeit kam die Delegation unverrichteter Dinge aus dem Landeshaus zurück. Wirtschaftsminister Westphal hatte die Delegation kurz empfangen und ein baldiges Gespräch in Aussicht gestellt. Die Wut und Empörung der Kollegen war groß. Einige hundert waren bereit, ins Landeshaus zu stürmen.

Aber die IGM-Führer wiegelten schnell ab, lösten die Demonstration auf und forderten die Kollegen auf, in den Betrieb zurückzukehren.

Auf dem Rückweg zur Werft wurde viel darüber diskutiert, wie es nun weitergehen soll, und oft konnte man hören: „Das war erst der Anfang!"



Bild oben: An der Bannmeile drängen sich die streikenden Werftarbeiter. Mittleres Bild: Auch hier sah man die Parole: „Die Reichen sollen die Krise bezahlen!" Bild unten: Dieser Sarg wurde von HDW-Kollegen mitgetragen.

„Türken raus" — bald offizielle Regierungspolitik?

Zur Ausländerpolitik von CDU/CSU und neuer Bundesregierung (2. Teil)

CDU und CSU an der Regierung — das bedeutet eine einschneidende Verschärfung auch in der Ausländerpolitik. „Wir haben zuviele Türken hier" erklärte der neue Bundeskanzler, und es besteht kein Zweifel daran, daß dem „abgeholfen" werden soll. Im letzten RM begannen wir mit einer Untersuchung der Koalitionsvereinbarungen zwischen CDU/CSU und FDP zum Thema Ausländerpolitik (der Wortlaut wurde dort dokumentiert), die wir hier fortsetzen. Der erste Teil endete mit der Feststellung: Der verschärfte Angriff auf unsere ausländischen Kollegen und Mitbürger kommt nicht von ungefähr. Die neue Bundesregierung wird die kapitalistische Wirtschaftskrise nicht so einfach beseitigen können. Sie wurde an die Macht gebracht, um ohne Rücksicht auf die Lasten dieser Krise der Arbeiterklasse und den sozial Schwächsten in unserem Land aufzubürden. Zu ihrem Auftrag gehört auch, den zu erwartenden Widerstand zu unterdrücken und die dafür notwendigen gesetzlichen und organisatorischen Maßnahmen zu treffen. Sie setzt aber nicht nur auf den brutalen Einsatz der Staatsgewalt gegen alle von dieser Politik Betroffenen. Das reicht auch nicht. Damit allein würde sie sich viel zu schnell bloßstellen, und das hat sie (noch) nicht nötig.

Um die Front des Widerstandes der Arbeiterbewegung zu schwächen, zieht sie alle Register der Demagogie und der Spaltung. Den Menschen, die nach einem Ausweg aus der Krise suchen, die zunächst die Frage stellen, **wer denn die Schuld hat** an der augenblicklichen Lage, an der Arbeitslosigkeit, am Sozialabbau, der mit den leeren Staatskassen begründet wird, denen präsentiert die Regierung einen „Schuldigen": eben die Ausländer. Wie auf allen Gebieten, kann die CDU/CSU aufgrund ihrer inneren Struktur hier noch viel radikaler zur Sache gehen als die SPD. Auch CDU und CSU setzen also darauf — und es gibt durchaus ganz rechtsaußen stehende Führer in den Gewerkschaften, die sie dabei unterstützen — Teile der Arbeiterschaft hinter ihren Karren spannen zu können. Ist es erst tief genug in den Köpfen, daß die Ausländer uns die Arbeitsplätze wegnehmen und auf unsere Kosten von den Leistungen des Sozialstaates profitieren, dann kann man sich gut hinstellen und darauf verweisen, daß man dagegen nun wirklich, endlich etwas unternimmt.

Die CDU/CSU betreibt eine Politik der Verschärfung des politischen Klimas auf allen Ebenen. Dabei finden die Maßnahmen auf dem Gebiet der Ausländerpolitik ihre Entsprechung in der verstärkten Mobilmachung gegen „äußere Feinde", und das betrifft sowohl die Wirtschafts- als auch die direkte Rüstungspolitik. Auch das geschieht unter Einsatz aller Mittel der Demagogie.

Da sind dann „die Japaner" und andere, die dem gutwilligen westdeutschen Kapitalisten und „seinen" Arbeitern das Leben schwer machen, da sind es allein „die Russen", die uns und unsere amerikanischen Freunde und Beschützer bedrohen. Wie sagte doch der neue Minister für innerdeutsche Beziehungen, Rainer Barzel (CDU), im Rahmen der Bundestagsdebatte vor der Kanzlerwahl: Deutschland müsse endlich wieder den Platz in der Welt einnehmen, der ihm zukommt, und der sei ganz vorn. Der Chauvinismus treibt neue Blüten. Man muß ja auch glaubhaft zu machen versuchen, warum Milliardenbeträge in die Rüstung gehen, statt in Maßnahmen zur Sicherung und zum Ausbau sozialer Errungenschaften des Volkes. Um so wichtiger ist es, sich durch Vorweisen innerer Feinde die „Heimatfront" weitgehend zu sichern, und da müssen die Ausländer zuallererst herhalten.

Chauvinismus ist in Westdeutschland immer gepaart mit Revanchismus. Und der Geist des Revanchismus spricht sogar aus der Koalitonserklärung zur Ausländerpolitik.

„Überfremdung" als Gefahr für die Nation?

Die Behauptung „Deutschland ist kein Einwanderungsland" hat nämlich noch einen weiteren Hintergrund. Der geht zwar aus der Erklärung nicht direkt hervor, wohl aber aus den auch im Bundestag bereits formulierten Zielvorstellungen von CDU und CSU. In dem schon zitierten Antrag vom Januar 1982 heißt es auch:

„Die Bundesrepublik Deutschland trägt **als Teil des gespaltenen Deutschlands** historische und verfassungsrechtliche **Verantwortung für die deutsche Nation.** Deutschland kann nach seiner Geschichte und seinem Selbstverständnis kein Einwanderungsland sein oder werden." Etwas einfacher und drastischer ausgedrückt: Die „Überfremdung" gefährdet Artreinheit und Bestand der Nation und die Wiedervereinigung. Wenn sich jemand an Nazi-Schriften und das berüchtigte Heidelberger Manifest erinnert fühlt, so geschieht das zu Recht.

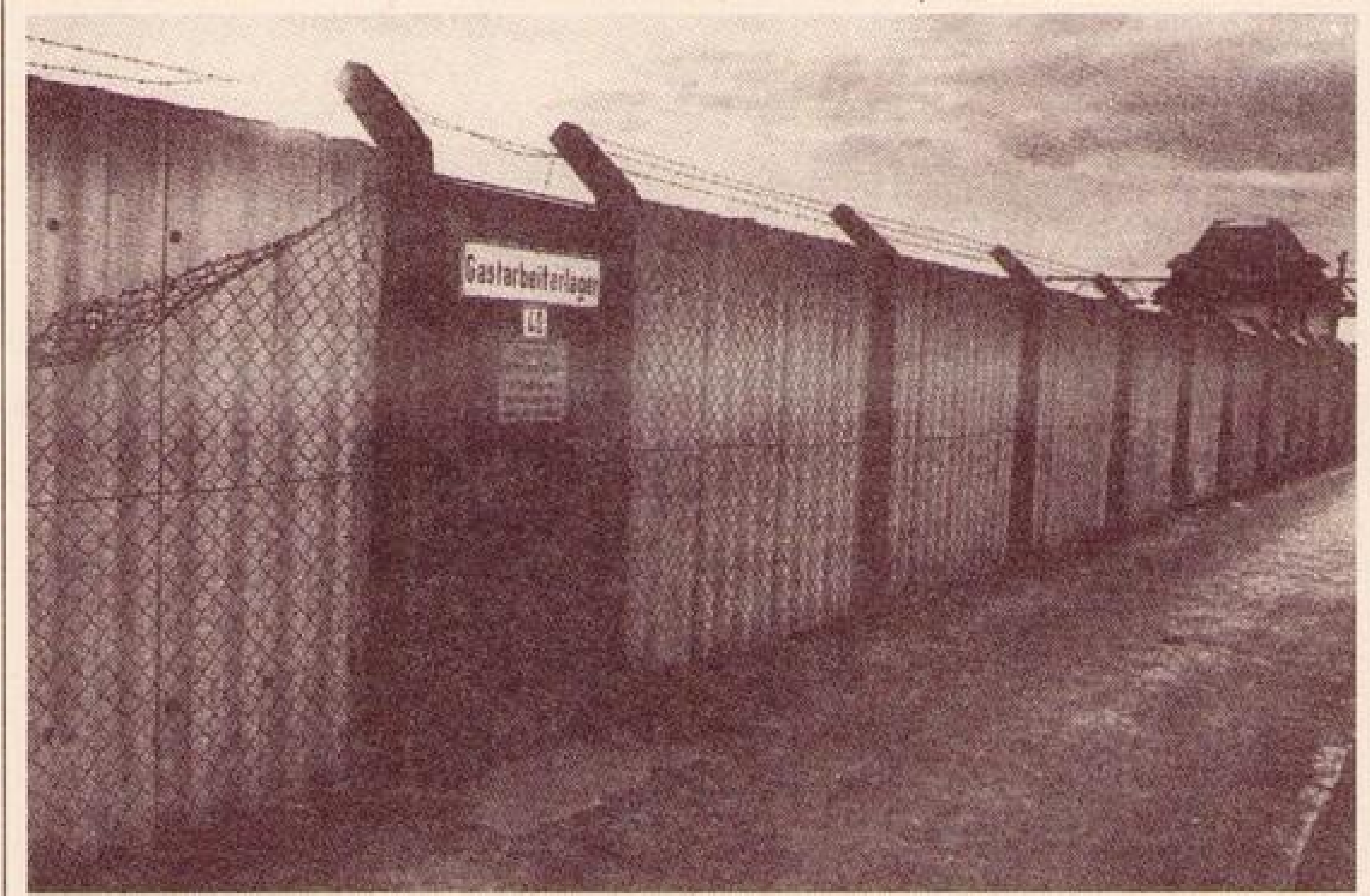
Aus all dem ergibt sich die Feststellung: Die neue Regierung steuert einen Kurs der beschleunigten Faschisierung. Gewisse Parallelen zur Zeit vor 1933 sind unverkennbar, nicht zuletzt die Funktion des Judenhasses damals und der Ausländerfeindlichkeit, vor allem der Türkenfeindlichkeit heute. Es ist wirklich kein Witz, wenn Sprüche kursieren wie: „Die Juden haben es hinter sich, die Türken noch vor sich". Ohne entschiedenen Widerstand kann daraus auf die eine oder andere Weise blutiger Ernst werden. — Der Kurs auf ein neues '33 ist deutlich. Aber noch ist es nicht soweit.

Wer soll eigentlich raus?

Worauf zielt nun, abgesehen von der Aufhetzung der Bevölkerung, die neue Regierung, worauf zielt Kohl mit seinen unverschämten Erklärungen konkret vor allem ab?

Zunächst: Das **undifferenzierte** „Ausländer raus" — will heißen: **Alle** Ausländer raus — Geschrei der Neonazis gehört **in dieser Form** weder zum offiziellen Wortschatz der Regierung, noch entspricht seine Verwirklichung den (augenblicklichen) Interessen der Kapitalisten.

Ausländer besetzen zur Zeit viele Arbeitsplätze, für die deutsche Arbeiter nur schwer oder gar nicht vermittelbar sind (vom Lohnniveau, den Arbeitsbedingungen, der notwendigen „Mobilität" und ähnlichen Gesichtspunkten her). Die Verschärfung der „Zumutbarkeitsregelungen" für die Vermittlung deutscher Arbeitsloser bringt hier allerdings schon Änderungen zumindest rechtlicher Natur. Ein anderer Gesichtspunkt: Selbst ein Heiner Geißler fand sich kürzlich zu dem Eingeständnis bereit, daß die Ausländer als **Konsumenten** zur Sicherung von Produktionsmöglichkeiten und zum Erhalt von Arbeitsplätzen beitragen.



„Gastarbeiterlager". Auch so etwas gibt es in der Bundesrepublik: Arbeiter hinter Mauer und Stacheldraht eingepfercht. (Noch sind die Türen nicht verschlossen...) Neben Arbeiterghettos, die in dieser Form nicht die Regel sind, treten zunehmend Asylantenghettos, und das soll nach dem Willen der Regierung offensichtlich bundesweit die Regel werden. Das ist eine der vielen ausländerfeindlichen Maßnahmen, die von CDU/CSU und FDP vereinbart wurden.

Raus sollen vor allem die arbeitslosen Ausländer und ihre Familien (vergleiche die Ausführungen Blüms). Die industrielle Reservearmee der deutschen Arbeitslosen mit ihrer Funktion als Drücker auf Löhne, Rechte im Betrieb und Arbeitsumstände allgemein ist groß genug; je größer sie **im Lande** ist, desto wahrscheinlicher sind ja auch unerwünschte soziale Unruhen; man will den überschüssigen Teil, wenn es sein muß durch direkte Zwangsmaßnahmen, ins Ausland verlagern. Daß man bei Bedarf wieder auf ausländische Arbeitskräfte zurückgreifen könne, sieht man wohl als gesichert an, aber solch ein Bedarf steht für die nächste Zeit gewiß nicht zu erwarten.

Gemeinsame Interessen

Aus den bisherigen Ausführungen ergibt sich bereits, daß der beabsichtigte Frontalangriff auf die Ausländer die Schwächung der Widerstandskraft der gesamten Arbeiterklasse zum Ziel hat, daß also in der Tat **die materiellen Interessen der deutschen Arbeiter selbst betroffen** sind. Die Forderung nach solidarischem Zusammenstehen mit den ausländischen Kolleginnen und Kollegen ist deshalb nicht allein ein Appell an die moralische Anständigkeit der deutschen Arbeiter. Es liegt in ihrem ureigenen Interesse.

Genau so abwegig wäre es im übrigen auch, den ausländischern Arbeitern — die ja zur Genüge den Einflüssen reaktionärer nationalistischer Kreise ihrer Heimatländer ausgesetzt sind, die ihrerseits versuchen, ihre Abkapselung im eigenen Kreis zu fördern, sie von ihren deutschen Kollegen zu trennen — die Unterstützung von Kämpfen deutscher Arbeiter nur als ein moralisches Gebot hinzustellen, während sich ihr eigenes Schicksal doch vor allem in den Ländern entscheide, aus denen sie einmal gekommen sind.

Es geht hierbei durchaus nicht einfach um „internationale Solidarität" oder „Völkerverständigung"; diese Begriffe fassen hier nicht; es sind Begriffe, die ihre Berechtigung haben in den Beziehungen — bzw. anzustrebenden Beziehungen — zwischen Arbeiterklasse und Völkern verschiedener Länder. Hier geht es um etwas anderes, hier geht es um Solidarität wie zwischen älteren und jüngeren Arbeitern, zwischen Männern und Frauen, um die gegenseitige Solidarität all derer, die als Teil derselben gesellschaftlichen Klasse demselben Feind gegenüberstehen, der sie alle ausbeutet und alle dabei gegeneinander auszuspielen versucht. **Gerade so gehören deutsche und ausländische Arbeiter in unserem Lande einer Klasse an, der westdeutschen Arbeiterklasse.** Im konkreten hat sich ihre Kampfgemeinschaft bewährt, und das in Aktionen, die eine Bereicherung der Kampferfahrungen der gesamten Arbeiterklasse dieses Landes ausmachen, wie etwa die Betriebsbesetzung bei Rockwell-Golde. Im Interesse der gesamten Arbeiterklasse müssen die Rechte der ausländischen Kollegen verteidigt und ausgebaut werden, im Interesse der gesamten Arbeiterklasse muß der sich abzeichnende Frontalangriff von CDU/CSU und neuer Regierung gestoppt werden. Und wenn hier von ausländischen Kollegen die Rede ist, dann gilt dasselbe selbstverständlich für ihre Familien, für alle ausländischen Mitbürger.

Von dieser grundsätzlichen Position aus entwickelt unsere Partei ihre gesamte Politik auf diesem Gebiet. Wir treten ein für die vollständige rechtliche und soziale Gleichstellung von Ausländern und Deutschen. Wir treten ein für das Recht und die Möglichkeit der ausländischen Mitbürger, ihre Kultur und Sprache zu pflegen. Wenn man es mit der völligen Gleichstellung ernst meint, kann man die Frage der Staatsbürgerschaft nicht umgehen — den hier arbeitenden und lebenden Menschen aus dem Ausland muß die deutsche Staatsbürgerschaft zuerkannt werden, und zwar — damit nicht ein einfach proklamiertes Recht durch bürokratische Hintertüren, durch Druck auf die Ausländer von welcher Seite auch immer in der Praxis bedeutungslos bleibt — automatisch. Dabei müssen sie ihre ursprüngliche Staatsangehörigkeit behalten dürfen.

Die Unions-Parteien und die von ihnen geführte Regierung sind die schärfsten Gegner dieser und aller dazugehörigen Ziele. Wenn schon zur Abwehr der weiteren Angriffe auf die ausländischen Mitbürger entschiedene Aktionen des Widerstandes notwendig sind, so wird sich eine Verbesserung ihrer Lage natürlich erst recht nicht durch Bitten an Kohl und Zimmermann erreichen lassen.

Der Widerstand gegen die staatlich organisierte Ausländerfeindlichkeit kann erfolgreich nur von der Arbeiterklasse selbst geführt werden und ist undenkbar ohne kompromißloses gewerkschaftliches Engagement in dieser Frage. Gerade weil hier ein Angriff auf alle arbeitenden Menschen geführt wird, ist es die Pflicht der Gewerkschaften, den notwendigen Kampf gegen die Abwälzung der kapitalistischen Krise auf die Werktätigen und Armen, den Kampf gegen die Ausländerfeindlichkeit einzubeziehen. In diesem Sinne ist es sehr zu begrüßen, daß zum Beispiel die von Gewerkschaftern getragene und auch von der KPD unterstützte Initiative Soziale Sicherheit dem in ihrem Aufruf zu den großen DGB-Demonstrationen im Oktober Rechnung getragen hat — ihre Losung heißt bekanntlich **„Stopp Sozialabbau, Arbeitsplatzvernichtung, Ausländerfeindlichkeit."**

„Wahlrecht ist Staatsbürgerrecht"

Bevor wir uns nun wieder dem Wortlaut des Koalitionspapiers zuwenden, noch ein Wort zur Frage des **Wahlrechts für Ausländer,** das ja von zahlreichen Initiativen aufgeworfen wurde; meist geht es dabei um ein kommunales Wahlrecht. CDU und CSU stehen bundesweit geschlossen dagegen. Anders als beispielsweise bei der SPD, wo, ganz zu schweigen von vielen einfachen Mitgliedern, durchaus auch eine Reihe von Funktionsträgern an verschiedenen Orten für dieses kommunale Wahlrecht eintreten, gibt es solche Erscheinungen in den Unions-Parteien nicht. Ihre Position formulierten ihre Bundestagsfraktionen im Januar so: „Wahlrecht ist Staatsbürgerrecht und bedarf entsprechender staatsbürgerlicher Pflichten. Das Wahlrecht, auch das kommunale Wahlrecht für Ausländer, wird abgelehnt. Auf kommunaler Ebene sollen (hier steht nicht einmal: *müssen,* RM) Ausländer zu sie berührenden Fragen gehört werden."

Als ob die Ausländer bisher keine Pflichten tragen würden! Sie tragen **nur** Pflichten, das ist die Realität. Hunderttausende und Millionen Menschen tragen diese Pflichten seit Jahren, härtere Pflichten als Deutsche. Sie können sich ja nicht einmal frei bewegen in diesem Land, wenn die Behörden dagegen sind. Sie leben hier zum Zwecke ihrer Ausbeutung, und seit Jahren, viele seit mehr als einem Jahrzehnt, müssen sie es sich gefallen lassen, daß mit ihnen Politik gemacht wird, ohne daß sie irgendeine gesetzliche Möglichkeit hätten, darauf Einfluß zu nehmen. Die angeblichen Grundwerte bürgerlicher Demokratien werden hier mit Füßen getreten. „Wahlrecht ist Staatsbürgerrecht" — das stimmt formal. Auch das ist ein Grund, warum wir für die Zuerkennung der Staatsbürgerschaft sind. Und damit für ein Wahlrecht nicht nur auf kommunaler Ebene, sondern für ein allgemeines.

Wer mißbraucht das Asylrecht?

Dem sogenannten „Mißbrauch des Asylrechts" will die neue Regierung begegnen, und zwar sind dazu ihrer Meinung nach „weitere Maßnahmen erforderlich", eben mehr, als die bisherige Regierung in dieser Hinsicht schon unternommen hat.

Der Anspruch auf politisches Asyl in der Bundesrepublik soll abgeschafft werden, das ist die wahre Absicht, die dahintersteht.

Wir haben im RM wieder und wieder Fälle angeführt, in denen eindeutig politisch Verfolgten das Asylrecht verweigert wurde und sie in Länder abgeschoben wurden, in denen ihnen Folter und Tod sicher ist. Besonders auf Gegner der faschistischen türkischen Junta trifft das zu. Der Mißbrauch des Asylrechts liegt bei denen, die dieses zulassen; die Erklärungen abgeben oder unwidersprochen lassen, wie die, ausgerechnet die Junta von Ankara garantiere, daß es dort keine Verfolgung mehr gebe; oder wie eine neuere, die zwar der ersten widerspricht, sie dafür aber an Menschenfeindlichkeit noch übertrifft, nämlich die des Mannheimer

Fortsetzung auf Seite 7

Fortsetzung von Seite 6

Verwaltungsgerichtshofs, der das Asylbegehren des Kurden Hasan Aksoy unter anderem mit den Worten abwies: „Werden linksgerichtete Kurden, gegen die wegen des Verdachts ermittelt wird, ein Staatsschutzdelikt begangen zu haben, gefoltert oder sonst mißhandelt, so liegt hierin in aller Regel keine politische Verfolgung (...), denn Folter und Mißhandlungen sind in der Türkei ein allgemeines Phänomen, von dem nicht bloß politisch aktive Kurden betroffen sind (...)" (Vgl. ausführliche Darstellung im RM 42/82.) All das reicht also der jetzigen Regierung noch nicht. Wie werden die „weiteren Maßnahmen" konkret aussehen?

Aus dem Koalitionspapier ist zunächst nur zu entnehmen, wie Asylbewerber nun im ganzen Bundesgebiet behandelt werden sollen. Und hier werden die Beteuerungen der ersten beiden Absätze der Koalitionsvereinbarungen ad absurdum geführt.

Man habe sich vorgenommen, „der sozialen Isolation und Ghettobildung in den Städten entgegenzuwirken", heißt es da. Trifft dies schon für die „normalen" Ausländer nicht zu, so auf Asylbewerber noch weniger. Keine Arbeitserlaubnis für die gesamte Dauer des Asylverfahrens und Leistung von Sozialhilfe grundsätzlich nur noch in Form von Sachleistungen, das sind die Kernpunkte der Koalitionserklärung. Ohne Arbeit und ohne einen Pfennig Geld wird den Asylbewerbern gar keine Möglichkeit gegeben, mit Deutschen in engen Kontakt zu kommen. Sammelunterkünfte und Gemeinschaftsverpflegung, das wird die Folge sein, das kann man in einigen Bundesländern wie zum Beispiel Baden-Württemberg bereits erleben, also Isolierung und **Asylantenghettos**. Umgeben von deutschen Wohngebieten, deren Bewohner kein Verständnis für die Lage der ihnen unbekannten Menschen, deren Sprache und Sitten ihnen fremd sind, vermittelt wird, sondern die systematisch gegen sie aufgehetzt werden... Die möglichen (und einkalkulierten) Folgen sind leicht vorstellbar. So fördert man unter anderem auch die Bereitschaft militanter Neonazis, die Serie ihrer Attentate auf Asylantenheime fortzusetzen.

Angesichts all dieser Tatsachen wird es leicht verständlich, daß ein faschistisches Organ wie die „**Deutsche National-Zeitung**" sich befriedigt zeigt: „**Die neue CDU/CSU/FDP-Regierung hat ein Programm zur Ausländerpolitik vereinbart, das in vielen Punkten den Forderungen der Freiheitlichen entspricht.**" (DNZ 41/82 vom 8. Oktober. „Freiheitliche" nennen sich die Anhänger von Frey's Deutscher Volks-Union, die zur Zeit den zahlenmäßig stärksten Anteil der Neonazi-Szene ausmachen; die DNZ ist ihr Organ.) Das ist Beifall von der passenden Seite.

Ein letztes Wort zu den Asylbewerbern. Kommen sie aus osteuropäischen Ländern, so sollen für sie „besondere Regelungen" geschaffen werden. Bereits im Jahre 1966 wurde auf der Innenministerkonferenz festgelegt, daß Flüchtlinge aus den Ostblockstaaten auch dann nicht abgeschoben werden sollen, wenn sie nicht als Asylanten anerkannt werden können. Wobei schon beim Anerkennungsverfahren hier andere Maßstäbe gelten als etwa gegenüber Türken und Kurden. Der Grund ist einfach: Man betrachtet sie als politisches Kapital. Jeder Flüchtling, natürlich auch jeder, der auf die Propaganda vom „goldenen Westen" hereingefallen ist und ganz offensichtlich aus wirtschaftlichen Gründen seine Heimat verlassen hat, wird der Öffentlichkeit als Beweis für die Menschenfeindlichkeit und den Bankrott des im Osten angeblich herrschenden Kommunismus hingestellt, wobei die Kapitalisten ein erklärliches Interesse haben, ganz wie die dortigen Machthaber, die sozialfaschistischen Staaten als „sozialistisch" zu verkaufen. Daß eine CDU/CSU-geführte Bundesregierung die letzte ist, die daran etwas ändern würde, das ist ja wohl klar.

Zur Illustration der Entwicklung noch einige Daten: Bereits im Jahre 1981 ging die Zahl der Asylbewerber aus der Türkei — also dem Land, dessen Bewohner, dessen Demokraten und Antifaschisten mit am dringendsten politisches Asyl im Ausland suchen müssen — auf einen Anteil von 12,8 Prozent an der aller Asylbewerber zurück. 1980 hatte er noch 53,7 Prozent betragen. (In Zahlen: 1980 beantragten 57913 Menschen aus der Türkei Asyl, 1981 nur noch 6302; ein Rückgang um 89,1 Prozent!) Diese Entwicklung setzt sich fort, und dazu hat mit Sicherheit die unglaublich brutale Politik, die besonders seit Mitte 1980 schon unter der SPD-Regierung durchgeführt wurde, beigetragen. Im Januar 1982 war der Anteil der Asylbewerber aus der Türkei bereits auf 7,9 Prozent zurückgegangen. Der Anteil der Polen-Flüchtlinge war demgegenüber auf 36,2 Prozent gestiegen. (Insgesamt sank die Zahl der Asylsuchenden vom Dezember '81 auf Januar '82 übrigens weiter um 20,1 Prozent. Schon von 1980 auf '81 war sie um 54,2 Prozent gesunken.) Zu den Flüchtlingen aus Osteuropa äußerte sich der damalige Innenminister Baum wörtlich: "Die will keiner von uns zurückschicken." („Frankfurter Rundschau" vom 19.2.82) Da ist dann plötzlich nicht mehr die Rede davon, daß die „Aufnahmefähigkeit unseres Landes erschöpft" sei usw.

Diese Aufstellung darf nicht dahingehend mißbraucht verstanden werden, daß wir etwa dagegen sind, wenn Anhänger der Solidarność oder andere verfolgte Demokraten bei uns Asyl erhalten. Sie soll vielmehr verdeutlichen, daß die vom westdeutschen Staat betriebene Asylpolitik nicht von freiheitlichen, humanitären oder sonstigen positiven Gesichtspunkten bestimmt wird, sondern von eiskaltem politischen Kalkül, das auch Schreibtischmorde mit einschließt. Und sie soll eine Ahnung davon vermitteln, was auf uns zukommen kann, wenn der neuen Regierung all dies noch nicht ausreicht.

Fortsetzung im nächsten RM.

Ein (Ex-)Kanzler und ein Nazi

Heute mittag, angeregt von der Nachricht, daß der Sohn von Rudolf Heß bei Wischnewski vorgesprochen hat, entscheidet der Kanzler, daß er am Tage vor seinem Sturz an die Regierungschefs der vier Gewahrsamsmächte von Spandau schreiben und ein weiteres Mal für eine Begnadigung des dem Tode nahen 88jährigen „Stellvertreters des Führers" plädieren wird. Er hat das schon früher getan.

(Aus: Böllings Tagebuch, „Spiegel" 41/82)

Neues vom Überwachungsstaat

Tag für Tag werden in der Bundesrepublik und Westberlin Tausende von Telefongesprächen abgehört und persönliche Daten von Telefonierenden gespeichert. Durch Geheimdienste der USA, Großbritanniens und Frankreichs sowie dem bundeseigenen Bundesnachrichtendienst (BND). Die Grundlage dafür bieten Bestimmungen der Notstandsgesetze, die hier schon praktiziert und in der Praxis sogar ausgeweitet werden.

Einen Einblick in diese systematische Überwachung gab vor zwei Wochen der „Stern" mit der Reportage „Alles unter Kontrolle".

Durch das sogenannte G 10-Gesetz, ein Teil der Notstandsgesetze von 1968, wird das grundgesetzlich garantierte Brief- und Fernmeldegeheimnis aufgehoben, um die "Sammlung von Nachrichten über Sachverhalte, deren Kenntnis notwendig ist, um die Gefahr eines bewaffneten Angriffs auf die Bundesrepublik Deutschland rechtzeitig zu erkennen und einer solchen Gefahr zu begegnen", zu ermöglichen. Dieser sogenannten „strategischen Kontrolle" zuliebe müssen es sich Bundesbürger gefallen lassen, wenn ihre Briefe geöffnet werden, die sie an Bürger von Ostblockstaaten schreiben, wenn ihre Telefongespräche in den Osten mitgehört und samt ihren persönlichen Daten gespeichert werden. Besonders einfach geht es bei Ferngespräche, die über Satelliten statt über Kabel abgewickelt werden; per Richtfunk schalten sich die vielen Empfangsstationen auch des BND ein.

Bedeutendster Partner und Vorbild des BND bei diesen Aktionen ist die amerikanische „National Security Agency" (NSA). Sie unterhält Stationen im gesamten Bundesgebiet. Nach Aussagen amerikanischer Fernmeldefachleute, die zum Teil bei CIA und NSA gearbeitet haben, ist die NSA nicht nur im oben beschriebenen Sinne tätig, sondern lauscht auch ohne deutsche Beteiligung bereits heute und läßt durch die US-Streitkräfte zur Zeit in der Bundesrepublik ein vollelektronisches militärisches Fernmeldenetz installieren, das sich in das neue elektronische Wählsystem (EWS) der Bundespost einschalten und so praktisch jedes Privattelefon anzapfen kann, ohne daß dies irgendwie nachprüfbar ist.

Mit der Abhörpraxis des BND muß sich bereits aufgrund von zwei Privatklagen Betroffener das Bundesverfassungsgericht auseinandersetzen. Der Europäische Gerichtshof in Straßburg hat bereits 1978 eine „erkundende" und „allgemeine" Überwachung durch Post- und Telefonkontrolle für nicht vereinbar mit der Menschenrechtskonvention erklärt; genau diesen Charakter aber hat die Arbeit des BND. Nebenbei dient das Überwachen der Ostkontakte auch dazu, Hinweise zur Agentenwerbung herauszufiltern.

Hinzu kommt noch, daß ein Teil des „G-10-Materials" im Wege der sogenannten Amtshilfe an das Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln geliefert und dort ausgewertet wird. Das ist zwar gegen das Gesetz, entspricht aber den Grundsätzen des ehemaligen Kanzleramts-Chefs und BND-Dienstherrn Schüler: „Niemand kann verlangen, daß die Auswerter die Augen zumachen, wenn sie auf wichtige Informationen für Verfassungsschutz und Militärischen Abschirmdienst stoßen. Natürlich muß das schleunigst weitergereicht werden."

Ob das Dreiergremium des Bundestages, das die Tätigkeit des BND im G-10-Bereich überprüfen soll, von dem ganzen Ausmaß dieser Tätigkeit nicht informiert war, wie der „Stern" behauptet — darüber wollen wir nicht spekulieren. Es darf aber sicher bezweifelt werden. Im übrigen ist auch die „gesetzmäßige" totale Überwachung kein Zustand, mit dem man sich abfinden kann; im Zweifelsfalle ist das ja auch bloß eine Frage von Gesetzesänderungen, und die Notstandsgesetze hat man ja schließlich auch durchgedrückt, obwohl sie als Ganzes einen Frontalangriff auf demokratische Freiheiten der Bürger darstellen und zum Instrumentarium gehören, mit dem bei uns gesetzliche Grundlagen für eine ganz „legale" Einführung einer faschistischen Diktatur gelegt werden.

Brokdorf-Prozeß geplatzt

ITZEHOE. — Der Prozeß gegen die Gewerkschafter Kay Seligmann und Uwe Zabel muß neu aufgerollt werden, weil das Gericht mit dem Ausschluß der beiden Angeklagten vom Prozeß am dritten Verhandlungstag rechtswidrig gehandelt hat.

Am 18. September hatte die Polizei auf Anordnung des Itzehoer Gerichtsdirektors Peters versucht, auch die Angeklagten beim Betreten des Gerichts körperlich zu durchsuchen. Die beiden Kollegen weigerten sich, unter diesen Bedingungen das Gericht zu betreten und sich von vornherein als „kriminelle Elemente" behandeln zu lassen. Daraufhin beschloß das Gericht, ohne die Angeklagten zu verhandeln, obwohl die Verteidigung extra beantragt hatte, die Verhandlung solange zu unterbrechen, bis das Verwaltungsgericht Schleswig über einen Antrag von Kay und Uwe gegen die Durchsuchung entschieden hätte.

Der Prozeß wurde ohne die Angeklagten weitergeführt, die gegen ihren Willen vor der Tür des Gerichts standen.

Am 6.10., zwei Tage vor dem vierten Verhandlungstag, entschied das Verwaltungsgericht in einer einstweiligen Anordnung, daß die Durchsuchungsverfügung rechtsunwirksam war und damit der faktische Ausschluß der Angeklagten vom Prozeß rechtswidrig. Das hieß, daß der letzte Verhandlungstag als „nicht durchgeführt" zu betrachten war. Da aber in der Strafprozeßordnung vorgeschrieben ist, daß nicht mehr als zehn Kalendertage zwischen zwei Verhandlungstagen liegen dürfen und diese Frist überschritten war, war das Gericht gezwungen, dem Antrag der Verteidigung stattzugeben, das Verfahren sofort auszusetzen — der Prozeß muß nun noch einmal von vorne beginnen.

Damit ist der Prozeß natürlich nicht vom Tisch. In den „Prozeßnachrichten" des Arbeitskreises Leben heißt es dazu unter anderem: „Nach dieser peinlichen Schlappe werden Gericht und Staatsanwaltschaft noch mehr Probleme mit der Objektivität haben und das Verfahren vermutlich noch verbissener führen. (...) Auf der anderen Seite hat diese Schlappe der Itzehoer Richter schon gezeigt, wie notwendig es ist, sowohl auf politischem als auch auf juristischem Weg Widerstand zu leisten und diese politischen Prozesse in Itzehoe zu bekämpfen.

Es sollte für uns Anlaß genug sein, jetzt verstärkt die Kampagne zur Revision des Urteils im Verfahren gegen Markus Mohr und Michael Duffke fortzusetzen, um auch ihr zum Erfolg zu verhelfen. (...)

- **Aufhebung des Urteils gegen Markus Mohr und Michael Duffke!**
- **Einstellung aller Brokdorf-Verfahren!"**

Ein Dokument der Unmenschlichkeit

MANNHEIM. — Mit seinem Urteilsspruch im Asylverfahren des kurdischen Antifaschisten Hasan Aksoy hat der Mannheimer Verwaltungsgerichtshof gleichzeitig ein vernichtendes Urteil darüber gesprochen, was das Asylrecht in unserem Lande noch wert ist.

Hasan Aksoy wurde verhaftet, weil er in seinem Buchladen in der Stadt Antep verbotene kommunistische Schriften ausgelegt hatte. Außerdem warf man ihm Mitgliedschaft in der verbotenen Organisation KAWA vor. Nach einer längeren Untersuchungshaft konnte Hasan die Türkei verlassen, im letzten Jahr beantragte er in der Bundesrepublik Asyl.

Vor etwa zwei Wochen erhielt er den Bescheid des 13. Senats des VGH Mannheim zugestellt. Sein Antrag wird abgelehnt, Revision dagegen nicht zugelassen. Wesentliche Begründung: „Folter und Mißhandlungen sind in der Türkei ein allgemeines Phänomen", daß er solche Behandlung zu befürchten habe, sei noch lange kein Grund, ihm Asyl zu gewähren.

Gegen diese ungeheuerliche Entscheidung erhob sich bereits scharfer Protest. So verurteilte die Fachgruppe Richter und Staatsanwälte in der ÖTV Kreis Stuttgart einhellig die „menschenverachtende Argumentation der Urteilsgründe". Die Verteidiger haben Beschwerde beim Bundesverwaltungsgericht in Westberlin eingelegt. Wir dokumentieren hier Auszüge aus diesem Dokument der Unmenschlichkeit.

Folter und sonstige körperliche Mißhandlungen im Zuge von Polizei- oder Strafverfolgungsmaßnahmen verletzen die Menschenwürde. Aber nicht jeder Verstoß gegen das Gebot, die Menschenwürde zu achten, ist asylrechtlich relevant. Entscheidend ist, von welchem Motiv der Staat sich dabei leiten läßt.

Werden linksgerichtete Kurden, gegen die wegen des Verdachts ermittelt wird, ein Staatsschutzdelikt begangen zu haben, gefoltert oder sonst mißhandelt, so liegt hierin in aller Regel keine politische Verfolgung (...) denn Folter und Mißhandlungen sind inder Türkei ein allgemeines Phänomen, von dem nicht bloß politisch aktive Kurden betroffen sind...

Daß es das Phänomen der Folter trotz des in (...) der Verfassung ausgesprochenen Verbots in der Türkei gibt, wird auch von höchster offizieller Seite nicht grundsätzlich in Abrede gestellt. Selbst Staatschef Evren hat in einem Interview gegenüber dem Nachrichtenmagazin „Der Spiegel" (Ausgabe Nr. 43 vom 19. Oktober 1981) eingeräumt, daß Übergriffe vorkommen.

Etwaige Folterpraktiken, denen der Kläger im Falle einer Verwicklung in ein Strafverfahren unterworfen würde, könnten indes nicht als politische Verfolgung qualifiziert werden. (...) Verfolgungsmaßnahmen, für die einzelne staatliche Funktionsträger verantwortlich sind, haben asylrechtliche Bedeutung nur dann, wenn der Staat, in dessen Namen sie getroffen werden, sie anregt, unterstützt, billigt oder tatenlos hinnimmt.

Gerade dies bestreitet die türkische Staatsführung ganz energisch. Nach ihrer Darstellung handelt es sich um Einzelfälle, die durch das Merkmal mißbräuchlicher Ausnutzung der den Sicherheitskräften eingeräumten Amtsbefugnisse gekennzeichnet sind.

Andererseits bestehen gewisse Verdachtsmomente, daß die von verschiedener Seite angeprangerten massiven Eingriffe der türkischen Sicherheitskräfte in das Schutzgut der körperlichen Integrität entgegen den Beteuerungen der Staatsspitze einer gewissen Planmäßigkeit nicht entbehren.

Die Ausstattung mit eigens für Folterzwecke konstruierten Geräten könnte ein Indiz dafür sein, daß der türkische Staat entweder nicht willens oder nicht in der Lage ist, geeignete Vorkehrungen dafür zu treffen, daß Häftlinge vor Beeinträchtigungen ihrer körperlichen Unversehrtheit hinreichend sicher sind.

Aus der etwaigen Feststellung allein, daß der türkische Staat derartige Eingriffe in ein asylrechtlich geschütztes Rechtsgut billigend in Kauf nimmt, erwächst indes noch kein Anspruch des in dieser Hinsicht gefährdeten Asylbewerbers auf Asylgewährung.

Vielmehr kommt es auch hier entscheidend darauf an, von welchen Motiven der Staat sich leiten läßt. Im asylrechtlichen Verfahren müssen diejenigen Beeinträchtigungen unberücksichtigt bleiben, die die Bewohner des Heimatstaates ohne Rücksicht auf ihre Rasse, Nationalität, Religion, soziale Herkunft oder politische Gesinnung allgemein hinzunehmen haben, mögen sie im Lichte des deutschen Grundgesetzes auch mit der Menschenwürde unvereinbar sein...

Staatschef Evren umschreibt diese Situation in dem bereits erwähnten „Spiegel"-Interview wie folgt: „In diesem Land ist immer gefoltert worden." Es fehlt nicht an berufenen Stimmen, die dieser Feststellung beipflichten. Folterungen und Mißhandlungen von Personen, die eines politischen Delikts verdächtigt werden, sind häufiger und schwerer als diejenigen von sonstigen Verdächtigen. Hierin allein kann indes in bezug auf die staatliche Motivation keine politische Komponente gesehen werden...

Darüber hinaus dürfte sich das Phänomen, daß Folter und Mißhandlung relativ stark gerade im Vorfeld des politischen Strafrechts verbreitet sind, nicht zuletzt auf kriminaltechnische Besonderheiten zurückführen lassen. Vor diesem Hintergrund dient die Folter, der tatsächliche oder vermeindliche Geheimbündler unterworfen werden, als Mittel, um durch die gewaltsame Erzwingung von Aussagen Erkenntnisse über den organisatorischen Aufbau und die Personalstruktur der Vereinigung zu erlangen. Mit politischer Verfolgung hat dies nichts zu tun.

Nach der Logik dieses Gerichts gibt es für Bewohner eines bestimmten Landes um so weniger Anrecht auf politisches Asyl in der Bundesrepublik, je umfassender der faschistische Terror in ihrer Heimat wütet. Vorausgesetzt, die Regierung übernimmt nicht öffentlich die Verantwortung für Folter und Mord, was ja auch die Hitler-Faschisten nicht getan haben. Diese Logik legt die ganze Menschenfeindlichkeit westdeutscher Justiz bloß; vom angeblich grundgesetzlich garantierten Asylanspruch für politisch Verfolgte bleibt nichts mehr übrig.

Kein Demokrat kann das hinnehmen. Das Urteil muß fallen. Freiheit und Asyl für Hasan Aksoy!

So „sauber“ ist der Rhein

Volkskorrespondenz aus Ludwigshafen

Immer und immer wieder hört und liest man, wie sauber der Rhein in den letzten Jahren geworden sei. Propaganda im großen Stil, vor allem von den großen Konzernen BASF, Bayer und Hoechst wird betrieben, um uns anzukohlen, der Rhein sei so sauber, daß auch die Trinkwasserversorgung sichergestellt ist. Ca. 20 Millionen Menschen beziehen indirekt (Uferfiltrat) ihr Trinkwasser aus dem Rhein. Was ist aber nun dran an der Glanzpapierpropaganda der Konzerne?

Am Beispiel der Chemiestadt Ludwigshafen

Um diese Propaganda zu entlarven, bleiben wir in der Chemiestadt Ludwigshafen, hier kann man die Umweltverbrechen und Verbrecher konkreter beim Namen nennen, in anderen Städten dürfte es kaum anders aussehen.

Ein paar Zahlen verdeutlichen die Verbrechen. Im Jahr 1981 wurden 33000 Tonnen CSB (Chemischer Sauerstoff Bedarf) in den Rhein bei Ludwigshafen eingeleitet. Der CSB-Wert ist ein Maß für organische Stoffe, wobei diese im konkreten Fall nicht biologisch abbaubar waren. Die biologisch arbeitende Großkläranlage der BASF hält die leicht abbaubaren organischen Verbindungen zurück, die biologisch schwer abbaubaren passieren die Kläranlage zum größten Teil und gelangen so in den Rhein. Die zweite Stoffgruppe der schwer abbaubaren Verbindungen enthält eine ganze Palette von chemischen Stoffen, die für sich allein krebserregend sind, aber auch Stoffe, die im Verband mit anderen Verbindungen mutagen wirken. Im einzelnen sind das Phenole, Chlorbenzole, Halogenkohlenwasserstoffe, verschiedene Aromaten u. v. a. Alle diese Verbindungen sind in der Natur über längere Zeit haltbar, manche erreichen Halbwertszeiten von Jahren.

Auffallend an diesem CSB-Wert, der uns nachher nochmals begegnen wird, ist, daß die einzelnen Verbindungen und ihre Konzentrationen nicht beim Namen genannt werden, obwohl die BASF über weitaus spezifischere Analysemöglichkeiten verfügt.

Die Bevölkerung wird ganz bewußt im unklaren gelassen. Desweiteren wurden 1981 ca. 32 Kilogramm hochgiftiges Quecksilber in den Rhein bei Ludwigshafen eingeleitet, wobei dieser Wert offiziell von der BASF bestätigt wird (Abwasserabgabe). Die BASF hat aber sogenannte Regenausläufe in den Rhein und hier fließt nach Aussage von Arbeitern der BASF nicht nur Regenwasser in den Rhein. Angaben über andere Schwermetalle wie Blei, Cadmium, Chrom sind nicht bekannt, es ist aber anzunehmen, daß die Frachten für Blei und Chrom weit größer als die von Quecksilber sind, für Cadmium darunter liegt.

Abwasser ist Trinkwasser

Wie ich oben schon angemerkt habe, ist der Rhein Trinkwasserreservoir. Die Schadstoffe, die im Rhein enthalten sind, müssen für die Trinkwassergewinnung herausfiltriert werden. Dies geschieht nun eben nicht dort, wo diese Schadstoffe anfallen, bei der Industrie, sondern bei den meist halbstaatlichen Wasserversorgungsunternehmen. Da diese Unternehmen wie jedes andere Unternehmen auch mit dem Allgemeingut Wasser Profit erwirtschaften, werden die Aufbereitungskosten auf den Preis umgelegt. Wir als Verbraucher sind die Dummen, die Industrie reibt sich wieder einmal die Hände.

Die Wasserversorgungsunternehmen sind oft gar nicht in der Lage, mit ihren Anlagen und auch mit dem Personal eine einwandfreie Trinkwasserversorgung zu gewährleisten. Es gibt dutzende Beispiele, da wußten die Wasserwerke überhaupt nicht, was für Schadstoffe im Rohwasser vorhanden sind. (Beispiele gibt es in dem Buch „Wie krank ist unser Wasser“ von Uwe Lahl und Barbara Zeschmar, Dreisam Verlag Freiburg). Es besteht also zwischen Abwasser und Trinkwasser eine Einheit, die man nicht voneinander trennen kann, wenn man das Wohl der Verbraucher sichern will.

Der Gesetzgeber — die Behörden

Wie sieht es aber nun aus bei denen, die dieses Wohl schützen sollen. Kommen wir nun zu den Behörden mit ihren Bürokraten und ihren Gesetzen, Verordnungen und Papieren, die viel, sehr viel Text haben, aber praktisch nichts bewirken.

Nehmen wir das Abwassergesetz, ein Gesetz, das in seiner ursprünglichen Form in die richtige Richtung zu gehen schien. Am Beispiel von Ludwigshafen wollen wir dieses Gesetz näher unter die Lupe nehmen. Ziel dieses Gesetzes sollte sein, daß die Verursacher ihre Schadstoffbelastung senken oder sonst mit Kosten belastet werden. 1976 trat dieses Gesetz in Kraft 1981 wurde zum ersten Mal die Abwasserabgabe erhoben. Die BASF zahlte lächerliche 5 Millionen an das Land Rheinland-Pfalz, für die oben erwähnte Verschmutzung. Diese 5 Millionen sind diesen Herren noch zuviel und gerade sie waren es, die die Umweltpolitik des liberalen Innenministers Baum am heftigsten kritisierten und sie haben der neuen Regierung ihren Fahrplan für die Umweltpolitik mitgegeben, der da lautet, umverteilen der Umweltschutzabgaben auf den Steuerzahler. Bei den Ludwigshafener Mittelbetrieben kam diese Abwasserabgabe erst gar nicht zur Wirkung. Die Stadt Ludwigshafen leitet ihr Abwasser in die Großkläranlage der BASF, die wiederum die Abwasserabgabe für die Stadt aus dem Steuersäckel entnahm, die Stadt legte diese Kosten von 335000 Mark auf alle Bürger um, wobei für jeden egal ob stark Verschmutzer der Industrie oder einfacher Haushalt 2,6 Pfennig pro Kubikmeter Abwasser mehr zu zahlen sind. Der einfache Haushalt trägt also die Kosten der industriellen Großverschmutzer mit, dementsprechend zeigt das oben angegebene „Verursacherprinzip“ keine Wirkung, die Gewässer werden nach wie vor mit Stoffen verschmutzt, die unsere Gesundheit gefährden.

In Ludwigshafen will man diese Ungerechtigkeit ausgleichen, indem man einen Fachmann eingestellt hat, der anhand einer Satzung diese Ungleichheiten nivellieren soll. Die Satzung ist dermaßen lasch gehalten, was die Grenzwerte betrifft, daß sie dem Stand der Abwassertechnik von vor zehn Jahren entspricht. Ein Mann für ca. 20 Industriebetriebe mit einem Jahresetat von 20000 Mark, das ist so wenig, daß selbst einige Verwaltungsbürokraten von einer Alibikontrolle sprechen. Bei den Wasserwirtschaftsämtern sieht es ähnlich aus, meist fehlt es an Fachpersonal, wenn mal etwas unternommen wird, dann sind meist die kleinen und kleinsten Betriebe dran, denen dreht man ohne zu zögern den Hals rum, zu den Großkonzernen zieht man es vor, ein gutes Verhältnis zu pflegen, schließlich springt hier und da was ab. Das ist die Ideologie einer jeden Verwaltung. Auffallend ist auch daß die Behörden untereinander so gut wie gar nicht zusammenarbeiten, man arbeitet eher gegeneinander, so daß alleine schon durch Kompetenzstreitigkeiten die Kräfte gebunden sind.

Es gäbe noch viel mehr aus dem Leben einer kapitalistischen Verwaltung zu berichten, beispielsweise, daß Gesetze, Verordnungen und Satzungen von Ausschüssen der Industrie angefertigt und dann von irgendwelchen Verwaltungsbürokraten, die von der eigentlichen Materie nur oberflächlich Bescheid wissen, abgesegnet werden.

Es drängt sich natürlich die Frage auf, wie wollen wir Kommunisten die Trinkwasserversorgung der Menschen in unserem Land sichern, ohne gleich sämtliche Industrie-Anlagen zu verteufeln, wie es Teile der Ökologiebewegung tun?

Gewässerschutz im Sozialismus zur Diskussion gestellt

Die größten Schwierigkeiten im Bereich des Gewässerschutzes werden durch den Handel mit chemischen Produkten im Kapitalismus hervorgerufen. Tausende von Produkten, sei es in der Reinigungsmittelindustrie oder der Pharmaindustrie werden auf den Markt geworfen. Die darin enthaltenen Chemikalien werden auf ihr Umweltverhalten oder gar die direkte Wirkung auf den Menschen meist nur unzureichend oder gar nicht überprüft, es muß verkauft werden und noch dazu möglichst viel. Bei der Produktion der Chemikalien muß man möglichst schnell sein, um auf dem Markt bestehen zu können, das ist klar, daß die Auslegung der Produktionsanlagen nach umwelttechnischen oder hier nach abwassertechnischen Gesichtspunkten, gerade bei zunehmender Krise, immer weiter in den Hintergrund rückt. Wo liegt nun aber der Unterschied bei der sozialistischen Produktionsweise? Im Sozialismus werden wir die Produktenpalette nicht rigoros kürzen, Reinigungsmittel wird es nach wie vor geben, aber eben nicht hundert verschiedene, sondern sagen wir drei, die Synthese aus diesen ganzen Produkten, was bei unserer Produktionserfahrung zu einem sehr guten Produkt führen wird, was wir in solchen Mengen produzieren werden, wie es tatsächlich gebraucht wird.

Fortsetzung im nächsten RM

Internationale Woche Düsseldorf vom 18. — 24. Oktober

Podiumsdiskussion über „Ausländerfeindlichkeit — Ursachen und Verursacher“ und was müssen wir dagegen tun?

Teilnehmer unter anderem Jürgen Roth und Rosi Wolf-Almanreh (IAF).

Die Internationale Woche ist eine Veranstaltungsreihe, die von 33 Organisationen getragen wird, darunter auch der KPD und der *Volksfront*.

Spendenkampagne zum 5. ordentlichen Parteitag der KPD

Liebe Kollegen, Freunde und Genossen!

Die Spendenaffäre zeigt es wieder einmal klar: Die bürgerlichen Parteien werden durch die Bank vom Monopolkapital ausgehalten. Zig Millionen Steuergelder werden ihnen über dunkle Kanäle und über die Wahlkampfkostenerstattung für ihre arbeiterfeindliche Tätigkeit zugeschanzt.

Unsere Partei hat es dagegen schwer. Als kommunistische Arbeiterpartei verfügt die KPD über keine anderen Einnahmen als die Beiträge und Spenden ihrer Mitglieder und Freunde. Die Finanzkraft der Partei steht und fällt mit der Einsatz- und Opferbereitschaft ihrer Genossen.

Der 5. ordentliche Parteitag rückt näher. Der Parteitag wird in einer Zeit stattfinden, in der die Vertiefung der kapitalistischen Krise, die drohender werdende Kriegsgefahr und das Anwachsen der faschistischen Kräfte die Arbeiterklasse und die Partei vor große Aufgaben stellen. Ohne Geld kann die Partei diese Aufgaben nicht bewältigen, ohne viel Geld gibt es keine Vorbereitung des Sozialismus.

Führen wir deshalb zum 5. Parteitag eine große Spendenkampagne durch!

Unser Ziel:

200000 DM Spenden für die KPD bis zum Jahresende!

Jede Mark für die Partei ist gut investiert — jede Mark für die KPD dient deinen eigenen Interessen, ist eine Mark für die Revolution.

ZK der KPD

***

Spenden für die KPD sind im Rahmen der Höchstgrenzen (1800,— DM für Ledige / 3600,— DM für Ehepaare) von der Lohn- und Einkommenssteuer absetzbar. Dies bewirkt, daß 22 oder mehr Prozent der Spende vom Finanzamt erstattet werden. Auf Wunsch versenden wir Spendenbescheinigungen. **Spendenbescheinigungen für Privatpersonen können nicht für Spenden ausgestellt werden, die — laut Überweisungsabschnitten — von Zellen oder anderen Gliederungen der Partei gezahlt werden.**

+++ Leserbriefe +++ Leserbriefe +++ Leserbriefe +++ Leserbriefe +++ Le

Anschlag gelungen

Betr.: „Denkanschläge“ von Manfred Spies

Liebe Genossen,
ich möchte mich zu den Texten nicht inhaltlich äußern. Mir geht es vielmehr um das wie. Dazu möchte ich einmal vorweg das Buch bestellen. Bitte an die obige Adresse senden. Danke!

Ich glaube, daß wir mit dieser Technik für unsere Agitation und Propaganda auf der Straße etwas machen können. Möchte daher vorschlagen, daß man mal mit interessierten Genossen ein Arbeitstreffen organisiert und darüber berät, wie so was umzusetzen wäre.

Dazu folgende Beobachtung: In den letzten Monaten, besonders aber wenn politisch etwas los ist, konnten wir beobachten, daß merklich mehr Leute als früher vor den Stelltafeln an unseren Ständen stehen bleiben und sich Wort für Wort durchlesen, was da geschrieben steht. Einige kommen dann zum Stand und wollen ein Gespräch oder mehr Material, andere nehmen trotz positiver Reaktion auf die Stelltafeln nicht mal ein Flugblatt.

In der heutigen Phase des Klassenkampfes, wo die Menschen noch sehr distanziert allem „Neuen“ gegenüberstehen, es noch nicht als ihre eigene Sache begreifen, kommt der Frage der visuellen Wahrnehmung (man braucht noch nichts anzufassen, mitzunehmen, kein Gespräch zu führen) eine sehr hohe Bedeutung zu, darauf sollte man bei der Gestaltung der Stände sehr achten. Klare, kurze Aussagen auf den Stelltafeln, Bilder und für Leute, die mehr wissen wollen, ausgeschnittene Texte auskleben. Und dann zu Gesprächen bereit sein, aber nicht jeden anquatschen. Die Leute dürfen nicht das Gefühl bekommen, daß wir sie vollabern wollen.

Wenn wir aber jetzt noch mehr an die Leute ran wollen, sie einbeziehen, sie zur Auseinandersetzung zwingen wollen, müssen wir uns mehr einfallen lassen.

Aus früherer Zeit wissen wir, daß Straßentheater ein sehr geeignetes Mittel ist, um die Menschen zu erfassen. Doch selbst wenn man es ganz einfach macht, mit zwei Clowns, so wie es damals von irgendeinem AP-Trupp entwickelt worden war, bracht diese Form der Darstellung erhebliche Voraussetzungen, die heute nur von wenigen Ortsgruppen erfüllt werden können. Die „Denkanschläge“ aber erfüllen meiner Ansicht nach den gleichen Effekt und können überall dort eingesetzt werden, wo ein Genosse in der Lage ist, offensiv mit Menschen ins Gefecht zu gehen. Außerdem ist so eine Wand für einen längeren Zeitraum (also den ganzen AP-Morgen z. B.) Gegenstand der Auseinandersetzung, während beim Straßentheater die Zeiträume sehr begrenzt sind.

Das ist, was mir dazu so einfällt. Ich würde mich freuen, wenn ich von Euch hören würde.
Mit revolutionärem Gruß

Gedichte

Unser Leser Axel S. aus Hamburg schickte uns vor kurzem einige Gedichte, von denen wir zwei hier wiedergeben.

Lernen, arbeiten, sparen ...

„Lerne, arbeite, spare was
dann haste, kannste, biste was.“
Hierzu:
Erstmal eine Lehre bekommen.
Eine Arbeit finden mit gutem Lohn
und sparen bei der Inflation.
So kann ich nichts haben, nichts werden, nichts sein.
Und damit ist dieses Sprichwort ein Hohn!

Die Nazis

Die Nazis kriechen aus ihren Löchern wie die Ratten.
Sie wollen Terror
wie wir ihn schon mal hatten.
Terror gegen uns, Kollegen
das ist ihr Ziel
Darum schließen wir uns zusammen
dann werden sie nicht viel.

Der Faschismus fällt nicht vom Himmel. Aktueller denn je:

DER FALL KURT A. BECHER

Einer der reichsten Kapitalisten Norddeutschlands, der Bremer Getreidehändler und Nazi, Kurt A. Becher, hat sich zu weit vorgewagt. Mit Hilfe einflußreicher Kräfte der Stadt, ja sogar auf Empfehlung von SPD-Bürgermeister Koschnik, sollte der 180 Millionen schwere Pfeffersack, der unter den Hafenarbeitern nur Kurt A. Verbrecher genannt wird, endlich in der politischen Öffentlichkeit den Platz einnehmen, der ihm gebührt: Er sollte in den Hapag-Lloyd-Aufsichtsrat einrücken und er sollte als Repräsentant der Bremer Kaufmannskreise mit einer offiziellen Delegation nach Prag reisen. Beide Vorhaben scheiterten an der Wachsamkeit und dem deutlichen Protest antifaschistisch gesinnter Gewerkschafter in Bremen. Daß aber erst dieser tägliche breiter werdende Protest nötig war, Bechers Ambitionen zu Fall zu bringen, das ist das eigentlich Empörende. Denn: Gegen Becher wird auf der Grundlage neuester Enthüllungen der Journalistin Karla Müller-Tupath („Reichsführers gehorsamster Becher“, Konkret Literatur Verlag, 1982) seit Monaten von der Bremer Staatsanwaltschaft ermittelt. Daß dieser bisher schwerste Verdacht gegen Becher von den herrschenden Kreisen in Bremen wie eine Lappalie behandelt wurde und sie keineswegs davon abhielt, ihm öffentliche Ämter zuzuschanzen, zeigt grell und schlaglichtartig, wie weitgehend sich die reaktionärsten Kreise in der Bundesrepublik bereits formiert haben. Wenn jetzt Männer, die selbst offiziell des Massenmordes verdächtig sind, ganz ungeniert die Politik in diesem Lande bestimmen sollen, dann sollte kein Antifaschist sich darüber täuschen, was wir in den nächsten Jahren zu erwarten haben. Deshalb ist der Fall Becher von überregionaler Bedeutung. Deshalb ist es notwendig, diese bis heute ungebrochene kriminelle Karriere eines deutschen Nazis aufzudecken. Wer ist Kurt A. Becher?

Der Krieg ist fast zu Ende. Große Teile Europas liegen in Trümmern. Ströme von Flüchtlingstrecks und desorganisierten Truppenteilen verstopfen die Straßen. Not und Chaos regieren.

In diesen ersten Maitagen 1945 sammelt sich die Prominenz der braunen Pest auf der letzten Nazi-Festung im Salzkammergut. Mit ihnen treffen ganze Kolonnen von Lastwagen ein, hochbeladen mit Gold und Devisen, Gemälden und Teppichen — zusammengeraubt und zusammengestohlen aus den sich jetzt von der Nazi-Herrschaft befreienden Ländern. In großer Eile wird die letzte millionenschwere Beute in von langer Hand vorbereitete Schlupfwinkel verschoben. Akten und geheime Pläne werden vernichtet. Der Rest der großen Nazis bereitet hier seinen Absprung in ein unauffälliges Leben im Nachkriegsdeutschland vor.

Unter denen, die geschäftig kommen und gehen, findet man auch Kurt A. Becher. Bei sich hat er zwei Koffer — bis zum Rand angefüllt mit Goldstücken verschiedenster Art und Währung, mit Gold- und Platinuhren, Gold- und Juwelenschmuck. Bei sich hat er aber neben diesen Koffern auch einen Mann mit ausgemergeltem Körper, geschwächt und geistesabwesend, den seine Gefolgschaft auffallend freundlich, ja geradezu wie ein rohes Ei behandelt. Es ist der jüdische Rechtsanwalt Dr. Moshe Schweiger.

Der Standartenführer Becher hat ihn am 4. Mai höchstpersönlich aus dem KZ Mauthausen „befreit“, vier Tage vor dem endgültigen Zusammenbruch der Nazi-Herrschaft. Und kostbarer als der Besitz von Millionenwerten, die in irgendwelchen Verstecken auf den neuen Becher warten, kostbarer als diese finanzielle Grundlage seiner Nachkriegskarriere, ist im Moment für Becher dieser Besitz an einem bis aufs Skelett abgemagerten Juden. Er ist sein wichtigstes Alibi, seine Lebensversicherung sozusagen; denn Dr. Moshe Schweiger schreibt ihm den ersten Persilschein. Danach vermacht Becher dem Moshe Schweiger die beiden Koffer voll Gold, die aus dem Menschenhandel mit ungarischen Juden stammen: Schweiger soll sie in Palästina dem „Weltjudentum“ übergeben. Dies alles ein doppelter Beweis für die grundlegende Anständigkeit des SS-Standartenführers. Tatsachen, aus denen man schließen könnte, daß er vielleicht nur wider Willen... usw. Wichtiges moralisches Kapital jedenfalls für den, der sich nun anschickt, ein einfacher Herr Becher wie Du und ich zu werden.

Allerdings: Bereits wenige Tage nach diesem geschickten Manöver in Sachen Moral zeigen sich die ersten dunklen Flecken auf dem neuen weißen Hemnd:

Am 12. Mai wird Becher von österreichischen Freiheitskämpfern verhaftet. Das Haus, das er bewohnt hatte, wird durchsucht, und hier — unter einem Bett versteckt — findet man einen erheblich umfangreicheren Schatz als den, den er Moshe Schweiger mitgab, um mit dem jüdischen Volk quitt zu werden. Man findet Goldbarren mit einem Gesamtgewicht von 17 Pfund, Platinbarren, haufenweise Diamanten, Ohrgehänge und Halsbänder — und der interessanteste Fund: eine Kassette voll von Goldfüllungen menschlicher Zähne. Als kurz darauf nocht ein dritter, ebenso umfangreicher Schatz aufgedeckt wird, der nachweislich in Bechers Besitz war, drängen sich zwingend folgende Schlüsse und Fragen auf:

1. Becher hat meherere Verstecke angelegt und dem Moshe Schweiger nur einen Bruchteil des geraubten jüdischen Vermögens ausgehändigt. Wo ist der Rest geblieben? Gibt es noch mehr Verstecke?
2. Wie kam Becher an die Goldfüllungen menschlicher Zähne? Zu welchen persönlichen Verbrechen des Nazis Becher legt dieser grausige Fund die Spuren?

Kurz nach seiner Verhaftung kommt Becher in amerikanischen Gewahrsam. Drei Jahre lang hält man ihn fest. Aber nicht ein einziges Mal wird er zu dem oben genannten Komplex verhört. Es scheint, daß Becher von vornherein den besonderen Schutz der Amerikaner genießt.

Es ist in erster Linie dieser merkwürdige, besondere Schutz, den die amerikanischen Behörden Becher angedeihen lassen; dann aber ist es auch die abgrundtiefe Gerissenheit und Lügenhaftigkeit und die besondere Wendigkeit, die Becher beim Beziehungenknüpfen zu reaktionärsten Kreisen zeigt, die ihm dazu verhelfen, jahrzehntelang alle Hinweise auf seine wahren Verbrechen zu verwischen oder zu verwirren.

Daß dieses durch und durch kriminelle Leben des Nazis Becher schließlich dennoch aufgedeckt wurde, haben wir der zähen, jahrzehntelangen Arbeit des Schweizer Journalisten Kurt Emmenegger („Reichsführers gehorsamster Becher“, Zeitschrift „Sie + Er“, Ringier Verlag, Zürch, 1962/63) zu verdanken. Er ging jedem, aber auch **jedem** Faden dieses verbrecherischen Lebens nach. In diesem Bericht werden wir uns bemühen, die Forschungsergebnisse Emmeneggers aber auch Karla Müller-Tupaths kurz zusammenzufassen.

Schützendes Zwielicht

Schon seit seinen Anfängen im Hafen in Bremen gilt Becher als die wohl zwielichtigste Figur unter den Bremer Kapitalisten. Aber gerade dieses Zwielicht schützte ihn. Im Nebel der Gerüchte und Skandale blieb seine wahre Rolle als Nazi-Verbrecher und Volksfeind seit 1934 bis heute ziemlich unbekannt. Die DKP und die VVN haben einige Versuche unternommen, wenigstens einige der Untaten des Alt-Nazis Becher der Vergangenheit zu entreißen, wohlbemerkt: des Alt-Nazis. Sie bezeichnen ihn immer so. Welche Rolle dieser Nazi heute spielt, darüber zu sprechen bzw. das zu untersuchen, vermeidet die DKP. Aus gutem Grund. Doch darüber später. Die oppositionellen Kräfte in den Bremer Gewerkschaften haben durch ihren deutliche moralischen Protest verhindert, daß der Nazi-Verbrecher Becher in den Aufsichtsrat der Hapag Lloyd einrücken konnte, und daß er als Mitglied einer offiziellen Delegation in die Ostblockländer reisen konnte. Diese Wachsamkeit einer ganzen Reihe von bremischen Gewerkschaften ist sehr gut. Andererseits gibt die Tatsache, daß der Nazi Becher mit Unterstützung Koschniks sich so weit ins Rampenlicht vorwagen konnte, sehr zu denken.

Die reaktionären Kreise in unserem Lande formieren sich. Immer offener werden reaktionäre Lösungen für die verschiedensten sozialen Probleme debattiert und auch durchgesetzt: Angefangen von Sammellagern für Asylbewerber und der Einführung von Zwangsarbeit für sie, bis hin zu dem Vorschlag, das Dienstpflichtjahr für Mädchen einzuführen. Von dem offiziell gesteuerten Ausländerhaß bis hin zu der Anschaffung von Kriegsroben für die Gerichte dieses Landes, gibt es zahllose Vorschläge und auch Maßnahmen, die die Faschisierung im Lande vorantreiben.

Von daher wird es für die Mobilisierung der antifaschistischen Front wichtiger als je zuvor, diejenigen Kreise, die an der Vorbereitung des Faschismus arbeiten, deutlich und klar zu erkennen. Es ist nicht irgendeine diffuse Kraft, die schicksalhaft den nächsten Faschismus über uns zusammenbraut. Es sind konkrete Verbrecher, die daran arbeiten. Sie haben Namen und einer dieser Namen ist Kurt A. Becher. Kurt A. Becher ist z. B. Mitglied in der reaktionären deutschen Europa-Union.

Er finanziert z. B. — wie Emmenegger nachgewiesen hat — SS-Hilfsorganisationen. Von seinem Millionenhintergrund her hat er offensichtlich bis zum heutigen Tage den faschistischen Abschaum wieder mit großgepäppelt, der sich nun erneut breitmacht.

Ein Mann mit Gewissen?

Die ganze Geschichte des Kurt A. Becher beweist, daß er nie davon abgelassen hat, seine reaktionären Fäden zum Schaden des Volkes, ja, verschiedener Völker Europas zu ziehen.

Kann man mit diesem Mann reden wie mit einem, der Fehler gemacht hat? Nein. Gerade so aber redet Uwe Herzog im „Bremer Blatt“ mit Becher: „Gestehen Sie, Kurt A. Becher“, „Können Sie all unsere Vorwürfe mit ihrem Gewissen vereinbaren?“, Können Sie das alles auf sich sitzen lassen?“ usw., usf.

SS-Terror im Warschauer Ghetto

Solche Artikel — wie der im „Bremer Blatt“ — schaden der antifaschistischen Bewegung, weil sie den Feind als einen Menschen mit sozialem Gewissen hinstellen, der durch ein Geständnis sich reinwaschen könnte. Durch solche Artikel und Propaganda verbleibt Kurt A. Becher in dem schützenden Zwielicht, das man schon seit Jahrzehnten um ihn verbreitet hat.

Nein, Tatsache ist, daß Kurt A. Becher so schnell wie möglich — längst — hinter Gitter gehört.

Hier kann nicht mit ihm diskutiert werden. Hier geht es allein darum, den Beweis dafür anzutreten und eine Bewegung zu entfachen, die diese Forderung durchdrückt.

Exekutionen in Polen

1939 noch ist Kurt A. Becher, der kleine Prokurist und Sohn armer Eltern aus Hamburg, nichts weiter als ein kleiner Zugführer der SS, ein Rang, der dem eines Gefreiten entspricht. Aber bereits drei Jahre später hat er sich den Rang eines Majors erobert.

Die Frage ist, aufgrund welcher Verdienste machte der kleine Gefreite diese schwindelerregende Karriere? Während der Periode dieser drei Jahre gehörte Becher der SS-Kavallerie an, die im Rahmen von Hitlers Versuch, sich die osteuropäischen Völker zu unterwerfen, zwei Sonderaufgaben hatte:

1. die Besetzung Polens durch rücksichtslosen Terror gegen die Bevölkerung, besonder die Juden, abzusichern und
2. den Angriff auf die Sowjetunion durch Massenmord hinter den eigentlichen Kampflinien zu unterstützen.

Bechers Karriere beginnt in Polen. Er ist der 3. Zugführer der ersten Schwadron der SS-Kavallerie und seine Hauptaufgabe besteht darin, „in stärkstem Umfang Exekutionen durchzuführen“, wie der Kommandeur der Einheit stolz berichtet. Der Feind dieser in Warschau stationierten ersten Schwadron sind in erster Linie die drei Millionen polnischer Juden, die Himmler für vogelfrei erklärt hat, und an deren Besitz sich die Herren der SS-Kavallerie jetzt hemmungslos bereichern. Um sich in Form zu halten, unternimmt man aber auch Strafexpeditionen und Säuberungen gegen das polnische Volk schlecht. Denn „Untermenschen“ sind sie alle: die jüdischen wie die christlichen Polen; das haben Hitler und Himmler klar genug zu verstehen gegeben. Mitleid mit diesen höchstens als Arbeitssklaven zu gebrauchenden „Untermenschen“ ist fehl am Platze. Nicht nur die Juden, auch die Polen sollen als Volkskörper vernichtet werden.

Massenmord auf „saubere und anständige SS-mäßige Art“

Daß diese Pläne Hitlers wahrgemacht werden, beweist unter vielen Erfolgsberichten des Kommandeurs Fegelein, auch der folgende, der über eine Säuberungsaktion vom 8. April 1940 berichtet:

„Die gesamte männliche Bevölkerung (mehrere Dörfer) wurde bei diesem Vorgehen in die befohlenen Sammellager abgeführt.“ Dann wurden Sühneaktionen gegen die betroffenen Dörfer durchgeführt. „Es wurde“, so Fegelein in seinem Bericht, „in jedem Fall rücksichtslos durchgegriffen. Die gestellten Aufgaben im Niederbrennen von schuldigen Dörfern (...) und das Erledigen von üblen Elementen geschah auf eine so saubere und anständige SS-mäßige Art, daß jeder Zweifel an der Charakterfestigkeit der Truppe beseitig werden mußte. Insgesamt wurden während der Aktion erschossen: 250 Mann, Verluste: 1 Pferd, 2 Leichtverwundete.“

Allein seine Funktion als Zugführer des 3. Zuges einer Schwadron der SS-Kaballerie beweist, daß Becher an derlei Aktionen beteiligt war.

Wieviele Menschen er damals tatsächlich und eigenhändig umgebracht hat, wird kaum noch festzustellen sein. Seine Funktion während dieser Zeit, aber auch das Zeugnis, das ihm die SS-Junkerschule Tölz im Sommer 1940 ausstellte, sollten Beleg genug sein, zu zeigen, wozu er fähig war. In diesem Zeugnis heißt es u. a.: „Einstellung zur nationalsozialistischen Weltanschauung: vollends ausgerichtet.“

Herrenmenschen und Arbeitssklaven

Darüberhinaus hat aber gerade die 1. Schwadron, der Becher angehörte, sich Verbrechen am Warschauer Ghetto zuschulden kommen lassen. Das Warschauer Ghetto ist das größte Osteuropas: 400000 bis 500000 Juden harren dort ihrer endgültigen Vernichtung. Die Menschen sterben weg wie die Fliegen, sie verhungern oder erliegen Krankheiten und Seuchen. Aber immer wieder wird das Ghetto mit neuen Deportierten aufgefüllt. Mehrere Befehle des Kommandeurs Fegelein belegen, daß die 1. Schwadron der Kavallerie — also auch Becher — sich diese Notlage der Menschen im Warschauer Ghetto in zweierlei Hinsicht zunutze machten: Sie holten sich Arbeitssklaven aus dem Ghetto und sie raubten den hilflosen Menschen ihre Wertgegenstände, die sie mit ins Ghetto gebracht hatten.

Ganz speziell gegen Becher wurde in dern 60er Jahren eine anonyme Anzeige erhoben, in der er beschuldigt wurde, sich aus dem Warschauer Ghetto Geld, Schmuck und eine wertvolle Briefmarkensammlung zusammengeraubt zu haben. Die Anzeige verlief im Sande.

Wie unerschütterlich gerade Kurt A. Becher sein damals in Polen begonnenes Herrenmenschentum im heutigen Deutschland fortgesetzt hat, beweist die Geschichte des jüdischen Schneiders Karton:

Karton war der berühmteste Uniformschneider Warschaus. Der Kommandeur des SS-Kavallerieregiments, Fegelein, ein äußerst eitler Mann, verschaffte dem Schneider Karton einen Schutzbrief vor der drohenden Vernichtung im KZ und läßt ihn fortan tagaus tagein gegen das bloße Essen und die Gewißheit vorläufiger Sicherheit perfekte Maßhosen für die Herren von der SS schneidern. Währenddessen kommt die Familie des Schneiders in den Gaskammern der Nazis um. Nach dem Krieg lebt Schneider Karton in ärmlichsten Verhältnissen — mit 200 Mark Rente — in München. Um so mehr überraschte es ihn, als er in den späten 50er Jahren eines Tages in das vornehme Hotel Vier Jahreszeiten gerufen wurde. Wer ihn dort in einem feudalen Appartement empfängt, ist niemand anders als Kurt A. Becher. Der ehemalige SS-Kavallerie-Offizier und jetziger Multimillionär hat sich des Maßschneiders erinnert, um bei ihm perfekte Reithosen für sich und seine Frau Ilsebill anfertigen zu lassen. Den schäbig gekleideten, kranken Mann stellt er sogar seiner Frau vor, etwa mit den Worten: „Weißt Du, Ilsebill, das ist auch einer von jenen armen Juden, die wir damals beseitigt haben.“ Soviel zum Kapitel Polen in der faschistischen Laufbahn des Kurt A. Becher.

(Wird fortgesetzt)

Zu einer Kontroverse in der „tageszeitung"

„Flagge zeigen"

Eine Diskussion in der „taz" zwischen Brand/Ascheberg von der AL/Berlin auf der einen Seite und Ernst Hoplitschek vom Bundesvorstand der Grünen auf der anderen, ist Anlaß dieses Artikels. In seiner Antwort auf Brandt und Aschebergs ersten Artikel macht Hoplitschek den beiden Autoren den Vorwurf, sie betrieben einen „linken Neokonservatismus" und seien „ewige Sozialdemokraten". Nicht dieser Vorwurf, sondern die Begründung desselben ist dabei besonders interessant. Hier zeigt ein Bundesvorstandsmitglied der Grünen „Flagge", nimmt konkret Positionen ein, zu aktuellen und grundlegenden Fragen. Mit seinen Positionen wollen wir uns im folgenden einigermaßen knapp auseinandersetzen. Nicht weil wir der Meinung sind, daß dies exakt die Meinung der Grünen insgesamt darstellt. Aber ebensowohl eines wichtigen Teils der Grünen, als auch ihrer Programmatik. Im übrigen soll die Kontroverse in der „taz" fortgeführt werden, wobei man sicher noch einige Male genauere, aktuellere Aussagen als bisher gewohnt bekommen wird.

Der Artikel Hoplitscheks in der „taz" umfaßt eine ganze Seite und berührt zahlreiche Themen. Zu jedem einzelnen davon wäre einiges zu sagen. Wir wollen uns jedoch hier auf drei Punkte beschränken, die unserer Meinung nach sowohl die aktuellsten als auch die wichtigsten sind.

Er geht dabei von der Meinung aus, alle Versuche, links von der SPD eine kampfkräftige Organisation zu schaffen, seien in den siebziger Jahren gescheitert. Kreise, aus denen auch Peter Brandt und Rolf Ascheberg kommen, wollten nun die Grünen als „Energiespender" für eine neue, linkssozialdemokratische SPD gewinnen. Sie kämen, wie alle Linken, mit Ratschlägen zu den Grünen, bei denen es nach Macht riecht. Ratschläge, die eben aus dem — seiner Meinung nach — überholten Arsenal derselben siebziger Jahre stammen würden.

Das erste Thema, das er in diesem Zusammenhang behandelt, ist der „Sozialstaat".

Hoplitschek dazu:

„Da kommen sie mit der ollen Kamelle „Sozialstaat". Das Wort ist ein klassisches Produkt sozialdemokratischer Rattenfängerei: der Staat soll kompensieren, wo die Gesellschaft nicht sozial ist. In den 70er Jahren haben die linken Strategen mal geglaubt, immer schön 10× linkser von der SPD wäre die radikale Strategie, so könnte man Illusionen in Einsichten überführen. Nun, die Leute haben sich als schlauer erwiesen. Die einen nutzen ihn ganz schön aus, den Sozialstaat und nehmen sogar die damit einhergehende Disziplinierung durch den Staat in Kauf, gleichermaßen die vom Staat dabei auch gewollte Atomisierung der Individuen. Klar, daß als Übergangslösung den sozial Schwachen geholfen werden muß, eine langfristige Strategie muß aber mit dieser Art spezifischer Sozial-Staatspolitik Schluß machen und die Strukturen infragestellen, die staatliche Sozialhilfe verlangen, die bedeutend radikaler ist, als die äußerlich bleibende Fremd-Hilfe. Letzteres ist eben nicht mit der Zahlung beendet, sondern soll, im Rahmen von Selbsthilfekollektiven, das Leben insgesamt neu organisieren helfen, aber strikt jenseits vom Staat. — Am Staatshaushalt und den sich auftürmenden Verschuldungsproblemen zeigt sich doch nur, daß diese Art Kompensation eine Schönwetterlösung ist."

Das allerdings sollte man sich alles ruhig und gründlich zu Gemüte führen. Nicht etwa, daß man Herrn Hoplitschek vorwerfen wollte, er habe eine gar sehr seltsame Auffassung vom Staat. Das wäre wohl allein deshalb schon wenig treffend, weil er seinen Artikel ja bewußt eben nicht von links und damit von einer entsprechenden Auffassung vom Staat aus verfaßt hat. Um solch grundlegende Punkte soll man hier gar nicht debattieren. Aber man soll diese Aussagen Hoplitscheks an dem messen, was heutzutage in dieser Republik los ist. Vier Aussagen sind in diesem Zitat enthalten: Sozialstaat in der bisherigen Form ist eine Schönwetterlösung, die Leute haben davon politisch nichts gelernt, sondern nutzen ihn teilweise ganz schön aus, der Staat soll einspringen, wo die Gesellschaft unsozial ist — das ist Rattenfängerei, und die Alternative heißt Hilfe zur kollektiven Selbsthilfe.

Als erstes fällt — ganz bescheiden gesagt — die fast wörtliche Übereinstimmung solcher Sätze mit denen der heutigen Regierungsparteien, vor allem ihres bayerischen Flügels auf. Das soll gar keine demagogische Abmache gleich am Anfang sein, sondern eine leicht nachprüfbare Feststellung.

Aber diesen politischen Zusammenhang einmal beiseitelassend und nur auf den Inhalt eingehend, wird es nicht besser.

Daß die Staatsverschuldung ihre Ursache im „Sozialstaat" habe, und daß dieser eben, wenn überhaupt, dann bestenfalls in wirtschaftlichen Hochzeiten möglich (aber keinesfalls wünschenswert) sei, dies ist eine Behauptung, die nicht deswegen richtiger wird, weil sie von Hoplitschek schon viele andere aufgestellt haben. Aber es dürfte doch eigentlich beim Bundesvorstand einer Partei, die sich anschicken will, in den Bundestag zu ziehen, bekannt sein, daß es da einen Rüstungshaushalt gibt. Der nicht nur seit Jahren alles in allem jeweils über 50 Milliarden Mark liegt, sondern auch ein steter Quell der Bereicherung für das Rüstungskapital ist, das willkürlich Preise vervielfacht, die anstandslos bezahlt werden und vieles andere mehr. Der Verzicht auf Tornados und neue Fregatten würde den Staatshaushalt nicht wenig entlasten. Ebenfalls dürfte ihm einigermaßen bekannt sein, daß die Subventionen für die Unternehmer, und dabei nicht zuletzt beispielsweise für die Strom- und Energiekonzerne und ihre AKWs, deren Entstehung die Grünen ja schon sicher genau kennen, daß diese Art „staatlicher Hilfe" fürs Kapital ebenfalls alljährlich auf allen Ebenen viele Milliarden Mark verschlingt. Allein etwa 20 Milliarden jedes Jahr im Bonner Haushalt, Länder und Gemeinden dürfen auch zuschießen. Und man sollte auch nicht vergessen, daß so manches von dem, was an verschiedenen Formen sozialer Unterstützung ausbezahlt wird, wie beispielsweise das Wohngeld, vor allem dazu dient, die Gewinnmargen großer Baugesellschaften, Konzerne und Versicherungen durch Bezahlung überteuerter Mieten zu sichern. Daß der „Sozialstaat" in schlechten Zeiten nicht mehr funktionieren kann, diese Behauptung gehört ins Stammarsenal der Kapitalistenpropaganda und Herr Hoplitschek tut nicht nur den Linken, sondern auch sich und den Grünen wahrlich keinen Gefallen, wenn er sie nachspricht. Die Quellen der Staatsverschuldung sind — wie oben angedeutet — andere.

Daß „die Leute den Sozialstaat ganz schön ausnutzen" wird von ihm ebensowenig durch irgendwelche Tatsachen bewiesen, wie dies in derselben Art seither jeden Mittwoch an vorderster Front Löwenthals ZDF-Magazin tat. Wobei dieser Herr und seine Mannschaft immerhin noch einzelne Geschichten, wenn auch an den Haaren herbeigezogene, dazu erzählten. Da taucht auch bei Hoplitschek eben der Bittsteller auf, der sich zu bescheiden hat und nicht etwa Ansprüche stellen darf, nur weil die Staatskassen von ihm und seinesgleichen gefüllt werden. Die große Mehrzahl aller Empfänger sozialer Hilfe nutzt nicht „ganz schön aus", sondern kennt ihre Rechte kaum, wird schikaniert und oft genug betrogen. Dies kann man statistisch beweisen, die gegenteilige Behauptung wurde es noch nie. Ein Appell zum „Verzicht", der da — noch — unausgesprochen lanciert wird, hat hoffentlich von Herrn Hoplitschek ausgehend noch weniger Echo wie die Appelle der im gleichen Ton stets jammernden Großindustriellen. Denen geht es um Lohnfortzahlungen und andere für die armen Reichen so schwere Lasten, von denen sie sagen, daß die ja auch „ganz schön ausgenutzt" werden. Das sagt dann nicht Hoplitschek sondern Rodenstock.

Schließlich: was soll so eine Aussage wie „Rattenfängerei"? Wo die Gesellschaft unsozial ist, soll der Staat einspringen. Zum ersten: was soll daran falsch sein? Demagogisch gefragt: wenn die Gesellschaft unsozial ist, soll es dann der Staat eine recht sein? Aber das meint er wohl wirklich nicht, sagt er doch, daß dem sozial Schwachen geholfen werden müsse. Wie, sagt er nicht, aber immerhin.

Das ist eine echte Kampfansage. Aber beileibe nicht nur an linke Sozialdemokraten, sondern an die Arbeiterschaft schlechthin. Denn um deren Forderungen nach Sozial-, Arbeitslosen- und Rentenversicherungen geht es ja. Es ist ja nicht die Frage, ob man die sozialdemokratische Vorstellung eines reformierten, sozusagen menschenfreundlichen Kapitalismus kritisiert. Eine Vorstellung übrigens, die erst in letzter Zeit erneut sichtbar scheitert. Sondern die Frage ist, ob man diese sozialen Forderungen und Errungenschaften angreift, für schlecht hält, für „das Gesamtwohl" schädlich. Und das tut Hoplitschek.

Noch deutlicher wird dies alles, wenn als einzige — sehr unkonkrete — Alternative zu alldem, was da mit durch nichts bewiesenen Behauptungen abgetan wird, dann die Losung der Hilfe zur Selbsthilfe wiederaufgelegt wird. Wohlgemerkt: nicht als eine mögliche Form, sondern als die Alternative. Wenn die Gesellschaft unsozial ist, dann muß sie eben sozialer werden, heißt das Glaubensbekenntnis. Der Staat, als anonyme, undefinierbare Macht hat außen vor zu bleiben. Der einzige Punkt, an dem im weiteren Verlauf des Textes von Hoplitschek etwas genaueres über die Art der Hilfe zur Selbsthilfe gesagt wird, ist die Forderung, Subventionen an mittlere und kleinere Unternehmen zu geben. Zur Produktion ökologischer Erzeugnisse beispielsweise.

Das paßt schon zusammen: die Ideologie nur möglichst wenig Staat mit der Forderung zum massiven Unterstützung des „Mittelstandes". So wird sich Herr Hoplitschek Freunde schaffen. Nicht gerade bei den sozial Schwachen oder gar den Arbeitern, sondern eben bei diesem Mittelstand, dessen Staatsideologie er teilt. Daß er sich dabei mit den linken Sozialdemokraten nicht einigen kann, darf daher nicht wundern.

Noch deutlicher wird die Haltung Hoplitscheks an einem zweiten Punkt, der vor allem die gegenwärtige Arbeiterbewegung betrifft und die Forderung nach der 35-Stunden-Woche. Er schreibt:

„Warum kann sie (gemeint ist die SPD — HW) nicht auch mal den moralisch begründeten Mut zu der Feststellung aufbringen, z.B. im Rahmen der Diskussion über den Lohnausgleich (der übrigens auch Peter und Rold ausweichen) daß es mit der verschwenderischen Lebensweise so nicht mehr weitergehen kann, da auch die Dritte Welt sich nicht mehr in dem Maße ausbeuten läßt, wie die SPD-Außenhandelspolitik jahrelang spekulierte."

Also, wenn man aussprechen will, was er andeutet: Arbeitszeitverkürzung ja, aber ohne Lohnausgleich. Das ist nun schon die zweite Kampfansage an die Arbeiter, Gegenposition zu einer aktuellen Forderung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. Und wie auch vorher dürfte das Problem für Hoplitschek nicht darin liegen, eine solche Position zu vertreten, sondern darin, daß er nach Argumenten, nach Begründungen für diese seine Haltung gefragt wird. Dabei wollen wir einmal beiseite lassen, warum gerade er die These mancher Linker aus den siebziger Jahren

Arbeiterdemonstration gegen Arbeitsplatzvernichtung, Forderungen nach staatlicher Hilfe — auch zu teuer für heute?

übernimmt, den bundesdeutschen Arbeitern gehe es deshalb so gut, weil sie an der Ausbeutung der dritten Welt beteiligt seien. Abgesehen davon, daß dies bestenfalls für eine kleine Schicht davon gegolten haben mag, und auch einmal abgesehen von der durch nichts bewiesenen Behauptung, diese Ausbeutung funktioniere heute eben nicht mehr so (alle Tatsachen zeigen im übrigen ein ganz anders Bild) zeigt sich hier Hoplitscheks Haltung am deutlichsten. Deutlicher noch als beim Herumgerede gegen den Sozialstaat. Es gibt nur die „Prasserei dieser Gesellschaft", die kennt keine Unterschiede (außer dem, daß die Prasser, die er namentlich nennt, ganz zufällig stets Arbeiter oder Sozialhilfeempfänger sind). Entgegen solcher abstruser Behauptungen sei nicht nur daran erinnert, daß die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung nicht deswegen aufgestellt wurde, weil die Arbeiter mehr prassen wollen, sondern weil es zur Schonung der Gesundheit und vor allem zur Schaffung neuer Arbeitsplätze dienen wird, wenn ein Achtel weniger die Woche gearbeitet wird. Und bezahlen sollen das eigentlich nicht die Völker in Afrika oder sonstwo, sondern die Kapitalisten in der Bundesrepublik. Denen Herr Hoplitschek allerdings kein unfreundliches Wort widmen mag. Zumindest immer dann nicht, wenn es direkt um den Gegensatz zwischen Arbeiter und Unternehmer und deren Staat geht. Daß die Linken für die Losung „Die Reichen sollen die Krise bezahlen" eintreten werden, steht zumindest zu hoffen, in all ihren konkreten Auswirkungen. Daß Hoplitschek dagegen auftritt ist eine Tatsache, die sich aus seinen eigenen Worten ergibt.

Nachdem er dann noch verschiedenste andere Bereiche der heutigen Politik behandelt hat und die Haltung nicht nur der linken Sozialdemokraten kritisiert (wobei er beispielsweise die Forderung nach dem Austritt der BRD aus der NATO als sektiererisch verurteilt, aber dann die Auflösung der Blöcke als realistische Alternative hinstellt — auch hier ohne sich genauer zu äußern) zieht er abschließend seine Bilanz des Verhältnisses zwischen den Grünen und den verschiedenen Linken.

Dazu heißt es in zwei Passagen am Ende:

„Die Art und Weise, wie die Grünen auf diese Konstellation reagieren und agieren, entscheidet ihre eigene Zukunft. Konkret heißt das: die Grünen dürfen keine programmatischen Reduktionen hinnehmen, nur weil sich ein Eppler oder Lafontaine als Bündnispartner anbietet. Oder eine DS, deren Programmatik lediglich ein um ökologische Begrifflichkeiten übertünchtes „Godesberg" ist, in dem die Staatsfixiertheit der Stamokap-Lösungen geradezu mit den Händen zu greifen ist."

Und einen Absatz weiter:

„Allerdings eine auf links-sozialdemokratische Positionen reduzierte grüne Partei wäre in der Tat bündnisfähig mit (...) und am Ende wäre das vorhanden, von dem alle schon immer träumen: damals „Volksfront" genannt, heute neue Mehrheit „links" von der CDU. Auf der Tagesordnung stehen nicht die Minimalkonsense der anderen, sondern der Konsens der neuen sozialen Bewegungen."

Und das ist in der Tat eine echte Zusammenfassung seiner vorherigen Positionen und eine deutliche Absage. Eine Absage an all jene, die meinen, mit den Grünen als Kern ließe sich ohne weiteres Linke- oder Systemoder wie auch immer grundsätzliche Opposition gegen den Kapitalismus machen. Sicher: er mag mit seiner Bemerkung zu den Demokratischen Sozialisten — leider — teilweise recht haben, wo es um das „übertüncht ökologische" geht. Aber das ist hier mehr als nebensächlich und sollte für die verschiedenen Linken nur ein zusätzlicher Anlaß mehr sein, die Haltung zu den Grünen zu überdenken, Opportunismus abzulegen.

Eine Politik, die sich ausdrücklich **nicht** gegen den sozialen Kahlschlag zur Wehr setzt, der in Bonn auf Befehl der Unternehmerzentralen gestartet wurde, und jetzt um so heftiger fortgesetzt werden soll; eine Politik, die sich ausdrücklich **dafür** ausspricht, daß die Arbeiter die Folgen der kapitalistischen Wirtschaftskrise zu tragen haben — nämlich in Form von Lohnverzicht — eine solche Politik bringt es naturnotwendig mit sich, daß man gegen einen breiten politischen Zusammenschluß der Linken auftreten muß. Dies wird noch ergänzt durch ein — von einigen Wahlergebnissen übermäßig angewachsenes — „Selbstbewußtsein" (wenn er in seiner „neuen sozialen Bewegung" den Faktor sieht, der Strauß und Co. in Bonn Grenzen ziehen wird) und eben durch Aussagen zu anderen politischen Fragen unserer Tage, die wir hier nicht behandeln können, die aber in dieselbe Richtung gehen.

Diese Haltung, diese Politik — das sind die Gründe dafür, daß die Linken ihre Haltung zu den Grünen überdenken sollten. Sicher wird mancher sagen, das ist doch nur einer. Demgegenüber muß man aber feststellen: noch selten zuvor wurden rechte Positionen der Grünen so überdeutlich formuliert, wie gerade jetzt von Hoplitschek. „Gerade jetzt" bezieht sich auf die Politik der Wende in Bonn. Einer Wende in eine Richtung, die Hoplitschek mindestens zum Teil, im grundlegenden Teil nämlich, mitvollziehen kann. Und dann: er ist sicher kein einzelner, sondern vertritt eine ganze politische Strömung in den Grünen. Und solche Ansichten sind auch dort bei den Grünen verbreitet, und einflußreich, wo es sich nicht um bewußte Parteigänger dieser Strömung handelt. Denn sie sind in den diffusen Anschauungen der grünen Ideologie begründet. Die Diskussion wird auch hier ermöglichen, klare Positionen einzunehmen.

Man wird sehen, wie sich andere Grüne dazu stellen. Man wird auch sehen, wie die von Hoplitschek so sehr von oben herab beurteilten Linken reagieren werden. Der Diskussionsprozeß als solcher ist auf jeden Fall zu begrüßen, denn er wird manches, was heute mit dem einzigen Blick auf die 5-Prozent-Klausel gerne verdrängt wird — nicht Nebensächliches, sondern solche Dinge wie die Interessen der Arbeiterschaft — wieder ans Tageslicht bringen. Was vielleicht dann Herrn Hoplitschek nicht gefallen wird. Was aber allen Linken und Gewerkschaftern nur gut tun kann, weil auch politische Fronten dabei geklärt werden. Auch innerhalb der Grünen, steht zu hoffen.

Helmut Weiss

Gegen das „Krisenprogramm" der konservativen Minderheitsregierung

Hunderttausende in Dänemark an Protestaktionen beteiligt

Eine der größten Demonstrationen der dänischen Geschichte erlebte die Hauptstadt Kopenhagen am Donnerstag letzter Woche: Über 120 000 Menschen versammelten sich, um gegen das wirtschaftliche Krisenprogramm der regierenden Konservativen Partei zu protestieren. Am Tag davor und danach fanden in allen großen Städten des Landes weitere Aktionen statt, an denen sich ebenfalls über hunderttausend Menschen beteiligten.

Wenn in einem Land von etwas mehr als fünf Millionen Einwohnern an drei Tagen fast eine Viertelmillion Menschen auf die Straße geht, um gegen die Regierungspolitik zu demonstrieren, so ist dies ein Ereignis, das manche künftige Entwicklung, die als sicher gegolten hatte, infrage stellt.

Und so konnte Schlüter, der konservative Regierungschef, sein Programm im Parlament schließlich nur deshalb knapp durchbringen, weil er mit Rücktritt und Neuwahlen drohte, was einige der ihn unterstützenden Gruppierungen wohl ihren Sitz gekostet hätte.

Und dieses Programm ist auch wirklich Anlaß genug, mit großen einheitlichen Massenaktionen dagegen anzutreten. Es ist ein Wirtschaftsprogramm, das, ganz ähnlich wie in Britannien und Belgien, nun schon im dritten Staat der EG eine ganz rigide Sparpolitik auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung bedeutet. Programme, die für die Bundesrepublik schon von daher wichtig sind, da es hier ja ähnliche geben soll.

Der Katalog von Schlüter ist genauso lang wie eindeutig. Die Koppelung der Löhne an die Teuerungsrate, wofür die dänischen Arbeiter lange gekämpft hatten, soll abgeschafft werden. Ein halbjähriger Lohnstopp, der jetzt verabschiedet wurde, soll da der Einstieg sein. Das Ziel: Statt 10 sollen künftig nur 4 Prozent Teuerungsausgleich bezahlt werden. Mit anderen Worten: Senkung der Reallöhne um 6 Prozent. Aber damit ist noch lange nicht Schluß: Kürzung des Arbeitslosengeldes von 90 auf 80 Prozent des Durchschnittsverdienstes, ebenso der Frührenten (ab 60 Jahre) und Einführung eines Karenztages gehören ebenso dazu wie die Verdoppelung der Gebühren für Kindergärten und ähnliches mehr. Das wirkliche Einkommen der arbeitenden Bevölkerung soll also, und dies in kürzerer Zeit als beispielsweise in Belgien, um weit mehr als 6 Prozent gesenkt werden.

Die Argumentation ist heute nahezu weltweit bekannt: Wirtschaftskrise, wachsendes Arbeitslosenheer, wachsendes Staatsdefizit. 80 Milliarden Kronen sollen für das nächste Jahr fehlen. Das sind etwa 25 Milliarden Mark. Ganz nebenbei aber wurde, von der Gewerkschaftsbewegung vor allem, auch bekannt gemacht, was die dänischen Banken allein an ihren Staatsanleihen für Gewinne machten: rund 50 Milliarden Kronen oder etwa 16 Milliarden Mark. Andersherum gerechnet: Allein 16 der 25 fehlenden Milliarden Mark wandern aus der Staatskasse direkt in die Banktresore. Von den anderen „üblichen" kapitalistischen Machenschaften wie Subventionen und legalisierter Steuerhinterzug ganz zu schweigen. Wie man sieht: Auch in Dänemark ist die Losung „Die Reichen sollen die Krise bezahlen" eine Forderung, die keineswegs nur der Propaganda dient, sondern mit deren konkreter Erfüllung man den Angriff, den Schlüter im Auftrag der Kapitalisten durchführt, abwehren kann.



8. Kongreß des Verbandes der Jugend der Arbeit Albaniens

Vom 4. bis zum 6. Oktober 1982 tagte im Sportpalast von Tirana der 8. Kongreß des Verbandes der Jugend der Arbeit Albaniens. Die über 500 000 Mitglieder des Jugendverbandes hatten 2000 Delegierte gewählt, die hier zu den dreitägigen Beratungen zusammenkamen, um über die Aufgaben der Jugend beim Aufbau des Sozialismus in Albanien zu sprechen. Im Mittelpunkt des Berichtes der Genossin Lumturi Rexha und in der anschließenden Debatte, standen die Aufgaben, die der 8. Parteitag der PAA gestellt hatte: Erfüllung des siebten Fünf-Jahr-Plans, das das albanische Volk vollständig auf die eigenen Kräfte gestützt realisieren muß, sowie die Hebung des wissenschaftlich-technischen Niveaus in allen Lebensbereichen. 65 Delegierte aus allen Altersgruppen und allen Teilen des Landes beteiligten sich an der Diskussion.

Große Begeisterung gab es am ersten Tag des Kongresses, als der Genosse Enver Hoxha die Delegierten begrüßte. Nicht enden wollender Beifall auch, als die Jungen Pioniere ihren Gruß an den Kongreß vortrugen.

Zum neuen 1. Sekretär des Zentralkomitees des Verbandes der Jugend der Arbeit Albaniens wurde der Genosse Mehmet Elezi, bisher Chefredakteur von „Zeri i popullit" gewählt. In alle zentralen Organe — Zentralkomitee, Büro und Sekretariat — wurden viele junge Aktivisten des Jugendverbandes gewählt, so daß sich insgesamt das Durchschnittsalter der leitenden zentralen Gremien erheblich verjüngte.

An den Arbeiten des Kongresses nahmen insgesamt 17 Delegationen aus Europa, Asien, Afrika, Nord-, Mittel- und Südamerika teil. Die Kommunistische Jugend Deutschlands war durch ihren ersten Sekretär vertreten.

Ohne Angaben von Gründen

Rot-Kreuz-Delegation aus Afghanistan ausgewiesen

Karmal bricht Abkommen nach zwei Monaten

Zur selben Zeit, da sowjetische und afghanische Truppen auf das wenige Kilometer von Kabul entfernte Paghman losmarschierten, wurden zum zweiten Mal seit dem Überfall der UdSSR auf Afghanistan die Delegierten des Internationalen Roten Kreuzes aus Afghanistan ausgewiesen und zwar ohne Angaben von Gründen.

Beide Neuigkeiten zeigen einmal mehr, was von den Aussagen des „Regierungschefs" Babrak Karmal zu halten ist. Zum ersten hatte er vor kurzem, im Juli, noch großartig betont, das Gebiet von Paghman sei „endgültig befriedet", jetzt wird wieder angegriffen. Zum anderen war die Anwesenheit der Rot-Kreuz-Delegation erst kürzlich mit einem neuen Abkommen ermöglicht worden.

Die Delegation sollte die Lebensbedingungen politischer und militärischer Gefangener untersuchen. Seit Mitte August war die Delegation tätig gewesen und hatte mit etwa 300 Häftlingen gesproche?. Der einzig denkbare Grund für diesen erneuten Willkürakt können nur die Ergebnisse dieser Gespräche gewesen sein. Offensichtlich liefen sie der sowjetischen Propaganda zuwider. Diese behauptet ja, nicht nur einen fortschrittlichen Krieg, sondern auch eine humane Kriegsführung zu praktizieren. Beides war in der Vergangenheit bereits verschiedentlich widerlegt worden: Napalmbomben auf Bauerndörfer und Panzerkolonnen gegen Guerillagruppen sprachen wahrlich ebensowenig für ein „humanes" Vorgehen wie Berichte über Folterungen. Die Einladung des Roten Kreuzes hat nun offensichtlich eben nicht die gewünschte Korrektur dieses Bildes gebracht.

Daß die Moskauer Propaganda den Putschisten Karmal (dessen „Partei" inzwischen „erklärt" hat, warum in Afghanistan eine Volksrevolution nicht möglich gewesen sei und weshalb deshalb alles die Armee habe machen müssen) als Revolutionär darstellt, ist sattsam bekannt. Daß er eine „Revolution ohne Revolutionäre" herbei verschworen hat, wird immer deutlicher, desto mehr der langandauernde Widerstand zeigt, daß es sich bei seinen Gegnern eben nicht nur um eine Handvoll Reaktionäre, die von den USA bezahlt werden, handelt, sondern um große Teile der Bevölkerung, die weder mit den Putschisten, noch mit deren Schutzmacht einverstanden ist.

Neue Erfolge im Befreiungskampf

FDR-Offensive in El Salvador

Zur ersten großen Offensive nach dem Wahlspektakel der Junta im Frühjahr hat die Befreiungsfront FDR in El Salvador angesetzt: Der Sender Radio Venceremos berichtete — und Regierungssprecher bestätigten es Tage später — von zwei erfolgreichen Offensiven in den Provinzen Morazan und Chalatenango, bei denen es den Kämpfern der FDR gelang, fünf größere Städte einzunehmen.

Die Regierungstruppen konnten diesen Vormarsch zunächst weder stoppen noch zurückschlagen, trotz eines Großaufgebots an modernsten amerikanischen Waffen. Auch die Luftangriffe amerikanischer Bomberpiloten vor allem auf die Landbevölkerung von Morazan nutzten nichts.

Mit diesen Aktionen beweist die FDR nicht nur, daß die Behauptungen der faschistischen Regierung, seit den sogenannten „Wahlen" verliere die FDR mehr und mehr an Einfluß (vorher hatte es geheißen, sie hätte überhaupt keinen) erlogen sind, sondern auch darüber hinaus eine gewachsene Schlagkraft. Denn dieselben Städte konnten noch im letzten Jahr nicht eingenommen werden. Und auch in der Hauptstadt San Salvador gab es neue Kampfaktionen.

Die Reaktion der Regierungstruppen, die, deren kommandierender Kern immer mehr von den USA durchsetzt wird, ist deutlich: Flächenbombardements und Massenvertreibungen sind einmal mehr Alltag in diesem gepeinigten Land.

Die „14 Familien", die das Land im Bund mit ihren US-amerikanischen Hintermännern beherrschen, die nicht nur fast alles Land, sondern auch die gering entwickelte Nahrungsmittel- und Chemieindustrie kontrollieren, sind bereit, zur Verteidigung ihrer „Freiheit" das ganze Land in ihr Blutbad zu stürzen. Dabei werden sie von Reagans „Beratern" immer massiver unterstützt.

Die Wahlfarce vom Frühjahr, die den bekannten Massenmörder d'Abuisson in die Schlüsselposition brachte, hat offensichtlich eher dazu beigetragen, die Herrschaft der Reaktion weiter zu isolieren.

2600 Tote seit März

Neue Massaker in Guatemala

Ähnlich wie im Nachbarstaat El Salvador entwickelt sich die Lage auch in Guatemala: Der schon lange Jahre bestehende Terror der herrschenden Kreise wird immer mehr verstärkt, je mehr sich die Bevölkerung zum Widerstand gegen wirtschaftliches Elend und Diktatur erhebt. Seit dem Machtantritt des faschistischen Generals Rios Montt im März dieses Jahres hat sich diese Entwicklung geradezu überschlagen.

Nicht weniger als 112 Massenhinrichtungen wurden seit März organisiert, seit dem Zeitpunkt, da Rios Montt die faschistischen „Zivilmilizen" zu einer staatlichen Organisation machte, die die Armee im „Kampf gegen den Terrorismus", wie das immer heißt, unterstützen soll.

Dabei wurden nach Angaben von amnesty international (ai) und der britischen BBC mindestens 2600 Menschen indianischer Rasse (die große Mehrheit der Bevölkerung ist indianisch) ermordet.

Mindestens 11000 Menschen flohen seit dieser Zeit in das benachbarte Mexiko, wo sie in Lagern gefangen gehalten werden — zum Teil auch wieder zurückgeschickt. Diese zurückgeschickten Menschen erwartet dasselbe Schicksal, wie das der Flüchtlinge aus Salvador und Guatemala in Honduras, deren Armee „Abfanglinien" bildet und Flüchtlinge aufhält, bis die nachrückenden Truppen der jeweiligen Regierung sie abschlachten kann. So starben schon über 5000 Menschen aus beiden Staaten auf dem Staatsgebiet von Honduras. In Mexiko wird dies anders, eben „vornehmer" gemacht, sie werden zurückgeschickt.

Wie in El Salvador so ist es auch in Guatemala inzwischen an der Tagesordnung, amerikanischer Offiziere nicht nur als „Berater" im Hintergrund, sondern auch aktiv und bewaffnet beteiligt zu sehen.

Alles dies war erst kürzlich für eine amerikanische Regierungskommission kein Grund, von ihrem üblichen Untersuchungsurteil abzuweichen: Die „Menschenrechte" würden heute in Mittelamerika besser geschützt als dies früher der Fall gewesen sei...

Aus dem Leben der Polizei

Gangsterboß und Geiselnehmer

Ein brutales Geiseldrama ging vorletzte Woche in Koblenz über die Bühne. Zwei Gangster hatten dort eine Bank um 200000 Mark beraubt, mehrere Geiseln genommen und sich eine Million Mark Lösegeld auszahlen lassen. Die beiden Verbrecher erwiesen sich als außerordentlich gerissen; es gelang ihnen bei ihrer Flucht fast mühelos, die Polizei-Verfolger abzuschütteln und im Raum Köln unterzutauchen.

Klüger als die Polizei gab sich wenige Tage später wieder einmal die „Bild"-Zeitung: Sie präsentierte die Täter mit vollem Namen und Fotos auf ihrer Titelseite. Dieser angebliche Fahndungserfolg der Springer-Journaille erwies sich jedoch alsbald — was ja bei „Bild" durchaus üblich ist — als eine frei erfundene Verdächtigung.



BKA-Kommissar Haupt

Aufschluß über die wahre Identität der Gangster brachte erst ein Kölner Polizist. Er hatte im Fernsehen die von der Polizei aufgezeichnete Stimme eines der beiden Geiselnehmer gehört und erstaunt festgestellt: „Das ist doch Gerhard Benoit." Anlaß zur Verwunderung hatte der Polizist aus Köln wahrhaftig: Denn Benoit, der dann wenig später verhaftet werden konnte, war denen eines SEK-Manns identisch. Und speziell in Benoits Leben waren die Übergänge zwischen Verbrechen und Polizeidienst schon immer fließend. Seine kriminelle Karriere nämlich hatte er schon begonnen, bevor er Polizist und dann SEK-Mann wurde. Als Benoit 1972 in den Polizeidienst aufgenommen wurde, war er schon zweimal rechtskräftig verurteilt worden, wegen illegalen Waffenbesitzes und — wegen Mord. Als 15jähriger hatte Benoit einen Onkel, der ihn beim Einbruch in eine Jadghütte überraschte, brutal umgebracht.

Seine Vorstrafen hatte er zwar bei seiner Einstellung in den Polizeidienst verschwiegen; 1973 aber kamen sie bei einer routinemäßigen Sicherheitsüberprüfung ans Licht. Und so unglaublich das klingen mag: Für die Behörden war das kein Grund, Benoit zu feuern. Er war ja inzwischen zum SEK-Angehörigen aufgestiegen, und speziell für diesen Job war den Polizeibossen ein Mann mit Killer-Vergangenheit wohl gerade recht.

***

Vor der 5. Großen Strafkammer des Duisburger Landgerichts muß sich gegenwärtig der Hauptkommissar Hans-Georg Haupt vom Bundeskriminalamt (BKA) verantworten. Die Staatsanwaltschaft präsentiert ihm eine ansehnliche Liste von Anklagepunkten: Betrug (in 68 Fällen), Untreue (in 66 Fällen), passive Bestechung (in acht Fällen), Vorteilsnahme als Amtsträger (in 82 Fällen).



SEK-Mann Benoit (Pfeil links) neben Kardinal Wyszynski (vorne) und Papst Woitlya (Pfeil rechts)

jahrelang sein Kollege gewesen. Und nicht nur das. Gerhard Benoit hatte als Musterpolizist gegolten und dementsprechend auch Karriere gemacht. Er war bei seinen Vorgesetzten als „zuverlässiger und einsatzfreudiger Beamter" beliebt, bekam überall gute Zeugnisse und positive Beurteilungen und konnte sich so schließlich auch erfolgreich für eine „Elitetruppe" bewerben — für das Sondereinsatzkommando (SEK) in Köln.

Die Nachrichtenagentur dpa hat nach der Enttarnung von Benoit ein Psychogramm des Geiselgangsters entworfen, in dem es unter anderem heißt: „Intelligent, kaltblütig, waffengeübt und zum Äußersten entschlossen — mit Eigenschaften ausgestattet, die einen Angehörigen des Sondereinsatzkommandos normalerweise auszeichnen... Gefährlich ist Benoit nicht nur wegen seiner Bewaffnung und Rücksichtslosigkeit, mit der er von der Waffe Gebrauch macht, bei dem Sondereinsatzkommando wurde er auch besonders trainiert."

Offenbar sind also die Eigenschaften eines Gangsters mit

Der Kommissar vom BKA ist zwar nicht so bekannt wie Erik Ode, als Prominenter kann er sich jedoch dennoch fühlen: Die Illustrierte „Quick" hatte ihn ihren Lesern schon einmal als den „deutschen James Bond" vorgestellt, und für das Bundesverdienstkreuz war er auch vorgesehen. Und immerhin ging er, nach seinen Aussagen am ersten Prozeßtag, auch im Bonner Innenministerium aus und ein. Exminister Baum soll sehr „konsterniert" gewesen sein, als Haupt ihn bei einem Besuch in seine Arbeitsmethoden einweihte und er soll dabei gefordert haben, „die Sache auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen".

Aber, so Haupt: „Das ging nicht. Meine Arbeit ließ sich nicht reglementieren. Ich arbeite mit unorthodoxen Ermittlungsmethoden". Und schließlich zum Inhalt seiner früheren Polizeitätigkeit: „Ich habe im Auftrag des Staates den Gangsterboß gespielt". Die Gerichtsreporter der Presse registrierten bei solchen Bekenntnissen des Kommissars gequälte Mienen bei den Prozeßbeobachtern des BKA. Als sogenannter Untergrundagent im Auftrag dieses Amtes hatte Haupt, der sich auch „Klaus Förster" oder „Gregor von Kronberg" nannte, tatsächlich eine regelrechte Mafia aufgebaut.

Zu seiner Existenz als Gangsterboß gehörte zunächst einmal ein Luxusleben auf großem Fuß — finanziert aus dem von Steuergeldern gespeisten BKA-Etat. Der Kommissar fuhr stets die teuersten Autos, die gerade auf dem Markt waren, bewegte auf Geheimkonten Gelder in Millionenhöhe und machte im Nachleben an Rhein und Ruhr „mit tollen Frauen Furore". (Haupt) Wenn er im Düsseldorfer Hilton-Hotel abstieg, mietete er gleich die ganze Präsidenten-Suite für 800 Mark pro Nacht. Was allein diese Luxusabstiege an Spesen verschlang, wird aus einer Aussage von Haupts V-Mann „King" ersichtlich, nach der dort der Kommissar mit seinen Gespielinnen innerhalb nur eines Jahres „76mal eine fröhliche Nacht" verbrachte.

Der Kommissar gab sich jedoch nicht nur dem süßen Leben auf Staatskosten hin, er arbeitete auch hart an seinen kriminellen Projekten wie beispielsweise an der „Operation Lima", wo es um die Befreiung zweier in Peru inhaftierter Rauschgift-Kuriere ging. Der größte Coup gelang Haupt jedoch, als er mit seinem V-Mann „Nico", einem ehemaligen Fremdenlegionäre, ein bundesweites Netz illegaler Spielclubs aufbaute. Der Kommissar handelte dabei jeweils mit der örtlichen Polizei aus, daß diese Clubs von Kontrollen verschont blieben oder daß zumindest „etwaige Razzien mir vorher angekündigt würden" (Vernehmungsprotokoll). Und als diese Spielhöllen dann so richtig florierten, ging „Nico" daran, auch anderen, von „normalen" Gangstern betriebenen Clubs Schutz vor Polizei-Razzien anzubieten. Das brachte dem V-Mann und seinem Chef pro Spielclub immerhin 30000 Mark im Monat ein.

Haupt sitzt nun zwar auf der Anklagebank. Er kann aber darauf hinweisen, daß er bei seinen Unternehmungen — von der „Operation Lima" bis zum Aufbau der illegalen Spielclubs — die Unterstützung seiner Vorgesetzten im BKA gehabt hat. Und bei dieser Sachlage ist es denn auch nicht verwunderlich, daß im Duisburger Prozeß schon am ersten Verhandlungstag die Öffentlichkeit ausgeschlossen wurde — wegen Gefährdung der öffentlichen Ordnung.



Karneval mit Krüppeln

„Das ist echte Karnevalsatmosphäre. So etwas hat es seit der königlichen Hochzeit nicht mehr gegeben." So äußerte sich am Mittwoch letzter Woche begeistert ein britischer Reporter. Was da wie ein Karneval gefeiert wurde, war eine große Militärparade anläßlich des Siegs im Krieg um die Malvinen. Margaret Thatcher, Star der Veranstaltung, hatte einen passenden Tatort für den chauvinistischen Siegestaumel ausgewählt: die City of London, das Bankzentrum des britischen Empire.

1250 Kriegshelden marschierten am ersten weiblichen Kriegspremier in der britischen Geschichte vorbei. Hatten die Veranstalter dieser Parade zunächst alle im Malvinenkrieg verwundeten Soldaten von dem Militärkarneval ausschließen wollen, gestattete man in letzter Minute doch noch einer Delegation von sechs Krüppeln, darunter zwei Beinamputierte und ein Blinder, wenigstens als Zuschauer dabei zu sein, als unter den Fassaden der Großbanken der britische Imperialismus seinen Sieg im Südatlantik feierte.



KJD-Seminar am 30. /31. Oktober

30. Januar '83

An diesem Tag wird sich zum 50. Mal der Machtantritt der Hitler-Faschisten jähren. Die KJD organisiert aus diesem Anlaß ein Wochenendseminar am 30./31. Oktober in der Nähe von Mönchengladbach.

Wir werden gemeinsam gemeinsame Aktionen für den Januar 1983 planen und vorbereiten.

Wir werden hören und diskutieren, wer eigentlich Faschismus will. Daß Hitler kein Betriebsunfall des Kapitalismus war und wie sich die Herrschenden es heute vorstellen, mit den Aufmüpfigen umzugehen — nach dem Motto: Der Zimmermann im Innenministerium erspart die Demokratie.

Sport für den roten Alltag, das ist — wie komme ich aus gewissen Griffen wieder heraus?! Das ist — sprinten können, klettern können. Das ist — ein wenig Krafttraining, damit man eine 2-Zentner-Birne pflücken kann.

Seminarprogramm:
Samstag, 30.10., 12.00 Uhr Mittagessen (Bitte pünktlich anreisen!)

13.30 Uhr „Wer will eigentlich Faschismus?" Referat und Diskussion mit Detlef Schneider, Chefredakteur des „Roten Morgen".

15.30 Uhr Kaffee und Kuchen.

Aktionsplanung für Januar 1983. KJD-Gruppen aus Bremen, Niederrhein, Mülheim berichten. Konkrete Vorbereitungen für Januar 1983.

18.30 Uhr Abendessen. Wir stellen Filme zum Thema 1933, Hitler, Krieg, KZ, Widerstand, Neo-Nazis vor.

21.00 Uhr Wer das Kaminzimmer kennt, weiß, was die Nacht bringt.

Sonntag, 31.10., 8.30 Uhr Frühstück.

9.00 Uhr Sport für den roten Alltag. (Bitte Sportzeug für drinnen und draußen mitbringen!)

12.30 Uhr Mittagessen.

13.30 Uhr Fortsetzung der Aktionsvorbereitung, Filmsichtung usw.

15.30 Uhr Kaffee, Kuchen und Kritik.

Wer will, kann noch bis Montagnachmittag (Feiertag in NRW und allen südlichen Bundesländern) bleiben und weiterarbeiten. Ausflüge zu Pershing I und Pershing-II-Anlagen und anderen interessanten Objekten am Niederrhein sind möglich. Essen und Übernachtung sind in den **20 DM Seminargebühr** enthalten.

Bitte sofort in Dortmund telefonisch **anmelden:** (0231) 433691, **KJD.**



Samstag, 23. Oktober
20.15 Uhr, ZDF
Über den Dächern von Nizza. Kriminalkomödie von Hitchcock mit Cary Grant und Grace Kelly.

Sonntag, 24. Oktober
20.15 Uhr, ARD
Europa unterm Hakenkreuz. Zweiter Teil einer auf 13 Folgen angelegten Serie über den Faschismus, die bis zum 30. Januar 83 — dem 50 Jahrestag von Hitlers Machtantritt — laufen wird. Die zweite Folge beschäftigt sich unter anderem mit dem „Anschluß" Österreichs an Hitler-Deutschland.

Montag, 25. Oktober
21.45 Uhr, ARD
Fast wia im richtigen Leben. Satirisches aus Bayern von und mit Gerhard Polt.

Montag, 25. Oktober
21.45 Uhr, WDR III
Schöne Tage. Fernsehspiel von Franz Innerhofer über eine durch Ausbeutung und Erniedrigung gekennzeichnete Jugend auf dem Land.

Dienstag, 26. Oktober
16.15, ARD
Du sollst Dich nie vor einem lebenden Menschen bücken. Film von Hannes Kernick und Wolfgang Richter über den legendären IGM-Bezirksleiter Willi Bleicher, der jetzt 75 Jahre alt geworden wäre. Bleicher, der aus der RGO kam, war von 1937 bis 1945 im KZ Buchenwald inhaftiert, wo er zum Führungskreis der illegalen Organisation gehörte, die im letzten Kriegsjahr den erfolgreichen Aufstand gegen die SS-Bewacher leitete. Auch nach seinem Übertritt von der KPD zur SPD in den fünfziger Jahren trat Bleicher aktiv für die Einheit der Arbeiterklasse ein.

Trotz aller Bemühungen der IGM war die ARD nicht bereit, diesen Film im Abendprogramm zu senden.



Mittwoch, 27. Oktober
20.15 Uhr, ARD
Am Anfang war doch nicht der Pflasterstein Dokumentarfilm von Bernd Liebner und Jens-Peter Behrend über eine Gruppe von Hausbesetzern in Westberlin.

Donnerstag, 28. Oktober
22.05 Uhr, ZDF
Traum vom Überleben. Peter Krieg („Septemberweizen", „Das Packeis-Syndrom" beschreibt in seinem Film die Überlebensangst und die Versuche, mit ihr fertigzuwerden.

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL ŞAFAK

Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı 42, 22 Ekim 1982 Yıl: 16 1 DM

Her hafta Cuma günü çıkar

DGB Yürüyüşünden önce

Kohl Hükümeti'ne karşı protestolar giderek artıyor

Kohl takımının hayata geçirme emelini beslediği politika gün ışığına çıktığı oranca, büyük sermayenin çıkarları doğrultusunda izlenen açıkca çizgiye karşı protestolar da o denli yükselecektir. Sendikalardan, işyerlerindeki sayısızca sendikal örgütlerden sonra "sosyal" alanda var olan aşağı yukarı tüm örgütler yeni hükümetin izlediği politikaya karşı protestolarını dile getirdiler. Elbette bu protestoların hangi dereceden olduğu da belirleyicidir. Örneğin işsizlik konusunda hükümetle esas olarak aynı ortak çıkarları olduğu tespitini yapıpta, ayrı bir yol izleyen DGB Başkanı Breit ile hastalık durumunda ilk üç gün ücretlerin ödenmemesi uygulamasına gidildiği taktirde mücadeleci eylemler düzenleneceğini söyleyen bir Baden-Württemberg İGM Başkanı Steinkühler'in açıklamaları arasında bir fark vardır.

Çünkü yeni Bonn Hükümeti'nin rotasına karşı, protestoların sadece kağıt üzerinde olan ve hiç bir pratik anlamı taşımayan birer adım olup olmayacağı, düzenlenen bu yürüyüşlerin sadece çağrılarla sınırlı kalıp kalmayacağı, direnişin uzun süreli örgütlenip örgütlenemeyeceği belirleyicidir. DGB Başkanı Breit gibi protestoları sadece bakanlara çağrıda bulunmakla sınırlayanlar daha başından Bonn Hükümeti'nin işçi düşmanı rotasına karşı grevler düzenlemeyi, gerçek bir direnişi örgütlemeyi olanaksız kılıyor. Ancak şimdi gerekli olan tam da kararlı, yaygın sendikal direniş eyemleridir!

Direnişlerin ne denli gerekli olduğunu sadece bir dizi sözlü protesto yağdırılmasına rağmen, ücretlerin dondurulması gerekirliği talebini yineleyen Çalışma Bakanı Blüm'ün açıklamalarından değil, aynı zamanda Kohl Hükümeti'nin bir bütün olarak izlediği rotadan da görebilmekteyiz. Eski Krupp şefi ve yeni Maliye Bakanı Stoltenberg daha şimdiden bile kapitalistlere vergi hediyelerinin yapılmasını öngören bir program taslağı hazırladı. Tabi ki bu vergi hediyeleri ise yükü bizim üzerimize yıkılan katma değer vergisinin artırılması ile karşılanmak isteniyor. Bu da kapitalistlerin lehine bir dağılımdan başka hiç bir şey değildir. Ancak bu henüz bir başlangıçtır!

Kapitalist birliklerin uzun zamandan beri talep ettikleri "dönüşüm" Bonn'da seçmenlerin iradeleri çiğnenerek gerçekleştirildi. Ve bu dönüşüm politikası sosyal hakların tamamen yok edilmesini, işçilerin ve emekçilerin yaşam seviyelerinin düşürülmesini, siyasi, sosyal ve sendikal haklarının daha da sınırlandırılmasını ön görüyor. Tabi ki bunların hepsinin bir çırpıda gerçekleştirilmesi söz konusu değil. Ancak bu saldırıya karşı sessiz kalmak bu politikanın gerçekleştirilmesini kolaylaştırır.

O halde şiarımız "ilk saldırı bozguna uğratılmalı" olmalıdır! Schmidt-Genscher Hükümeti'ne karşı gerekli olan mücadele hele hele Strauss/Kohl/Genscher Hükümeti'ne karşı ise çok daha gerekli ve acildir.

Öyleyse ekim ve kasımda yapılacak DGB yürüyüşleri bizim büyük sermayenin rotasını kabul etmediğimizi gösteren birleşik, kararlı bir direnişe dönüştürmeliyiz!

Solidarnosc sendikası yeniden grev çağrısı yaptı

Polonya işçilerinin direnişi sürüyor

Solidarnosc'un fesh edilmesinin ardından harekete geçen Polonya işçilerinin direnişi sürüyor. Polis çeşitli şehirlerde protesto eylemi düzenleyen işçilerin üzerine en vahşi bir şekilde saldırmasına rağmen, işçilerin direnişini kıramadı. Artık işçiler askeri diktatörlüğe karşı hiç bir şekilde sessiz kalmamaktalar. Bu hafta ve gelecek hafta için çeşitli işletmelerin işçileri yeniden greve gitmeye çağrıldılar.

Polonya işçileri kanı ve canı pahasına direnişini sürdürmesine karşın, egemen sınıflar yaptıkları sahte propagandalarla işçilerin akın akın henüz yasaklanmamış olan "işyeri sendikaları"na girdikleri görünümünü uyandırmaya çalışıyorlar. Solidarnosc'u fesh etmelerinin ardından resmi sendika olarak "işyeri sendikalarını" tanıyan Polonya askeri diktatörlüğü bu sendikaları işçilerin çıkarlarının temsilcisi olarak lansetmeye çalışıyor. Varşova'da yapılan resmi açıklamada ise bu sendikaların Batı'daki sendikalardan daha fazla haklarının olduğu ileri sürülüyor. Federal Almanya gibi bir ülkede var olan sendikal hakları bile bunun için kıstas olarak alacak olursak, bu bile söylenen sözlerin ne denli sahte olduğunu göstermektedir.

İşte bunun içindir ki Polonya işçileri kendi çıkarlarını esas alacak bir sendikadan yanalar. Onların bu isteklerini Polonya'daki yeni sömürücü sınıf sahte komünist demagojilerle kırmaya çalışıyor. Ancak buna rağmen Polonya askeri diktatörlüğünün en azgın saldırılarına ve baskılarına karşı işçi sınıfının direnişi sürüyor. Ve bu direniş işçiler kukla sendikalara girmeye zorlandığı sürece de devam edecek ve generaller çetesi istedikleri mezar sessizliğini sağlayamayacaklar.



"Barschel, biz geliyoruz!" — **Geçen hafta perşembe günü Kiel'de düzenlenen bir yürüyüşte bu slogan sokakları çınlatıyordu. HDW patronu işyerinde rasyonalleştirmeye gidileceğini açıkladı. Rasyonalleştirme terörü ile çıkışların da verileceğini hesaba katan işçiler Schleswig-Holstein Eyaleti'nin Başkenti Kiel'deki Federal Almanya'nın en büyük gemi tersanesi olan HDW'de işi bırakarak direnişe geçtiler. Patronun HDW tersanesindeki işyerlerini rasyonalleştirme terörünü ve muhtemelen verilmesi ön görülen toptan çıkışları protesto etmek amacıyla, aynı günü,istifa eden Stoltenberg'in yerine yeni Eyalet Başkanı'nın göreve başladığı Schleswig-Holstein Eyalet Meclisi binasının önüne kadar yürüdüler. Meclis binasının önünde son bulan bu yürüyüşe 6000'e yakın işçi katıldı.** **(Ayrıntılı yazı 3. sayfada)**

İsrail, saldırı politikasını sürdürmek istiyor

Bu hafta pazartesi günü yapılan Bakanlar Kurulu toplantısında Başbakan Menachim Begin gene tehditlerini sürdürmeye devam etti. Her ne pahasına olursa olsun İsrail'in, zafer meyvalarının elinden alınmasına izin vermeyeceğini belirtti. Onun bununla kastettiği çok açıktır: Güney Lübnan'ın ilhakı ve kendi sınırlarında sürekli genişletilmesi kaydıyla İsrail tarafından kontrol edilen bir tanpon bölgenin oluşturulması!

Begin boşu boşuna bu tehdidi savurmadı. Nitekim o İsrail siyonistleri arasında, ülkenin sınırını Nil hehrinden Fırat nehrine kadar genişletmek isteyen, büyük İsrail devleti özlemi ile yaşayan siyonist fraksiyonda yer almaktadır.

İsrail Bakanlar Kurulu toplantısının yapıldığı aynı dönemde ise Birleşmiş Milletler toplantısında ABD ile Arap devletleri arasında da sık sık anlaşmazlıklar çıktı. ABD temsilcisi, diğer uluslar İsrail konusunda ABD emperyalizminin istekleri dışında bir karar almaya yeltenecek olurlarsa, bu durumda Reagan Hükümeti'nin Birleşmiş Milletler'e her türlü yardımı donduracağı tehdidini savurdu. İsrail'e karşı boykot önlemlerinin alınmasını ya da onun Birleşmiş Milletler'e üyeliğinin askıya alınmasını talep eden herkes ABD'nin de buna karşı her türlü önleme baş vuracağını, hatta BM üyeliğinden bile istifa edeceğini hesaba katmalıdır dedi. İki yüzlülüğün, Beyrut katliamının gerçekleştirilmesine imkân tanıyan sahte "barış planlarının" ardından bundan daha da açık bir tutum alınabilinir mi?

Reagan'ın temsilcisi ise bir yenisini daha bu halkaya ekledi: Begin'in tehdidini geri alması üzerine Arap Birliği'nden bir delegasyonla görüşmeye evet dedi! Tabi ki Begin tehdidini ABD'nin bu delegasyonun kimlerden oluşması gerektiğini belirlemesi kaydıyla geri alacağını açıkladı. Bunun açık ifadesi, toplantıya hiç bir FKÖ temsilcisi katılmamalıdır!

O halde geçen hafta sonunda yapılan açıklamalar İsrail'in savaş rotasından vaz geçmeyeceğini ve bu savaş rotasını desteklemede ABD'nin ise göstermelik eleştirilerini sürdürmeye devam edeceğini gereğinden fazlasıyla ortaya koydu.

Hagen'de NATO Komutanları Kurultayı'na karşı protesto yürüyüşü

NATO komutanları Hagen'de bir kurultay yapmak isteyince geçen cumartesi günü buna karşı bir protesto yürüyüşü düzenlendi. 5000 ile 7000 arasında barışsever insanın katıldığı yürüyüş, kurultayın yapıldığı süre içinde düzenlenecek eylem haftası için bir başlangıcı oluşturuyordu.

Yapılan bu yürüyüşe Yeşiller'in, bölgesel grupların yanı sıra DKP, VVN, *Volksfront* da katıldılar.

Komutanlar, özellikle de Federal "Savunma" Ordusu genel müfettişi Brand bu kurultayda barışın korunmasının yolu olarak nükleer silahlarla korkutma politikasını satmaya kalkışırken, düzenlenen bu yürüyüş ise NATO-İkili Kararı'nı hedefliyordu. Ayrıca yürüyüşe katılanların küçünsenmez bir kısmı Federal Almanya'nın NATO'ya üyeliğine de karşıydılar.

NATO Komutanları Kurultay'ında geçmişte nükleer silahlanma ve korkutma politikasını kayıtsız şartsız destekleyen Bonn'daki yeni Savunma (Savaş) Bakanı CDU'lu Wörner de konuşacak. Onun yanı sıra bu kurultaya NATO Genel Sekreteri Luns'un ve ABD Büyükelçisi Burns'un da katılması ön görülüyor. Kısacası, tüm tanınmış NATO savaşçılarının yer aldıkları bir buluşma.

Bu anlamda barış güçlerinin bir eylem haftası düzenlemesi tam yerinde ve gerekli olan bir adımdır.

Yürüyüşün bitiminde yapılan mitingte diğer şeylerin yanı sıra barış mücadelesinin sendikaların bir görevinin olmasıyla ancak başarı kaydedilebileceğine işaret edildi. Binlerce barışsever insanın katıldığı bu yürüyüş eylem haftası için başarılı bir başlangıcı oluşturuyordu.

(„Tausende in Hagen gegen NATO-Kommandeurtagung")



2. BÖLÜM

CDU/CSU'nun ve yeni Federal Hükümet'in yabancılar politikası üzerine

"Yabancılar dışarı" resmi hükümet politikası mı olacak?

Yazımızın birinci bölümünde CDU/CSU-FDP koalisyon hükümetinin yabancı düşmanı politikasına değinmiştik. Hükümetin yabancılara, özellikle de onların ezici çoğunluğunu oluşturan biz Türkiyelilere vermek istediği sözde teşvik priminin örgütlü bir soygundan başka hiç bir anlam taşımadığını, suni ön yargıların yaratılmasının ardında hangi emellerin beslendiğini, ortaya koymuştuk. CDU/CSU-FDP koalisyon hükümetinin başa gelmesi aynı zamanda yabancılar politikasının çok daha sertleştirileceğinin bir habercisidir. Yeni hükümet sermayenin çıkarlarını eksiksiz olarak savunması, kapitalist ekonomik krizin faturasının yerli ve yabancılardan oluşan Batı Alman işçi sınıfına ve emekçi halka ödettirilmesi için başa getirildi. Ancak onun krizin yüklerini işçi sınıfının üzerine yıkabilmesinin yolu sınıfın birliğini ve mücadelesini bölmekten geçer. İşte bunun içindir ki biz yabancılara karşı izlenen politika bir tesadüf eseri değil, tam tersine beslenen bu emelin bir ürünüdür.

Büyük sermaye krizin tüm yükünü işçilerin ve emekçilerin üzerine yıkabilmek için, onların kendilerine karşı yönelebilecek direnişini kırmak ve bunun için gerekli kanuni ve örgütsel önlemleri almak istiyor. Hiç kuşkusuz ki yeni hükümet ilk planda şiddete baş vurmaktan mümkün olduğunca kaçınmaya, yüzünün kısa sürede teşhir olmasını önlemeye çalışacaktır.

O ilkin işçi hareketinin sermayeye karşı direniş cephesini bölmek ve zayıflatmak için çeşitli sahte açıklamalarla işçi sınıfının çeşitli kesimlerini birbirine karşı kışkırtmaya çabalamaktadır. Örneğin Almanları yabancılara karşı, AET ülkesi işçilere AET dışı ülke işçilerine karşı, Alman işçileri AET ülkesi işçilerine karşı, erkekleri kadınlara vs. karşı kışkırtmaya çalışacaktır. Krizden kurtuluş yolu arayan, ilk planda işsizliğin, işyerlerinin yok edilmesinin, sosyal hakların kısıtlanmasının ve devlet kasalarındaki açıklığın sorumlusunun kimler olduğunu soran insanlara tüm bunların sorumlusu olarak biz yabancıları, özellikle de Türkiyelileri göstermeye yönelecektir ki, bugün bu yönde adım atıldı bile.

CDU/CSU'nun yapısından dolayı SPD'den daha sert bir şekilde biz yabancılara karşı önlemler alacağı gün gibi ortadadır. Yabancıları işsizliğin sorumlusu göstererek CDU/CSU ve hatta tamamen aşırı sağda bir yer alan bazı sendika ağaları işçi sınıfının bazı kesimlerini kendi arabalarına bağlamaya yönelmekteler.

Yabancı düşmanlığının körüklenmesinin amacı

CDU/CSU-FDP koalisyon hükümetinin başta olması demek, toplumsal yaşamın tüm alanlarında siyasi havanın daha da sertleştirileceği demektir. Yabancılar her türlü kötülüğün sorumlusu gösterilerek bir yandan içte Batı Alman ve Batı Berlin işçi sınıfının mücadele gücü zayıflatılmaya çalışılırken, diğer yandan ise bununla şovenist görüşler körüklenmekte, işçi sınıfı ve Alman halkı "dış düşmana" karşı yoğun bir şekilde seferber edilmek istenmektedir. Yabancı düşmanlığı her türlü gerçek dışı bilgilerle körüklendiği gibi, "dış tehlikeye" karşı işçi sınıfı ile sermayenin kenetlenmesi de aynı araç ve gereçlerle gerçekleştirilmeye çalışılıyor.

Örneğin ekonomik alanda "Japonlar" iyimser Batı Alman kapitalistlerinin ve "onun" işçilerinin yaşamını zorlaştırdığı, onların üstünlüklerinden dolayı Batı Alman kapitalistlerinin mallarını satamadıkları ve bunun için de işçilere çıkış verdikleri sahte gerekçelerini ileri sürererek bir yandan işçiler daha fazla çalışmaya, üretimi artırmaya hazırlanırken, diğer yandan ise "Japonlar" işsizliğin artmasının sorumlusu olarak gösterilmek isteniyor. Bir yandan yeni hükümet, koruyucuları ve dostları ABD'yi ve kendilerini tehdit eden "Rusları"ı gerekçe göstererek çılgınca silahlanma harcamalarını haklı çıkarmaya çalışırken, diğer yandan ise Alman işçi ve emekçileri savaşa hazırlanmaya, şovenist fikirlerle diğer ülkelerin halklarına karşı kışkırtmaya çabalamaktalar.

Başbakan seçiminden önce parlamentoda sürdürülen tartışmalar çerçevesinde iki Alman devleti arasındaki ilişkilerle sorumlu bakan CDU'lu Rainer Barzel *"Almanya artık tekrar dünyada kendisine layık olan yeri almalı ve en önde olmalıdır"* dedi. İşte milyonlarca Mark'ın niçin sosyal hakların garanti altına alınması ve genişletilmesi için değil de, silahlanma harçamaları için kullanıldığını yeni hükümet bu şekilde gerekçelendiriyor.

Bunun içindir ki iç cephenin sağlamlaştırılması amacıyla biz yabancılar düşman olarak gösterilerek yerli işçiler ve emekçi halk kapitalistlerle "dış düşmana" karşı birleştirilmeye çalışılıyor. Kısacası, Alman işçi sınıfı sorunlarından uzak tutalarak "dış tehlikeye" karşı kışkırtılmakta ve şovenist duyguları kabartılarak "dış tehlikeye" karşı, savaşa hazırlanmaya çalışılmakta. Federal Almanya'da şovenizm intikam alma politikası ile iç içedir. Ve intikam alma politikasının izine biz yabancılara yönelik koalisyon kararlarında bile rastlanılmaktadır.

Nitekim "Almanya bir göçmen ülkesi değildir" iddiasının geniş bir anlamı vardır. Gerçi bunun ne olduğu koalisyon ortaklarının anlaşmalarında doğrudan belirtilmemekte, ama CDU ve CSU'nun Federal Parlamentoda formüle ettiği hedeflerinden çok açık bir şekilde görülmektedir: ***"Bölünmüş Almanya'nın bir bölümü olarak Federal Almanya Alman ulusu için tarihi ve anayasal sorumluluğu taşıyor. Almanya tarihinden dolayı ve tabiatı gereği bir göçmen ülkesi değildir veya olamaz da."*** Bunu diğer bir deyişle ve sadece bir dille ifade edecek olursak "yabancılaşma" ulusun varlığını ve ırk saflığını tehdit ediyor. Nitekim bu görüşlerin aynısına ırkçı "Heidelberger Manifest" adlı Nazilerin yabancı düşmanı yazılarında da rastlanabilir.

Tüm bu olgular yeni hükümetin devletin daha da faşistleştirilmesine doğru bir rota izlediğini gösteriyor. Bu konuda 1933 yılı ile bir genel karşılaştırma yapacak olursak, belirli paralellikler vardır. O zaman Yahudi düşmanlığı vardı, bugün ise yabancı düşmanlığı, özellikle Türk düşmanlığı var. Örneğin bugün etrafta çeşitli yabancı düşmanı espirilerin yapılması küçümsenemez: Yabancılarla Türkler arasındaki farkın ne olduğu sorulduğunda "Yahudiler bu deneyimden geçtiler, Türkler ise sırada" deniliyor. Bu tür görüşler ve yabancı düşmanlığı küçümsenir ve bunun sadece küçük faşist azınlığın bir görüşü olduğu ileri sürülürse — ki bugün genellikle faşist güçler buna karşı sessiz kalmak krizin buna karış sessiz kalmak krizin derinleşmesi ile daha geniş etki yaratacağı demektir — bu bir yandan faşistlerin nüfuz yaratmalarına destek olur, diğer yandan ise sermayenin ve onun Bonn'daki yeni hükümetinin yerli ve yabancılardan oluşan Batı Alman işçi sınıfını bölmesini kolaylaştırır. Yeni bir 1933'e (Hitler faşist diktatörlüğünün kurulduğu dönem) doğru izlenen rota giderek gün ışığına çıkıyor. Ancak henüz durum bu aşamaya varmış değildir. Biz sadece eğilim olarak bu yönde olduğunu söylüyoruz. Ama bugün alınan önlemlere karşı sessiz kalınırsa devletin faşistleştirilmesi daha da hızlandırılmış olur.

Kimler geri gönderilmek isteniyor?

Kohl ve hükümeti yaptığı açıklamaları ile halkı tahrik etmesinin yanı sıra neyi amaçlıyor? Birincisi Kohl'un ve hükümetinin *"yabancılar dışarı"* görüşü ile Neonazilerin *"tüm yabancılar dışarı"* görüşü arasında öz



Bir "misafir işçi" kampı. Bu tür kamplar gelecekte ilticacılar için yapılmak isteniyor.

itibarıyla bir fark olmamasına rağmen, yeni hükümet tüm yabancıların gitmesinden yana değil. Çünkü bu görüşün şimdi gerçekleştirilmesi büyük sermayenin çıkarlarına uygun düşmüyor.

Zira bugün biz yabancıların çalıştığı düşük ücretli, ağır işler ve ağır çalışma koşulları için oldukça çok zor Alman işçisi bulunabilmektedir. Bu sorunun bir yanıdır. Sorunun diğer yanı ise, biz yabancılar bu ülkenin ekonomisine gerek tüketiciler olarak gerekse de ödediğimiz ve bir çoğumuzun genellikle büyük bir kısmını alamadığı sosyal kesintiler, işsizlik kesintileri, vergilerle bu ülkenin kalkınmasına katkıda bulunuyoruz. Bizim gitmemizle tüketicilerin sayıları azalacağı gibi, devlet bütçesinde de bir açıklık olacaktır. Nitekim bu gerçek olguyu CDU Genel Sekreteri Heiner Geisler bile kabullenmek zorunda kaldı. Gerçi unutmamak lazım ki işsizlik yasasının sertleştirilerek işsizlerin her türlü işi kabul etmesi bir yandan yabancıları ülkelerine geriye dönmeye zorlamayı amaçlarken, diğer yandan ve esas olarak ise bizim gitmemiz ile boşalan işyerlerine Alman işçilerinin yerleştirilmesi hedefi güdülüyor. Ancak bunu bugün hükümet henüz bir bütün olarak gerçekleştirmiş değil.

Yeni hükümetin ve onun Çalışma Bakanı'nın bugün gönderilmesini istedikleri kesim biz yabancı işçilerin* özellikle de işsiz kesimimiz ve ailelerimizdir.

Çalışan insanların ücretlerine baskı yapmak, iş ve çalışma haklarını kısıtlamak için yedek sanayi ordusu olarak Alman işsizlerinin rolü yeterlidir. Bu gücün daha fazla olması sosyal olayların çıkması ihtimalini daha da artırır. İşte bunun içindir ki bugün fazlalığı oluşturan yabancı işsizler gerekirse zoraki metodlarla gönderilmek isteniyor. Tabi ki yabancı işsizlerin gönderilmeleri ile özellikle de tasarruf yapma amacı güdülüyor. Yabancı iş gücüne ihtiyaç duyulduğunda, onları her an eldebileceğini sermaye ve onun Bonn'daki sözcüleri çok iyi biliyorlar. Şüphesiz ki bunalımın giderek daha da derinleşeceği önümüzdeki dönemde yabancı iş gücüne büyük çapta ihtiyaç duyulmayacağı tartışma götürmez bir gerçektir. Çünkü her şeyden önce yerli yedek işsizler ordusunun sayısı kabarık.

Yabancı düşmanlığına karşı ortak mücadele!

Şimdiye kadar ortaya koyduğumuz olgular CDU/CSU-FDP koalisyon hükümetinin biz yabancılara karşı almak istediği önlemlerin hepsinin son tahlilde ve esas amaç olarak Batı Alman işçi sınıfının ve emekçi halkının direniş gücünü zayıflatmayı amaçladığını gösteriyor. Bu da pratikte Alman işçilerinin, bir bütün olarak işçi sınıfının maddi çıkarlarının yok edilmesinin hedeflendiği demektir. **Bunun için de bugün hükümetin yabancı düşmanı karar ve önlemlerine karşı durmak Alman sınıf kardeşlerimizin de bir görevidir. Ancak bu hiç bir şekilde bizim görevimizin sadece onların mücadelesini desteklemek olduğu anlamına gelmemeli, aksine bu mücadeleyi yerli ve yabancılardan oluşan Batı Alman işçi sınıfı ortaklaşa sürdürmelidir. Ve biz yabancı, özellikle de Türkiyeliler bu mücadelenin destekçileri değil, bilakis içinde yer alanları, birlikte sürdürenleri olmalıyız.**

Mücadele ikili bir karakter taşımalıdır!

Federal Hükümet'in biz yabancı, özellikle de Türkiyeli işçilere yönelik aldığı önlemler karşısında Türkiye'deki faşist cuntadan bir medet ummak, büyük bir yanılgı olur. Hele hele faşist cuntanın, onun yurtdışındaki uzantılarının ve borazanı basının "Türkler kendi aralarında birleşmeli" ya da "Türk'ün, Türkten başka dostu yoktur" kampanyasının tek bir amacı var: bizi Alman sınıf kardeşlerimize düşman ederek, Batı Alman emperyalizmine hizmetini sunmak ve bizler arasında şovenist düşünceleri körükleyerek işçi sınıfının birliğini bölmek.

Örneğin faşist cuntanın borazanı Hürriyet, Tercüman ve Milliyet gibi faşist ve gerici gazeteler "şurada Almanlar Türklere saldırdı ... burada Almanlar Türklere saldırdı" şeklinde yazılar yazarak, büyük puntolarla manşetler atarak bizi Alman sınıf kardeşlerimizden koparmaya, kendi aramızda milliyetçi bir temelde birleştirmeye çalışmaktalar, dolayısıyla bu işçi sınıfının birliğinin milliyetlere göre bölünmesinden başka hiç bir anlam taşımamaktadır. Bizim için, Alman işçileri için kendi ülkemizin egemen sınıflarından ziyade biz birbirimizin dostuyuz ve olmalıyız da, çünkü bizim çıkarlarımız Alman sınıf kardeşlerimizinkisiyle, onlarınkisi ise bizimkisiyle ortaktır. Ama bizim Türkiye'deki egemen sınıflarla, faşist cuntayla hiç bir ortak yanımız yoktur ve olamaz da. Örneğin bugün Milliyet gazetesinin köşe yazarlarından biri olan "Murat Çulcu" bir yazısında şöyle diyor: *"Önce birlik olalım. Birbirimizi kırmayalım ... sonra el ele verelim..."*

Birincisi şunu açıkca söylemek gerekir ki, nasıl ki Alman sınıf kardeşlerimizin, kendilerini bize karşı kışkırtan Alman faşistleri ile hiç bir ortak yanı yoksa ve bunun için de onlarla birlik oluşturulması düşünülmezse, biz de aynı şekilde bizi Alman sınıf kardeşlerimize karşı kışkırtan, bizde gerici ön yargıları körükleyerek Alman sınıf kardeşlerimizi düşman gösteren Türkiyeli gerici ve faşistlerle "el ele vererek" yabancı düşmanlığına karşı bir mücadele sürdüremeyiz. **Yabancı düşmanlığına karşı mücadelenin başarı kazanmasının yolu yerli ve yabancı işçilerin Alman ve yabancı faşistlere karşı, sınıfın birliğini bölmek isteyen Alman ve geldiğimiz ülkelerin egemen sınıflarının kışkırtmalarına karşı ortak mücadeleden geçer.** Bizi Alman sınıf kardeşlerimize düşman eden gerici, şoven ve faşist düşüncenin yanlıları ile — milliyeti ne olursa olsun — ne gibi bir birliğimiz olabilir? Hiç bir birliğimiz söz konusu olamaz! Nitekim bu gerçeği faşist cuntanın Kohl Hükümeti'nin biz Türkiyeli işçilere yönelik açıklamalarına karşı takındığı göstermelik protestosu da doğruluyor. Onlar "Türkler gönderilirse, bizim dövizimiz" ne olacak şeklinde feryad koparmaya başladılar. Faşist cuntayı ilgilendiren biz değil, dövizimiz. Gerçekten onu biz ilgilendirseydik, bugüne değin sosyal ödentilerimizin; yani emeklilik kesintilerimizin geri döndüğümüzde tümüyle transferi için anlaşmalar yapardı.

O halde yabancı düşmanlığına, hükümetin yabancı düşmanı kararlarına karşı biz mücadelemizi Alman sınıf kardeşlerimizle birlikte sürdürmeliyiz. Ancak yukarıda da belirttiğimiz gibi bu mücadeledede bizim görevimiz soyut bir şekilde Alman sınıf kardeşlerimizin mücadelesini **desteklemek vb. değil, tam tersine bilakis bu mücadelenin içinde aktif bir şekilde yer almalıyız.** *Çünkü bugün sosyal hakların kısıtlanmasına, ücretlerin dondurulmak istenmesine ya da yabancı düşmanlığına karşı mücadele sadece Almanların bir mücadelesi veya sadece Türkiyelilerin, ya da diğer ülkelerden gelen yabancı işçilerin bir mücadelesi değil, bu mücadele doğrudan bizim, yani yabancı ve Alman işçilerinin ortak mücadelesidir.* Çünkü alınan kararlar bizim de bir parçasını oluşturduğumuz Batı Alman işçi sınıfını hedeflemekte ve onun mevzilerinin elinden alınmasını amaçlamaktadır. Bu anlamda bizim görevimiz Almanya'da yaşadığımızı sürece Alman işçileri ve emekçileri ile "enternasyonal dayanışmaya girme" ya da "halkların dayanışmasını" sağlama gibi bir görev değildir. Şüphesiz bu talepler haklı birer taleptirler. Ama bunlar Alman halkıyla ve işçi sınıfı ile başka ülkelerin işçi sınıfı ve emekçi halkı arasında gerçekleştirilmesi gereken bir görevdir. Fakat bunların burada yaşayan çeşitli milliyetlere mensup, aynı fabrikalarda çalışan, aynı patronun saldırısına uğrayan, dolayısıyla da buradaki işçi sınıfının eti kemiği haline gelmiş yabancı işçilerle yerli işçiler arasında kullanılması yanlıştır. Çünkü yabancı işçiler de yaşlılar ve genç işçiler, erkekler ve kadınlar gibi aynı sınıfın parçalarıdırlar ve aynı patronun sömürüsünü üzerlerinde hissetmekteler. Bunun için diyoruz ki, *yerli ve yabancı işçiler tek sınıf tek mücadele cephesine!* Bu tespiti işyerlerinde gerçekleşen mücadele defalarca doğruladı. Bunun en açık ve belirgin örneğini, Rockwell-Golde işçileri gösterdiler. Burada yabancı, özellikle de Türkiyeli işçiler Alman sınıf kardeşlerinin mücadelesini destekleme görevi ile değil, bilakis kendilerinin de doğrudan etkilendiği haklarını korumak için Alman sınıf kardeşleriyle birlikte mücadeleye atıldılar. Üstelik bu mücadelede küçümsenemez bir rol oynadılar. Zaten başka türlüsü de olamaz. Yabancı işçilerin bu eylemlere seyirci kalması, ya da sadece bir destek göstermeleri sınıfın mücadelesini zayıflatır. Nasıl ki, mücadelede kaydedilecek her başarı yerli ve yabancı işçilerin bir başarısıysa, aynı şekilde Batı Alman burjuvazisi karşısında her yenilgi de yerli ve yabancılardan oluşan Batı Alman işçi sınıfının bir yenilgisidir.

Yazımızın üçüncü bölümünü gelecek sayıda yayınlayacağız!

Kiel HDW tersanesinde protesto grevi

6 bin işçi HDW patronunun çıkış planını protesto etti

15 Ekim Perşembe günü Kiel HDW tersanesinde işçiler işi bıraktılar ve şehir merkezinden geçerek Schleswig-Holstein Eyalet Hükümeti binasının önüne kadar yürüdüler. 1969'un Eylül ayında yapılan grevden bu yana Kiel'de ilk olarak bu tür büyük bir eylem gerçekleştirilebild. İG Metall sendika temsilciler kurulunun yaptığı bu grev çağrısına Kiel'deki üç HDW işletmesinden 5 bini aşkın kadın ve erkek işçi uydu. Büro emekçilerinden bir çoğunun katılmadığı bu görkemli protesto yürüyüşüne katılanların sayısı yürüyüş kolu şehir merkezine ulaştığında 6000'i aşıyordu.

Uluslararası alanda gemi tersaneleri arasında acımasızca bir rekabet çatışması sürüyor. Bu çatışmada Alman gemi tersaneleri şimdiye değin başı çekiyorlardı. Onların başı çekme adımlarında uyguladıkları reçete şuydu: İşletmeleri kapatma, diğer gemi tersaneleri ile birleşme, rasyonalleştirme ve toptan çıkışlar. Böylece 1945 yılında var olan 9 büyük gemi tersanesinden geriye 5 tanesi kaldı ve bu süre zarfında 65 bin işyeri yok edildi. Ancak bu kadarı yeterli görülmüyor!

HDW bugün Hamburg ve Kiel işletmesi ile birlikte 12 bin işçinin çalıştığı Federal Almanya'nın en büyük tersanesidir. Bu tersane yüzde 74,9 hisse payı ile devlet çelik tekeli olan Sazlgitter'e ait. Geride kalan yüzde 25,1'lik hisse payı ise Scleswig-Holstein Eyaleti'nindir.

Sazlgitter çelik tekeli diğer çelik tekellerine karşı üstünlüğünü sağlamak istediğinden dolayı kâr getirmeyen şubelerini kapatmak ve yatırımı sadece kâr getiren iş dallarına yapmak istiyor.

Senelerden beri zarar kaydeden HDW tersanesi ilk olarak geçen iş yılında zararları kapatamayınca Sazlgitter çelik tekeli patronları derhal önlem alınmasını talep ettiler. HDW patronu Henke tersanenin rasyonalleştirilmesi temposu ve metodu üzerine Salzgitter çelik patronu Pieper'le anlaşamayınca buradan ayrılmak zorunda kaldı. Onun yerine Bremen Hapag-Lloyd tersanesinde ve Hapag-Lloyd uçak şirketinde gerçekleştirdiği geniş çaplı rasyonalleştirme programları ile tanınmış Klaus Ahlers HDW Yönetim Kurulu Başkanlığı'na getirildi.

HDW'nin kâr getirmesini ve uluslararası alanda tekrar ilk sırayı almasını sağlamak amacıyla yeni HDW patronu 7500 işçinin çalıştığı Kiel'deki tersaneden 2 ile 3 bin arasında işçinin gelecek yıllarda çıkışının verileceği açıklandı.

2 ile 3 bin arasında işçi arkadaşın çıkışının verilmek istenmesi HDW'deki rasyonalleştirme önlemleri halkasının doruk noktasını oluşturuyor. Daha önce 1978 yılında Henke planı çerçevesinde Dietrichsdorf tersanesi kapatılarak 500 işçisinin çıkışı verildi. Sonra ise ücretler düşürüldü, akort saatleri indirildi vs.

HDW patronu rasyonalleştirme firması SCS'yi rasyonalleştirme programı hazırlamakla görevlendirdi. Hazırlanan programın sonucunda 1983 yılının ortalarına kadar 808 arkadaşın çıkışının verilmesi kararlaştırıldı. Aynı zamanda tersane patronları işçilerin kazandıkları sosyal hakları kısıtlamaya başladılar.

Ve 1 Ekim'den beri bazı tersane bölümlerinde kısa çalışma yapılmakta, 1 Kasım'da ise diğer bölümlerde de kısa çalışmaya gidilecek.

KPD Kiel HDW işyeri hücresi çıkardığı işyeri gazetesi "Bollwerk"te bu gelişmeye önceden işaret etti, işçileri rasyonalleştirmeye ve toptan çıkışlara karşı mücadeleye atılmaya çağırdı. Aynı şekilde tersanedeki 5 RGO işçi temsilcisi ve RGO işyeri grubu da işçi arkadaşları patronun planlarına karşı seferber etmeye çalıştılar. Ancak bazı bölümlerde ücretlerin düşürülmesine karşı yapılan grevlerin dışında pek büyük elemlere gidilmedi.

Bunun için işyerindeki İGM yönetimi sorumludur. İGM işçi temsilciliği patronun rasyonalleştirme programını onayladı, kısa çalışmayı destekledi. Kısacası sosyal ortaklık politikası ile işçi arkadaşları çıkmaza götürdü. Sendika temsilciler kurulundaki mücadeleci sesler sürekli İGM'nın işçi temsilciliğindeki çetesi tarafından baskı altına alınmaya çalışıldı.

Ancak daha sonra işçilerde bir hareketlilik başladı. 21 Eylül'de bir işyeri toplantısı yapılmak isteniyordu. Fakat toplantıya sürekli katılanların iki katı, yani 4000 işçi arkadaş geldi ve yeterli yer olamayınca toplantı bir gün sonrasına ertelendi. Tam mücadele seslerinin yükselmeye başladığı bir ortamda özellikle de RGO'lu işçi temsilcileri patronun planlarını teşhir ettiler. İşçiler mücadele eylemlerine gidilmesi taleplerini ileri sürdüler. Bunun üzerine İGM sözcüleri uyarı grevi ve protesto yürüyüşleri kararı almak zorunda kaldı. Daha sonra işçiler tarafından eyleme gidilmesi talepleri sık sık yinelendi.

Bunun üzerine İGM Sendika Temsilciler Kurulu olağanüstü bir toplantı düzenleyerek hemen hemen salt çoğunlukla greve ve yürüyüşe çağrı yapma kararı aldı.

Eylem günü olarak Kiel'de yeni eyalet başkanının göreve başlayacağı 15 Ekim tarihi belirlendi. Bu eylemle HDW'de hissesi olan Eyalet Hükümeti işyerlerinin korunacağına dair verdiği söze bağlı kalmaya çağrılacaktı. .

Böylece 15 Ekim Perşembe günü "Barschel, biz geliyoruz" sloganını atarak hareket eden yürüyüş kolu şehir merkezinden geçerek Eyalet Meclisi binasının önüne kadar yürüdü. "HDW çıkış vermek isterse, tüm çarklar durur", "Kısa çalışma mı? Hayır, istemiyoruz!", "Zenginler bunalımın faturasını ödemeli" sloganları tersane işçilerinin tüm yürüyüş boyunca haykırdıkları sloganların bazılarıydı. Eyalet Meclisi binasının önüne gelindiğinde sendika temsilciler kurulu yönetiminden oluşan bir delegasyon Eyalet Başkanı Barschel'i ya da Ekonomi Bakanı Westphal'ı çağırmaları için gönderildiler.

"Barschel dışarı çık" sloganları sık sık atıldı. Sonra bir İGM sendika ağası konuşma yaptı ve sosyal ortaklık siyasetinin yoğun bir şekilde izlerini taşıyan personelin aldığı kararı okudu.

Geriye gelen delegasyon Ekonomi Bakanı Westphal'ın yakın zamanda bir konuşmanın yapılacağı sözünü kendilerine verdiğini açıkladı. Bunun üzerine arkadaşların kini oldukça kabardı, hatta bir kaç yüz işçi arkadaş meclis binasına saldırmaya bile hazırlandılar. Ama İGM sendika ağaları hemen harekete geçerek işçileri işyerine geri göndermeye çağrı yaptılar. İşyerine geriye dönüşte yolda gelecekte ne yapılması gerektiği tartışıldı ve sık sık "bu henüz bir başlangıçtır!" sözleri duyuluyordu.

(„6000 Werftarbeiter marschieren zum Landesregierung")

Başarılı bir Alman — Yabancı Dostluk Şenliği

Dortmund şehir merkezinde ve Kuzey semtinde oturan halk arasında yabancıların sayıları oldukça kabarık: Burada oturan insanların üçte biri yurt dışından geliyor. Bunlar arasında çoğunluğu ise Türkiye'den gelen insanlar oluşturuyor. Tabi ki bir çok Yunanlı, İtalyan, İspanyol ve diğer ülkelerden insanlar da burada oturmaktalar. Ve tam da burada, Dortmund'un Kuzey semtinde NPD'liler ve diğer Neonaziler tarafından yazılan utanç verici yabancı düşmanı yazılara sık sık rastlanmaktadır.

Güney'de bir semt olan Hörde'de bu yılın mayıs ayında başarıl bir Alman-Türkiyeli Dostluk Şenliği'nin yapılmasından sonra, bu örneğin Kuzey semtinde de izlenmesi gerektiği böylece açıkca ortadaydı. Nihayet bu 2 ve 3 Ekim'deki hafta sonunda gerçekleşti: Dortmund'un Kuzey semtinde ilk büyük Alman-Yabancı Dostluk Şenliği yapıldı.

Ve bu tam büyük bir başarıydı. Gerçi devlete ait olan Gençlik Evi, Jugendfreizeitstätte Burgholzstrasse (ve ona ait olan spor alanı) bir az yan düşmesine (çünkü doğrudan mesken bölgesinde değildi) rağmen, bir çok kişi şenliğe katıldı. Katılanlar sürekli orada kalmadığı için (Şenlik cumartesi günü öğleden sonra başlayarak gece geç saatlere kadar sürdü, aynı şekilde pazar günü de) ne kadar kitlenin katıldığını tam olarak tahmin etmek oldukça zor. Ancak 500 ile bin arasında bir kitlenin katıldığını söyleyebiliriz.

Ayrıca içimizden bazıları bu şenlikte biraz hayal kırıklığına uğradılar, çünkü halktan oldukça fazla bir katılımın olacağını beklemiştiler. Eh, olmadıysa? Bu tür sorunda kitlelerin akın akın geleceğini sanmak, gerçek bir değerlendirme değildir.

Her şeye rağmen, şenlik özellikle "sol kesimin"in damgasını taşıyan bir şenlik değil, çoğunlukla "tamamen sıradan insanların" katıldığı bir şenlikti. Tüm ön hazırlık çalışmalarında bu noktayı göz önünde bulundurduk. Örneğin bu şenliğin siyasi örgütlerin bir propaganda alanına dönüştürülmesini önledik.

Şenlikte oldukça çok zengin bir kültür programı sergilendi. Bu programın kapsamı çocuk şarkıları bestecisi Klaus Hoffmann'dan tut, çocuk foklör grubu "İspanyol İnciler"e, rock ve blues gruplarına kadar uzanmaktaydı. Pazar günü öğleden önce çocuklardan ve büyüklerden oluşan ve yaklaşık olarak 30 kişinin yer aldığı Dortmund'lu fanfar takımı gösteri yaptı. Şenlikte "Yabancılar Almanların işyerlerini ellerinden alıyorlar mı?", yabancı çocukların okullardaki entegrasyon sorunu, yabancı yurttaşların gerici yabancılar kanunu ile hukuki ve siyasi olarak ayırımcılığa tabi tutulması sorunları üzerine tartışma turları düzenlendi. Ayrıca şiirler okundu. Diğerler kişilerin yanı sıra Bochumlu şair Josef Krug kısmen iki dilde (Almanca ve Türkçe) bestelerini okudu. Şüphesiz ki şenlikte özellikle çocukların bir çok spor gösterileri, çeşitli oyunlar ve eğlence vardı. Tabi ki mide için nefis yiyecekler de vardı: Kürt döneri şiş kebab, Yunanistan ve Portekiz şarapları ve Dortmund'dan fıçı ile bira.

Çocukların yoğun olarak şenliğe katılması çok dikkati çekiyordu. Zaten cumartesi günü programın ağırlık noktası çocuklar (daha doğrusu, çocuklar ve ebeveynleri için) için oyun, eğlence, müzik ve dans oluşturuyordu. Hiç kuşkusuz büyük bir avantajı tüm süre boyunca çocukların oynamaları ve ortalığı velveleye vermeleri için çok yönlü imkânların olması oluşturuyordu (örneğin plastik bir kale, çocuklar için resim yapma çadırı vs.). Birlikte eğlenme, dil ve milli çitlerin yıkılması hedefine en iyi bir şekilde tam da çocuklarda ulaşıldı.

Ama bu büyüklerde de gerçekleştirildi. Özellikle de pazar günü akşam şenlik doruk noktasına vardığında, Almanlar ve yabancılar neşeleri alabildiğince yüksek olduğu bir ortamda kendiliğinden meydana gelen halk dansına katılarak eğlendiler.

Bir noktayı daha vurgulamalıyız: Eğlence Dortmund belediyesi tarafından siyasi ve maddi olarak desteklendi. Şenliğin açılışına belediye meclisinden bir temsilci katılarak söyediği sözlerle bu desteği dile getirdi. Ayrıca belediyenin belirli bir yardımda bulunmasının sonucunda güzel bir sirk çadırının kurulması sağlanabildi. (Bu çadıra müzik ve tiyatro gruplarının gösterileri için cihazlar yerleştirildi ve podyum olarak kullanıldı) Bunun yanı sıra şenlik belediyeye ait Gençlik Evi alanında ve salonunda yapıldı.

Belediyenin bu desteği, aynı zamanda şenliğimizin yerel basında oldukça geniş bir yankı yapması, Almanlar ve yabancılar arasında daha iyi bir ilişkinin kurulması çabalarında, yabancı düşmanlığına karşı mücadelede ve aynı zamanda bu yönde yeni insiyatiflerin kurulmasında ve eylemlerin yapılmasının teşvik edilmesinde tamamen önemsiz siyasi bir faktörü oluşturmuyor.

Dortmund'un Kuzey semtinde yapılan Alman-Yabancı Dostluk Şenliği'nin elle tutulur bir sonucu da, yaz aylarından beri bu şenliğin hazırlığını yapan ve bunu gerçekleştirmek için düzenli olarak bir araya gelen gruptan yabancı düşmanlığına karşı bir insiyatifin kurulmasıdır (Bu insiyatif de Dortmund-Hörde'de yapılan Alman-Türkiyeli Dostluk Şenliği'nin ardından kurulan "DAFİ"-"Alman-Yabancı Dostluk İnsiyatifi"nin aynı adını taşımaktadır).

Son olarak, Burgholzstrasse'deki Alman-Yabancı Dostluk Şenliği'nin yapılmasında ve hazırlanmasında bizim, yani *Volksfront* Dortmund Kuzey Grubu'nun önemli bir katkısı olduğunu eklemek istiyorum.

Dortmundlu bir anti-faşist

(„Erfolgreiches Deutsch-Ausländisches Freundschaftsfest")

Sosyal hakların kısıtlanmasına ve işyerlerinin yok edilmesine karşı DGB'nin düzenlediği eylemlere katılalım!

23 Ekim'de Dortmund'da. *DGB Kuzey Ren Vestfalye Eyalet Birliği'nin düzenlediği bu yürüyüş saat 9.30'a doğru Westfalenhalle'de başlayacak. Daha sonra şehir merkezinden geçerek Alte Markt'ta saat 11'de başlayacak mitingle sona erecek.*

23 Ekim'de Frankfurt'ta. *Burada yapılacak mitingi DGB Hessen ve Rheinland-Pfalz Eyalet Birlikleri düzenliyor.*

23 Ekim'de Nürnberg'te. *DGB Bavyera Eyalet Birliği'nin çağrı yaptığı yürüyüş Nürnberg Hauptmarkt'ta yapılacak bir mitingle son bulacak.*

30 Ekim'de Stuttgart'ta. *DGB Baden Württemberg Eyalet Birliği'nin düzenlediği bu yürüyüş üç koldan hareket edecek. Saat 11'de Liederhalle'de, Schillerplatz'ta ve Güterbahnhof'ta harekete geçecek yürüyüş kolları saat 12.30'da mitingin yapılacağı Schlossplatz'a doğru ilerleyecekler.*

30 Ekim'de Hannover'de. *Burada DGB Aşağı Saksonya Eyalet Birliği bir protesto toplantısı yapacak.*

29 Ekim'de Kiel'de. *DGB burada bir yürüyüş ve miting düzenliyor.*

4 Kasım'da Bremen'de. *Burada yapılacak yürüyüşü DGB Bremen Kaza Birliği düzenliyor.*

6 Kasım'da Hamburg'ta. *Bu eylemi DGB Nordmark Eyalet Birliği düzenliyor.*

6 Kasım'da Saarbrücken'de. *Bu eylemi DGB Saar Eyalet Birliği düzenliyor.*

Ayrıca "Kızıl Şafak"ın 38. sayısında da belirttiğimiz gibi 23 Ekim'de düzenlenen DGB yürüyüş ve mitinglerine Sosyal Güvenlik İnsiyatifi de (ISS) ayrı bir blok oluşturarak "Sosyal hakların kısıtlanmasına, işyerlerinin yok edilmesine ve yabancı düşmanlığına birlikte karşı duralım!" şiarı altında katılıyor.

KPD'nin Bonn'daki hükümet değişikliği üzerine toplantılarına katılalım!

Stuttgart
30 Ekim 1982, Cumartesi günü saat 15.00'de
Eduard-Pfeiffer-Haus'da, Heusteigstr. 45
Konuşmacı: KPD Başkanı Ernst Aust

Dortmund
28 Ekim 1982, Perşembe günü saat 20.00'de
Haus Göbbeln'de, Schützenstr. 46
Konuşmacı: Horst-Dieter Koch

KPD Merkez Yayın Organı'na abone ol!

„KIZIL ŞAFAK"ı ......sayısından itibaren ısmarlamak istiyorum



O yıllık 60 DM O 6 aylık 30DM O Deneme sayısı

Adı ve Soyadı: ....

Cadde: ....

Şehir: ....

Tarih: .... İmza: ....

Başvurudan sonra elinize bir formül geçecek. Ödemeyi bu formülle yapınız. Abone ücreti ödenmeden önce gazete gönderilemez. Deneme sayısı ücretsizdir.

Bu formülü doldurduktan sonra kesip şu adrese postalayınız: **Verlag "Roter Morgen", Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26 4600 Dortmund 30.**

İşçilere karşı savaş ilanı:

Ücretlerin dondurulması isteniyor!

Bonn'daki hükümet değişikliğinin gerçekleştirilmesinin hemen ardından büyük sermayenin istediği ideal hükümeti CDU/CSU-FDP koalisyonu işçi düşmanı yüzünü göstermeye koyuldu. CDA Kurulları (Hiristiyan Demokrat İşçiler, bölücü bir sendika) eski başkanı ve yeni Çalışma Bakanı Norbert Blüm işçi ücretlerinin altı ay dondurulmasını talep etti. Yeni Başbakan Kohl da çok açık bir şekilde bu talepten yana olduğunu söyledi. CDU/CSU-FDP koalisyon hükümetinin bu talebi işçi ve emekçilere karşı başlatılan bir savaş ilanıdır! Bu durumdan yeni hükümetin ücretleri dondurma istemine sendikalarımızın kararlı bir şekilde karşı durmasının ve bu yöndeki planlarını bozguna uğratmasının önemi ve acilliyeti çok daha artıyor!

Hiç kuşkusuz yeni Çalışma Bakanı'nın ücretlerin dondurulması talebi işveren kampında büyük alkışlara yol açtı. Bunda şaşılacak bir şey yoktur. Nitekim ücretlerin dondurulmasını talep edenler banka ve fabrika kodamanlarıdır. Alman İşveren Birlikleri Birliği (BDA) Başkanı Otto Esser alelacele Çalışma Bakanı'nın bu "doğru önerisini" toplu sözleşme gündemine alacaklarını belirtti. Ve Genç İşverenler Merkezi Birliği (BJU) Başkanı ise 7 Ekim tarihli kapitalist gazetesi "Handelsblatt"a verdiği bir demeçte şöyle demekte: *"Şüphesiz ki Blümcü ücret dondurma metodu doğru yöne atılan bir adımdır, ama yarım yıl bir kaç yılın kayıplarını telafi edemez. Bunun için de yarım yıldan daha fazla uzatılmalı. Ancak çalışma politikasını bu şekilde ön plana çıkarma girişimi sevindirici ve cesaret vericidir."*

İşverenlerin bu açıklaması onların önümüzdeki yıllarda ne yapmak istediklerinin en sade ifadesidir. Onlar sadece ücretlerin dondurulmasını değil, aynı zamanda ve esas olarak uzun vadede işçi ve emekçilerin ücret seviyesini düşürmeyi amaçlıyorlar.

Ücretlerden vaz geçme işyerlerini garantiler mi?

Patronlar şimdiye değin olduğu gibi şimdi de ücretlerin düşürülmesi ile ancak işyerlerinin garanti edilebileceği sahtekârlığına, iki yüzlülüğüne baş vurmaktalar. Şimdi Bonn'daki yeni Çalışma Bakanı, sözüm ona sendikacı olan Blüm de işverenlein bu küstahlığını tasdikliyor.

Açık olan şudur ki işverenlerin ücretlerin düşürülmesini talep etmeleri, onların işyerlerimizin korunmasını düşündüklerinden değil, tam tersine kâr hırslarından kaynaklanmaktadır. Bu anlamda işverenlerin çıkarlarının temsilcileri olan Kohl, Blüm ve şürekasının görevi de onların isteklerini hayata geçirmektir.

Gerek yeni Çalışma Bakanı gerekse de işverenler ücret artışlarından vaz geçme işyerlerini garantiler sahte nakaratını tekrarlıyorlar. Ancak yaşanan gerçekler bunun aksini göstermektedir. Son iki yıl içinde gerçek ücretlerimiz iki kez çok etkili bir biçimde düşürüldü. Peki bunun karşılığında işyerlerimiz korundu mu? Asla! İşyerlerimizin korunması ya da işsizliğin frenlenmesi şöyle dursun, işverenler çok daha acımasız bir şekilde işyerlerini rasyonalleştirdi ve binlercimizi sokağa attılar. İşsizlik azalacağına her ay artış kaydetti, işsizler ordusunun, sayısı giderek kabardı, kabarıyor. Hele hele gerçek ücretlerimizin çok daha tesirli bir şekilde düşürüldüğü bu yıl ise eşi görülmemiş bir şekilde işyeri iflasları, toptan çıkışlar ve işyerlerinin yok edilmesi daha da arttı.

Ücretlerimizden vaz geçmekle işsizliğin üstesinden gelinebileceği demagojisinin sonucu bundan başka bir şey olabilir miydi? Tabi ki değil. Çünkü daha az ücret, yani işçi ve emekçilerin eline daha az paranın geçmesi demek, çalışan insanların alım gücünün düşmesi demektir. Bu da tüm malların satımında ortaya zorlukların çıkması anlamına gelir. Malların satılamaması, çalışma durumunun düzelmesi yerine kötüleşmesine yol açar. Demek ki ücretlerden vaz geçme son tahlilde ekonomik krizin daha da derinleşmesi ve kitlesel işsizliğin çığ gibi büyümesi sonucunu beraberinde getirir.

Bay Blüm'ün ve patronların bize anlatmaya çalıştıkları masallardan biri de, ücretlerin dondurulmasıyla birlikte işverenler "fiyatları sabit" tutacaklar iddiasıdır. Bunun sonucunda da alım gücümüz düşmek yerine artacak deniliyor.

Biz kemerleri daha da sıkmaya zorlanırken, büyük sermaye, özellikle de banka kodamanları rekor kârları vurmaktalar. Ve şayet bu kârların bır kısmı yeni yatırımlar için kullanılacak olursa, o zaman bunlar yeni işyerleri yaratmak için değil, rasyonalleştirmeye gitmek, dolayısıyla da işyerrini yoğun bir şekilde yok etmek için kullanılmaktadır.

Ayrıca fiyatların ne denli "samit tutulduğunu" petrol tekellerinin ard arda benzin fiyatlarını yükseltmeleri gün ışığına çıkarıyor. İşverenlerin her zaman bir tek amaçları var: kâr, daha fazla kâr! İşte bunun için de fiyatları sabit tutacakları bir manevradan başka bir şey değildir. Çünkü o zaman kâr edemeyececkleridir.

Küstahlığın doruk noktasını Bay Blüm'ün ücretlerin dondurulmasının "sosyal eşitlilik ilkesinin bir gereğidir" demesi oluşturuyor. O, nasıl ki yoksul bir dul ayda sadece 800 Mark'lık



Kapitalistlerin ve onların yeni hükümetinin ücretleri dondurma planları gerektiğinde greve gidilerek bozguna uğratılmalıdır!

dul aylığı ile yaşamak zorundaysa, o zaman onlara göre durumları iyi olan işçi ve memurlar da kemerleri biraz daha sıkmaya hazır olmalıdırlar diyor.

Bu kadarına pes demek lazım. Bir yandan yoksul emeklilerin cebine el uzatılarak üç beş kuruşları da alınırken, diğer yandan ise bu işçilerin zenginlerin lehine ücret artışlarından vaz geçmeleri için manevi bir neden olarak kullanılmak isteniyor. Yoksullardan alıp zenginlere vermekten başka bir şey olmayan bu politikaya utanmadan bir de sosyal eşitlilik politikası adı veriliyor!

İşverenlerin ve onların Bonn'daki yeni temsilcilerinin metodu çok açık: Kendilerini daha az savunabileceklere, yani emeklilere ve işsizlere vs. karşı talan savaşını başlatarak, sonra ücretliler arasında diğerlerine karşı kolayca kullanılabilecek grubu, devlet memurlarını, kamu görevlilerini seçerek, en son olarak ise saldırıyı işçi sınıfının diğer kesimlerine karşı sürdürmek!

Ne yapmalı?

Peki bu saldırılara karşı biz ve sendikalarımız ne yapmalıyız? seyirci mi kalmalıyız? Elbette değil. Tüm bu saldırılar en çıplaklığıyla bizim ve sendikalarımızın hükümetin saldırılarını kararlı bir biçimde geri püskürtmemiz gerektiğini gösteriyor. Ancak bunun için şiarımız hiç bir şekilde "yüklerin eşit paylaşımı" değil, tam tersine "bunalımın faturasını zenginler ödemeli" olmalıdır! Sosyal haklarda yapılan her kısıtlama, emekçi halkın belirli bir kesimin fedâkârlık yapmasını talep eden her girişim, ücretlerin her hangi bir şekilde düşürülmek istenmesi sendikalarımız tarafından tavizsiz bir şekilde ve tüm güçle reddedilmelidir! Bu yönde güçlü ve yaygın sendikal eylemler örgütlenmelidir!

Alman Sendikalar Birliği, DGB Blüm'ün bu ilk adımını yerinde olarak sendikalara karşı savaş ilanı olduğunu belirtti. O halde Blüm'ün bu girişiminden bir gün sonra DGB Başkanı Breit'in, Kohl, Blüm ve şürekası ile bir masaya oturarak görüşme sürdürmesi ve "bunun olgulara dayanarak iyi niyet ortamında yapıldığı" demesinin bu tanımlama ile ne bağı var?

Yeni hükümetin sadece bir yönde "iyi niyeti" var: Bu da en küçük sosyal hakkın dahi yok edilmesi ve işverenlerin çıkarlarının her ne pahasına olursa olsun gerçekleştirilesi! Bu hükümeti ilgilendiren toplu sözleşme özerkliğinin korunması değil, tam tersine sermayenin ücret politikasındaki dönüşümünün kayıtsız şartsız gerçekleştirilmesidir! Öyleyse sendikalarımızın bu hükümetle birlikte çalışması söz konusu olamaz! Sınıflararası işbirliği siyaseti ve gericilikle birlikte çalışma bizi çıkmaza götürür. Sosyal ortaklık politikasının sosyal hakların kısıtlanmasına, ücretlerin düşürülmesine karşı güçlü mücadele cephesinin oluşturulmasının gerekirliği ile en küçük bir bağı dahi yoktur ve olamaz da. Bunun için bu yöndeki görüşlerimizi bu hafta sonunda ve önümüzdeki ay başında yapılacak DGB yürüyüşlerinde dile getirmeliyiz.

(„Ein halbes Jahr Lohnpause?")

Faşist cuntaya karşı protesto eylemleri sürüyor

Faşist Kenan Evren cuntasının kukla meclisi basında tantanalı bir şekilde sözü edilen "Anayasa Taslağı"nı bir iki önemsiz değişikliğin ardından onayladı. Zaten başka türlü davranmaları da beklenemezdi. Nitekim beşli çete daha "Anayasa Taslağı"nı hazırlatmadan önce ne istediklerini çok açıkca ortaya koydular, istedikleri anayasasının sınırlarını çizdiler. Böylece "Danışma Meclisi"nden geçen ve göstermelik olarak beşli çetenin onayına sunulan "Anayasa Taslağı"nın kabulü için, faşist diktatörlüğün yasallaştırılması için 7 Kasım'da halkın oylamasına gidilecek.

Beşli çetenin hazırlattığı, sadece yasaklamalarla ve kısıtlamalarla dolu olan bu "Anayasa Taslağı" ile baskı, zorbalık, azgınca sömürü ve zulmün yasallaştırılması amaçlanıyor. İşçi sınıfının kanı ve canı pahasına çetin mücadeleler sonucunda kazandığı grev, toplu sözleşme ve sendikal özgürlüklerin tamamen sınırlandırılarak kuşa çevrildiği bu "Anayasa Taslağı" halka zorla kabul ettirilmek isteniyor.

Dipçik zoruyla halka kabul ettirilmek, halkın zorla sandık başına götürülmek istendiği bu "Anayasa Taslağı"nda her türlü yetki cumhurbaşkanına veriliyor. Bu cumhurbaşkanı da sözüm ona "Anayasa Taslağı"nın halk tarafından "onaylanmasından" sonra otomatik olarak bugünkü beşli çetenin başı Kenan Evren olacaktır.

Böylece 7 seneliğine iş başın gelecek cumhurbaşkanının elinde her türlü yetki olacak, yani o seçilen meclisi fesh etme, kurulan hükümetteki çeşitli bakanları beğenmediğinde değiştirme, seçimleri yenileme ya da erteleme, istediği kanunları çıkarttırma, ya da çıkanları onaylamayarak geri çevirme, gerekli gördüğünde olağanüstü hal ilan etme vs. yetkisine sahip olup, hiç bir devlet kurumuna ya da organına karşı sorumlu değildir. Her türlü yetkinin bir kişinin elinde olduğu, yani istediğini asıp istediğini kesme yetkisinin bir tek kişiye verildiği bir ülkede "demokrasiye geriye dönüşten" ya da "demokrasiye geçişten" söz edilebilir mi? Asla. Çünkü demokrasi halkın egemenliği demektir. Hani burada halkın egemenliği? Bırakalım halk egemenliğini bir yana, kurulacak meclisin bile pek önemli bir yetkisi yoktur! O halde izine sadece faşist ülkelerde rastlandığı bu demokrasi oyununa, generaller demokrasisi demek daha doğru olur.

Ekim ayı başında Burdur ve İsparta'da yaptığı konuşmalarda faşist cuntanın başı Evren bir taraftan "daha ilk günden anayasaya karşı çıktılar" diyerek, kısmi demokratik hak ve özgürlüklerin olduğu 1961 anayasasını savunanlara karşı tüm kinini kusarken, diğer yandan ise kurban bayramı tebriklerinin arkasına yazılan "Anayasaya hayır" kelimesini kağıt üzerinde bile kendine yediremeyen demokrasinin bu azılı düşmanı alçakca "bize güveniyorsanız, bu hazırladığımız anayasaya evet dersiniz, güvenmiyorsanız hayır dersiniz" diyor.

Sormak lazım şu faşist cellada bayram tebriklerinin arkasına yazılan "Anayasaya hayır" kelimesine olanca kininizi kusan sizler, halkın hayır demesini kabulleneceksiniz öyle mi? Halkın "Anayasa Taslağı"na hayır demesini önlemek için bugün bir dizi tehdit savuruyor bu cellatlar, yarın gerçekten "halkın hayır" demesini öyle kayıtsız şartsız ve sessizce kendilerine yedirecekler mi? Asla! Çünkü bu onların politikasını halkın kabullenmediği demektir.

Grev, örgütlenme, sendikal faaliyet sürdürmek, sendika ve dernek kurma haklarının ve fikir özgürlüğünün rafa kaldırıldığı "Anayasa Taslağı"nda beşli generallerden oluşan Milli Güvenlik Konseyi bir iki önemsiz değişiklik yaptı, örneğin gene her türlü yetkinin cumhurbaşkanının elinde olması kaydıyla onun işini hafifletmek için bir iki önemsiz görev hükümete devredildi. Halkın gözünü boyamak için, sözüm ona "Anayasa Taslağı" sanki kendileri tarafından değil de, bağımsız kurumlar tarafından hazırlanmışcasına gözden geçirileceğini ve değişiklikler yapılacağını söylemekte faşist çete. "Anayasa Taslağı" kesin şeklini 20 ya da 21 Ekim'de kazanacak.

Daha sonra ise bu "Anayasa ya hayır" denmesini önlemek, halkın açıkca bu imkânı elinden almak için Milli Güvenlik Konseyi üyeleri ve beşli çetenin başı "Anayasayı tanıtma", daha doğrusu halka kabul ettirmek için tehdit gezilerine çıkacaklar. Faşist cunta her türlü yola baş vurarak halkın "Anayasaya hayır" demesini önlemek istiyor. Çünkü halkın bu "Anayasaya hayır" demesi, onun cuntanın baskı, zulmünü ve zorbalığını artık kabullenmeyeceğini, cuntayı ve anayasasını istemediğini ifade edecektir.

Cuntaya karşı protesto eylemleri

Faşist cuntanın hapishanelerindeki, işkencehanelerindeki, Kürt ulusu ve diğer azınlık milliyetler üzerindeki baskılarını protesto etmek için Avrupa ülkelerinden, özellikle de Federal Almanya'da çeşitli eylemler düzenlendi. Bu eylemlerden en büyüğü faşist darbenin ikinci yıldönümünde Frankfurt'ta yapılan 25 bin cunta aleyhtarının katıldığı eylemdi.

Ancak faşist cunta aleyhtarlarının eylemleri sadece bununla da sınırlı kalmamaktadır. Diyarbakır Askeri Cezaevi'nde sürdürülen açlık grevinin terör ve işkencelerin yoğunlaştırılması üzerine ölüm orucuna dönüştürülesinin ardından 5 özgürlük mahkumu hayatını yitirince başta Federal Almanya olmak üzere çeşitli Avrupa ülkelerinde cunta aleyhtarı eylemler düzenlendi. Faşist cuntanın baskısını, işkencelerini ve Kürt ulusu üzerindeki milli zulmünü ve idamları kınayan cunta aleyhtarları çeşitli kiliseleri, Türk Hava Yolları ve Ammensty International bürolarını işgal ederek kamuoyunun dikkatlerini Türkiye üzerine toplamaya çalıştılar. Son olarak bu yönde Stuttgart'ta düzenlenen bir eylemde, eylemi düzenleyenler Türk Hava Yolları bürosunu sadece basın mensupları gelinceye kadar işgal edeceklerini daha sonra ise gönüllü olarak işgali sona erdireceklerini açıklamalarına rağmen, protesto eylemine katılanlar Batı Alman polisi tarafından göz altına alınanarak mahkeme önüne çıkarılmak isteniyor.

"Türkiye Yardımı" durdurulmalı!

Faşist cuntanın en büyük destekçilerinden biri olan Batı Alman devleti şimdiye değin sürdürülen yoğun protestoların sonucunda cuntaya yardımını artık açıkca sürdüremez duruma gelmişti. Ancak Bonn'da büyük sermayenin hükümeti CDU/CSU-FDP koalisyonunun başa getirilmesiyle birlikte yeni hükümetin başkanı daha ayağının tozuyla faşist cuntaya yardımları başlatacağını açıkladı. Ayrıca şimdiye değin yardımlarını donduran AET de yardımlarını başlatacağını duyurdu. Faşist cuntanın ömrünü daha da uzatacak bu yardımların durdurulması, özellikle de ABD'li iş adamlarının ve CİA yetkililerinin isteğine göre hazırlanan ve kendileri tarafından gözde geçirilen "Anayasa Taslağı"nın faşist cuntanın demokrasi güldürüsünden başka bir şey olmadığını göstermek için protestoları yükseltmeliyiz. Nitekim bu "Anayasa Taslağı" kısmen Avrupa Konseyi tarafından bile eleştirilmektedir. O halde şimdi faşist cuntaya karşı protestoları daha da yoğunlaştırmalı, yeni Federal Hükümet'in "Türkiye Yardımı" nı başlatmak istemesine karşı sesimizi yükseltmeliyiz!

Düsseldorf'ta enternasyonal hafta

18-24 Ekim tarihleri arasında yapılan "enternasyonal hafta" çerçevesinde 23 Ekim Cumartesi günü saat 18.00'den itibaren "yabancı düşmanlığı, nedenleri ve sorumluları", yabancı düşmanlığına karşı ne yapmalıyız? konusu üzerine bir podyum tartışması yapılıyor. Tartışmaya Jürgen Roth, Rosi Wolf-Almanreh'nin (IAF) yanı sıra bir çok kişi katılıyor.

"Enternasyonal hafta"yı aralarında KPD ve Volksfront'un da yer aldığı 33 örgüt düzenliyor.